**Deutscher Bundestag**
**9. Wahlperiode**

**Drucksache 9/1406**

03. 03. 82

Sachgebiet 50

# Unterrichtung

## durch den Wehrbeauftragten

## Jahresbericht 1981

Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| 1 | Vorbemerkungen | 3 |
| 2 | Schutz der Grundrechte und der Grundsätze der Inneren Führung | 4 |
| 2.1 | Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform | 4 |
| 2.2 | Allgemeines zum Grundwehrdienst | 5 |
| 2.3 | Mißhandlungen und entwürdigende Behandlung | 10 |
| 2.4 | Handhabung der Disziplinargewalt | 13 |
| 2.5 | Betäubungsmittelmißbrauch | 15 |
| 2.6 | Selbsttötungsversuche von Soldaten im Grundwehrdienst | 16 |
| 2.7 | Umgang mit Waffen | 17 |
| 2.8 | Vertrauen in die Personalführung | 17 |
| 2.9 | Mängel bei der Ausbildungsplanung | 19 |
| 2.10 | Versetzungen im Rahmen der Umgliederung in die Heeresstruktur 4 | 19 |
| 2.11 | Hauptleute des Truppendienstes und Oberleutnante des militärfachlichen Dienstes | 20 |
| 2.12 | Dienstzeitbelastung und finanzieller Ausgleich für Spitzendienstzeiten | 21 |
| 2.13 | Fürsorge und Betreuung | 22 |
| 2.14 | Truppenunterkünfte | 24 |
| 2.15 | Bekleidung und Ausrüstung | 24 |
| 2.16 | Dienstfähigkeit Grundwehrdienstleistender | 25 |
| 2.17 | Vorzeitige Entlassung aus dem Grundwehrdienst | 26 |


*Gemäß § 2 Abs. 3 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages zugeleitet mit Schreiben des Wehrbeauftragten vom 3. März 1982.*

| | | Seite |
|---|---|---|
| 3 | Schlußbemerkungen | 27 |
| 4 | Anlagen | 29 |
| 4.1 | Einzelberichte und Weisungen | 29 |
| 4.2 | Statistik | 29 |
| 4.2.1 | Vorbemerkungen zur Statistik | 29 |
| 4.2.2 | Statistische Übersichten | 29 |
| 4.3 | Truppenbesuche, Informationstagungen, Informationsgespräche, Sitzungen und Tagungen, Vorträge, Besuchergruppen usw. | 38 |
| 4.4 | Übersicht über die Jahresberichte 1959 bis 1980 und deren Beratung durch den Deutschen Bundestag | 42 |
| 4.5 | Organisationsplan | 43 |

## 1 Vorbemerkungen

*1* Im Jahr 1981 war das öffentliche Interesse am inneren Zustand der Streitkräfte und an der Situation der Soldaten überlagert von Fragen nach dem notwendigen Umfang und der Finanzierung von Rüstungsvorhaben, den Möglichkeiten einer Rüstungskontrolle, der künftigen Stationierung weiterer Atomwaffenträger auf deutschem Boden und auch dem richtigen Weg zur Sicherung des Friedens.

*2* Das dabei in der Bevölkerung deutlich gewordene Engagement, die Zahl von Initiativen, Appellen und Veranstaltungen, Art und Umfang der Beteiligung unterschiedlich ausgerichteter gesellschaftlicher Gruppierungen und Einrichtungen und nicht zuletzt die Aktivitäten und Reaktionen vieler junger Menschen, sind in den Streitkräften nicht ohne Echo geblieben.

*3* Nach anfänglicher Zurückhaltung beteiligen sich Soldaten zunehmend in der Weise, daß sie ihr fachliches Wissen, aber auch ihre Überzeugungen nicht nur im eigenen Bereich diskutieren, sondern bei öffentlichen Veranstaltungen einbringen. Ermutigt durch entsprechende Hinweise des Bundesministers der Verteidigung und des Generalinspekteurs sehen sie als notwendig an, daß sich der militärische Sachverstand dort offen zu Wort meldet, wo komplexe waffen- und rüstungstechnische sowie militärstrategische Zusammenhänge unbekannt oder nicht verstanden sind, aber doch erklärt werden können. Diese Soldaten nehmen auch in Kauf, daß sie bei ihren Zuhörern und Gesprächspartnern nicht immer die Aufgeschlossenheit antreffen, die Sachkundigen anderer Lebensbereiche wie selbstverständlich entgegengebracht wird. Sie nehmen kritische Anfragen an ihr Problembewußtsein und an ihr berufliches Selbstverständnis hin. Manchem fehlt dabei allerdings noch die Gelassenheit, auch auf Polemik mit Gleichmut zu reagieren, Probleme richtig zu gewichten, militärische Notwendigkeiten nicht zu überzeichnen und Einwände dagegen weder zu bagatellisieren noch zu ignorieren.

*4* Demgegenüber stehen andere Soldaten eher abseits. Sie vermögen nicht einzusehen, weshalb sie sich an der Diskussion beteiligen sollen. Die Gründe für diese Einstellung sind unterschiedlich. Im Vordergrund steht, daß es nicht Aufgabe der Bundeswehr und ihrer Angehörigen sein könne, die Rolle der Streitkräfte als Instrument der Friedenssicherung zu rechtfertigen, da sich diese aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ergebe. Mit einer Rechtfertigung des verfassungsmäßigen Auftrags der Streitkräfte werde nicht nur dieser zur Diskussion gestellt, sondern auch der Beruf des Soldaten. Das erschwere derartige Debatten zusätzlich, weil einem Betroffenen — unabhängig davon, ob es im konkreten Einzelfall zutreffe oder nicht — schnell Voreingenommenheit vorgehalten werde. Das wiege um so schwerer, als die öffentliche Auseinandersetzung um die genannten Fragen weithin stark von Emotionen geprägt sei.

*5* Auf diesem Hintergrund kann nicht überraschen, daß der vom Bundesminister der Verteidigung herausgegebene und verteilte Aufkleber mit dem Text „Bundeswehr mit Sicherheit ja" und einem darüber abgebildeten Igel eine mehrdeutige Auslegung zuläßt. Für eine nicht näher bestimmbare aber keineswegs geringe Zahl von Berufssoldaten und länger dienenden Soldaten auf Zeit kann diese Abbildung auch als Ausdruck der Bewertung der eigenen Situation in unserer Gesellschaft verstanden werden. Nicht wenige Soldaten sehen sich in der Position gesellschaftlicher Außenseiter und bewerten bestimmte Begleiterscheinungen bei der öffentlichen Erörterung des richtigen Weges zur Friedenssicherung als Bestätigung für diese Auffassung. Dagegen hilft nur bedingt, daß Verantwortliche in Staat und Gesellschaft die Bedeutung der Bundeswehr und des Dienstes jedes einzelnen Soldaten für die Sicherung des Friedens immer wieder anerkennen.

*6* Die allgemeine Diskussion zum Thema der Friedenssicherung könnte dazu hilfreich sein, daß in einer breiten Öffentlichkeit das Bewußtsein für die Bedingungen des Berufs des Soldaten in unserer Zeit vertieft und ein hier und dort nach wie vor vorhandenes Mißtrauen oder Unbehagen abgebaut wird. Es ist uns zwar selbstverständlich, daß die Legitimation der Bundeswehr in der Friedenssicherung besteht. Im Bewußtsein muß aber auch bleiben, daß dafür die Befähigung und Bereitschaft der Soldaten zur Verteidigung unerläßlich ist, und der Soldat trotz der in seinem Auftrag angelegten Konflikte seine Aufgabe für die Sicherheit unseres Landes glaubwürdig erfüllen muß. Das verdient Akzeptanz und gesellschaftliche Wertschätzung.

Auf der anderen Seite muß mancher Soldat die Vorstellungen von dem eigenen Beruf und die daran geknüpften Erwartungen mehr noch als bisher an den Gegebenheiten unserer offenen Gesellschaft ausrichten lernen, einer Gesellschaft, die im Ergebnis keiner Berufsgruppe eine besondere Stellung einräumt und staatliche Einrichtungen auch kritisch sieht.

*7* Im Blick auf die Jugend betone ich, daß die Friedensdiskussion nicht in einer Frontstellung zur Bundeswehr geführt werden und als Mittel dafür dienen darf, Vorbehalte gegen den Wehrdienst zu schaffen. Jugendoffiziere beklagen, daß sie in Schulen längst nicht mehr überall auf die Bereitschaft zum vorurteilsfreien Zuhören treffen und daß ihre Argumente auch als Propaganda eingestuft oder sonst mißdeutet werden. Hier sehe ich eine große Verantwortung vor allem derer, die als Erzieher und Ausbilder auf unsere verfassungsmäßige Ordnung und das daran ausgerichtete Gemeinwohl verpflichtet sind, aber auch darüber hinaus all derer, denen unsere Gesellschaftsordnung verteidigungswert ist.

# 2 Schutz der Grundrechte und der Grundsätze der Inneren Führung

## 2.1 Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform

1 Auswirkungen der allgemeinen Friedensdiskussion beschäftigten die Streitkräfte auch in anderer Weise. Einzelne junge Soldaten nahmen außer Dienst in Uniform an Veranstaltungen zu Fragen der Nach- und Abrüstung bzw. der künftigen Stationierung weiterer Atomwaffen teil und demonstrierten in unterschiedlicher Weise gegen Teile der Sicherheitspolitik der Bundesregierung.

2 In den mir bekannt gewordenen Fällen verteilten sie in Uniform einzeln oder in kleinen Gruppen, allein oder zusammen mit Zivilpersonen an verschiedenen Orten Flugblätter und sammelten Unterschriften für Appelle an die Bundesregierung. Andere beteiligten sich in Uniform an Umzügen, teilweise hinter Transparenten mit politischen Parolen. Einzelne hielten auch Ansprachen bei Kundgebungen. An der Großveranstaltung am 10. Oktober 1981 in Bonn nahmen mehr als 30 Soldaten in Uniform teil. Damit verstießen diese Soldaten gegen das Verbot des Uniformtragens bei politischen Veranstaltungen nach § 15 Abs. 3 Soldatengesetz (SG).

3 Die jeweiligen Veranstaltungen erhielten durch die Soldaten in Uniform einen besonderen Aspekt; darüber hinaus erfuhren aber auch die in Uniform teilnehmenden Soldaten selbst gesteigerte Aufmerksamkeit. Bei der Berichterstattung durch die örtliche und überregionale Presse sowie durch das Fernsehen — z. B. über die Veranstaltung am 10. Oktober 1981 — wurde das Auftreten von Soldaten in Uniform in Wort und Bild hervorgehoben. Für jeden war somit erkennbar, daß auch Angehörige der Streitkräfte gegen die Stationierung weiterer Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eintreten und in diesem Zusammenhang Appelle wie „Nato-Soldaten gegen Atomraketen" unterstützen, indem sie sich gemeinsam mit Angehörigen verbündeter Streitkräfte in Uniform hinter einem derartigen Transparent zeigten.

4 Bei den Soldaten handelte es sich in den von mir beobachteten und geprüften Fällen um Mannschaften. Allen war bekannt, daß ihnen Uniformtragen bei politischen Veranstaltungen nicht erlaubt war. Inwieweit einzelne Soldaten vor der Teilnahme an bestimmten Aktionen Zweifel darüber hatten, ob diese als politische Veranstaltungen im Sinne des Soldatengesetzes anzusehen seien, vermag ich zwar nicht zu beantworten. Manche handelten aber dem für eine bestimmte Veranstaltung vorsorglich besonders ausgesprochenen Verbot des Uniformtragens zuwider. Andere traten in Uniform auf, nachdem sie wegen eines gleichartigen Vorgangs bereits disziplinar gemaßregelt oder mit einer erzieherischen Maßnahme belegt worden waren; wieder andere waren erneut Teilnehmer an einer politischen Veranstaltung in Uniform, obwohl über ihre Beschwerde gegen eine Disziplinarmaßnahme wegen eines einschlägigen Verhaltens noch nicht entschieden worden war. Insgesamt lassen sich die Aussagen einiger Soldaten verallgemeinern, wonach sie es in Kauf genommen hätten, dienstrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

5 Unter ihnen sind Soldaten, die für sich in Anspruch nehmen, zur Durchsetzung ihrer Überzeugung auch das Uniformverbot verletzen zu dürfen. Einige berufen sich darauf, daß die Veranstaltungen dem Frieden und damit dem Wohl der Bundesrepublik Deutschland dienten und zum Überleben der Menschheit in einer atomar gefährdeten Welt eine andere Sicherheitspolitik eingeschlagen werden müsse; die Verletzung des Verbots des Uniformtragens sei bei den Zielen dieser Veranstaltungen daher gerechtfertigt bzw. unbeachtlich. Andere begründen ihr Verhalten damit, daß sie hätten zum Ausdruck bringen wollen, auch Soldaten würden sich mit den Zielen der Demonstrationen identifizieren und erwarten, daß mit ihnen über den Sinn von Rüstung und Stationierung von Atomwaffen gesprochen werde. Zu den Teilnehmern in Uniform gehören aber auch Soldaten, die infolge der Friedensdiskussion am Sinn ihres Wehrdienstes irritiert sind und nicht recht wissen, wie sie sich künftig dazu einstellen sollen.

6 Beispiel dafür ist ein Soldat, der sich nach seinen Angaben in einem inneren Konflikt zwischen dem Auftrag der Streitkräfte und Zielen der Protestbewegung sah, als er an der Großveranstaltung vom 10. Oktober 1981 in Bonn in Uniform teilnahm. Anschließend beantragte er unter dem Eindruck seiner Erlebnisse die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer; gleichzeitig erklärte er, daß er sein Gelöbnis widerrufe. Als er von dem Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer nicht anerkannt wurde, verfolgte er seinen Antrag nicht weiter, sondern nahm ihn zurück und widerrief zugleich die Erklärung des Widerrufs seines Gelöbnisses; das alles geschah innerhalb weniger Wochen.

7 Weil das Verbot des Uniformtragens bei politischen Veranstaltungen von betroffenen Soldaten entweder als unbeachtlich oder als nicht berechtigt gewertet wird, hat der dienstrechtlich einschreitende Vorgesetzte mit dem Vorwurf zu rechnen, daß er diszipliniere, wo es zu überzeugen gelte. Eine Aufgabe des Disziplinarvorgesetzten ist deshalb, den Sinn des Verbots des Uniformtragens zu vermitteln.

8 Er muß verdeutlichen, daß Soldaten zwar das unbestrittene Recht haben, ihre Meinung öffentlich bei politischen Veranstaltungen zu vertreten und sich dafür einzusetzen; der Schutzbereich des Rechts auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 Absatz 1

Grundgesetz und der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 Absatz 1 Grundgesetz aber nicht umfasse, diese Rechte auch in Uniform ausüben zu dürfen: Und zwar deshalb nicht, weil das im Ergebnis dazu geeignet wäre, die Bundeswehr in politische Auseinandersetzungen zu verwickeln und damit die Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Auftrags in einer von dem Grundgesetz nicht gewollten Weise zu erschweren.

*9* Wer den Meinungs- und Willensbildungsprozeß in unserem demokratischen Staat dadurch zu beeinflussen sucht, daß er an politischen Veranstaltungen in Uniform teilnimmt, soll wissen, daß dies zu verhindern, gerade die Rechtfertigung des Verbots des Uniformtragens bei politischen Veranstaltungen ist. Das gilt allgemein und unabhängig von der Zielrichtung der politischen Veranstaltung, an der ein Soldat außer Dienst teilnimmt.

*10* Dieser Hinweis begegnet allerdings dem Einwand, daß z. B. in einer süddeutschen Stadt Soldaten in Uniform Informationsmaterial über die Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik verteilten und dafür Anerkennung erhielten. Dazu hat der Bundesminister der Verteidigung auf eine entsprechende Anfrage aus dem parlamentarischen Raum am 17. Januar 1982 mitgeteilt, daß es sich um einen dienstlich angeordneten Einsatz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gehandelt habe. Damit entfällt ein Verstoß gegen § 15 Abs. 3 SG. Mißverständnisse bleiben jedoch möglich, wenn in einem engen zeitlichen Zusammenhang ein Soldat disziplinar belangt wird, weil er in Uniform an einer Demonstration am selben Ort mit gegenteiliger Tendenz teilgenommen hat.

*11* Nach meinen Feststellungen fällt manchem Disziplinarvorgesetzten schwer, auf die Teilnahme von Soldaten in Uniform an politischen Veranstaltungen der dargestellten Art angemessen zu reagieren. Disziplinarmaßnahmen oder erzieherische Maßnahmen reichen als Antworten nicht aus. Nicht alle der betroffenen Soldaten sind für Argumente unansprechbar. Darunter sind Soldaten, die den Verteidigungsauftrag der Streitkräfte bei dem heutigen Stand atomarer Rüstung und öffentlicher Diskussion darüber nur schwer nachvollziehen können. Das Bemühen der Disziplinarvorgesetzten und der sie unterstützenden Ausbilder muß hier ansetzen. Diese Aufgabe erfordert, daß die eigene Überzeugung glaubwürdig dargestellt, der Wissens- und Erfahrungshorizont der jungen Soldaten berücksichtigt wird und ihre Einwände ernst genommen werden.

*12* Mit Blick auf die dienstrechtlichen Konsequenzen fällt auf, daß die erzieherischen Maßnahmen in den Hintergrund treten und vor allem einfache Disziplinarmaßnahmen, vom Verweis bis zum Disziplinararrest verhängt werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient, daß auch Vertrauensmänner in Uniform an politischen Veranstaltungen teilgenommen haben. Ein gegen Vertrauensmänner verhängter Disziplinararrest führt zum Fortfall ihrer Wählbarkeit und damit nach den einschlägigen Vorschriften des Vertrauensmänner-Wahlgesetzes zum Verlust des Amtes. Der Disziplinarvorgesetzte hat diese Nebenfolge bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen und darf sie nicht leicht nehmen.

*13* Mit der dienstrechtlichen Würdigung der Teilnahme an einer politischen Veranstaltung in Uniform sollte ein Vorgang auch seinen Abschluß finden. Unzulässig ist nicht nur, wenn ein Soldat darüber hinaus z. B. vom Training in der Handballmannschaft seiner Einheit ausgeschlossen wird, eine Entscheidung, die im konkreten Fall der nächsthöhere Vorgesetzte auf eine Beschwerde hin wieder aufgehoben hat. Wenn sich ein Vertrauensmann an mich wendet und vorträgt, daß der Kompaniechef einen Soldaten seiner Einheit nach dessen Teilnahme an der Veranstaltung in Bonn vom 10. Oktober 1981 als „linksradikalen Aufsässigen" darstellt, so ist verständlich, daß dies von anderen Soldaten in der Kompanie dann mit Anteilnahme verfolgt wird, wenn der Vorwurf des Kompaniechefs — so jedenfalls der Vertrauensmann — dem Persönlichkeitsbild und Auftreten des Soldaten nicht gerecht wird. Vorgesetzte müssen ihr Verhalten so einrichten, daß es nicht zu Weiterungen führt, die der Bedeutung eines Vorganges unangemessen sind.

## 2.2 Allgemeines zum Grundwehrdienst

*1* Um Einsicht darüber zu gewinnen, mit welchen Erwartungen und Kenntnissen junge wehrpflichtige Soldaten ihren Militärdienst antreten, habe ich mich über deren Vorstellungen unmittelbar zu Beginn des Grundwehrdienstes informiert. Dazu dienten Gespräche auf der zum Teil langen Bahnfahrt zum Standort am Einberufungstag in Sammeltransporten der Deutschen Bundesbahn. Gleichzeitig und unabhängig voneinander wurden zwei solcher Transporte aus dem Rheinland nach Norddeutschland begleitet und Empfang sowie Aufnahme der Rekruten in ihren Ausbildungseinheiten bei Heer, Luftwaffe und Marine beobachtet. Unmittelbar vor Abschluß der dreimonatigen Grundausbildung wurden Soldaten in einem Wochenendurlauberzug über ihre Erfahrungen mit der Grundausbildung und ihre Meinung darüber befragt. In einem Verband, der bereits zu Beginn der Grundausbildung in meine Untersuchungen einbezogen war, wurden in der Abschlußwoche der Grundausbildung Einzel- und Gruppengespräche zu diesem Thema — auch mit den Vertrauensleuten der Mannschaften — geführt.

*2* Einrückende Wehrpflichtige hatten ihre Information über die Bundeswehr im wesentlichen aus der zusammen mit dem Einberufungsbescheid versandten Broschüre „Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr" entnommen. Diese kleine Informationsschrift hatten die Soldaten bei sich und in der großen Mehrheit auch gelesen. Ich halte diese Broschüre — gemessen am Umfang und in Hinsicht auf den Adressatenkreis — für eine brauchbare Information, die dem Wehrpflichtigen einen Überblick darüber verschafft, was ihn in der Bundeswehr erwartet. Der Wert dieser Einführungsinformation ist auch deshalb nicht zu unterschätzen, weil nur wenige Soldaten vor der Einberufung darüber hinaus Gelegenheit suchen, sachdienliche Auskünfte über den Wehrdienst zu erhalten.

3 Der Bundesminister der Verteidigung hat angekündigt, daß er ab 1982 die Broschüre nicht mehr verteilen wolle. Statt dessen beabsichtigt er, eine neue, umfangreichere und inhaltlich erweiterte Informationsschrift zu erstellen, die die Wehrpflichtigen bereits zum Zeitpunkt der Musterung erhalten sollen. Zu begrüßen ist, daß künftig Soldaten ausführlich über Wehrdienst, Bundeswehr und Sicherheitspolitik bereits beim ersten Kontakt mit der Bundeswehr — anläßlich der Musterung — unterrichtet werden sollen. In Anbetracht der Lesegewohnheiten, des Erinnerungsvermögens und des Zeitraums zwischen Musterung und Einberufung von bis zu zwei Jahren werden jedoch die aus der Informationsschrift gewonnenen Erkenntnisse zu Beginn des Wehrdienstes kaum noch gegenwärtig sein. Deshalb sollte auf die Zusendung einer Informationsschrift zusammen mit dem Einberufungsbescheid nicht verzichtet werden; zumal der Wehrpflichtige aufgrund persönlicher Betroffenheit dann am ehesten aufgeschlossen ist für Informationen, die für ihn im Zusammenhang mit der eigenen Einberufung wichtig sind und ihm die Orientierung in den ersten Tagen des Wehrdienstes erleichtern.

4 Die Sammeltransporte der Deutschen Bundesbahn am Einberufungstag haben sich grundsätzlich bewährt und werden von den Rekruten in der Regel auch positiv bewertet. Sie nutzen die zum Teil lange Zeit der Bahnfahrt dazu, mit Kameraden ins Gespräch zu kommen und die mit dem Wehrdienst verbundenen, sie persönlich betreffenden Fragen zu erörtern. Insgesamt habe ich den Eindruck, daß diese Gespräche der Wehrpflichtigen untereinander Beklommenheit mindern und eine gewisse Gelassenheit dem gegenüber erzeugen, was den einzelnen in der Kaserne erwartet. Dazu trägt positiv bei, daß militärische Vorgesetzte verhältnismäßig unauffällig diese Transporte begleiten und dort, wo sie in Erscheinung treten, den jungen Soldaten in erster Linie als hilfreiche, koordinierende und sachkundige „Reisebegleitung" ansprechen; die Deutsche Bundesbahn stellt in der Regel für die Sammeltransporte die für den Personenfernverkehr üblichen und nicht bereits zur Aussonderung vorgesehene Waggontypen bereit.

5 Waren auch die Vorstellungen der Wehrpflichtigen über die Bundeswehr und den *Wehrdienst insgesamt*[1]) wenig konkret, so gingen die Soldaten durchweg von der Überzeugung aus, daß sie während der Grundausbildung stark gefordert und ihnen Leistungen abverlangt würden. Die geäußerten Erwartungen über die militärische Ausbildung und das Zusammenleben in der Kaserne entsprachen im großen und ganzen dem, was in der *Grundausbildung* tatsächlich vom Wehrpflichtigen gefordert wird. Persönliche Vorteile durch den Wehrdienst versprach sich kaum einer und die große Mehrheit — insbesondere auch bei den Abiturienten — vertrat die Auffassung, daß der Wehrdienst notwendig und damit ein persönliches Opfer nicht zu umgehen sei.

[1]) Der Grundwehrdienst ist der z. Z. 15 Monate dauernde Wehrdienst; die allgemeine Grundausbildung ist der erste — in der Regel drei Monate dauernde — Abschnitt des Grundwehrdienstes.

6 Wenn auch die meisten der befragten Soldaten gelegentlich kritische Berichte der Medien über den Bundeswehralltag zur Kenntnis genommen hatten, so beurteilten sie diese differenziert; sie hielten ihnen dadurch bekannt gewordene Vorkommnisse für keine den Dienst in der Truppe prägende Ereignisse, und sie gingen davon aus, daß sie selber nicht Opfer von Mißgriffen würden. Vom Vorgesetzten erwarteten sie vor allem, daß dieser fachlich qualifiziert ist und „vernünftig" ausbildet, daß er auf ihre Anliegen eingeht und über den dienstlichen Bereich hinaus für sie ansprechbar ist.

7 Mein Gesamteindruck aus allen Gesprächen ist, daß der erste Weg in die Kaserne im großen und ganzen frei von Vorurteilen und in einer grundsätzlich für neue Erfahrungen offenen Einstellung zur Bundeswehr und zum Wehrdienst gegangen wurde. Diese Auffassung fand ich auch in Gesprächen mit Einheitsführern und Kommandeuren bestätigt.

8 In der Bewertung ihrer eigenen allgemeinen Grundausbildung äußern sich viele wehrpflichtige Soldaten am Ende des dreimonatigen Ausbildungsabschnitts positiv. Manche lassen erkennen, daß sie sich die allgemeine Grundausbildung härter und „kommissiger" vorgestellt hatten. Ich begegne Aussagen, daß das Miteinander von Mannschaften und Vorgesetzten — insbesondere mit den Gruppenführern — verständnisvoll und kameradschaftlich gewesen sei, und die Rekruten zwar eine Ausbildung mit hohen körperlichen und psychischen Anforderungen erlebten, aber sich dabei angemessen gefordert und sachgerecht ausgebildet sahen. Wenn auch häufig noch organisatorische Mängel des Dienstablaufs in den ersten beiden Wochen der allgemeinen Grundausbildung beklagt werden, die im wesentlichen auf Modalitäten bei der Einkleidung und ärztlichen Untersuchung zurückzuführen sind, so stoßen diese Schwierigkeiten bei vielen Wehrpflichtigen jedoch auf ein gewisses Verständnis und haben nach meinem Eindruck keinen nachhaltigen Einfluß auf die Gesamtbewertung der allgemeinen Grundausbildung.

9 Nach Auswertung der mir vorliegenden Erkentnisse komme ich zu dem Ergebnis, daß das Bemühen der Streitkräfte, sich auf die Ausgangslage des Wehrpflichtigen bei Dienstantritt einzustellen, sichtbar ist und Erfolg zeigt. Vorgesetzte erleichtern in der Regel dem jungen Soldaten den Übergang vom zivilen zum militärischen Leben und versuchen, dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß der junge Wehrpflichtige ohne Vorbereitung zur Bundeswehr kommt und die militärische Ordnung als fremd empfindet. Ton und Umgangsformen in den Ausbildungskompanien entsprechen heute grundsätzlich nicht Klischeevorstellungen, die teilweise noch in der Öffentlichkeit diskutiert werden und mit denen auch mancher Wehrpflichtige seinen Wehrdienst antritt. Diese Aussage bedeutet jedoch nicht, daß es in den Streitkräften keine Vorgesetzten mehr gibt, die solche Vorurteile leider doch noch bestätigen.

10 Auch nach 15 Monaten am Ende des Grundwehrdienstes erhält der erste Abschnitt — die allgemeine Grundausbildung — manches Wort der Anerkennung. Im Rückblick wird sie als eine weithin gelun-

gene Mischung von Theorie und Praxis bewertet, in der geistige Anforderungen und körperliche Belastung in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Intensität der Ausbildung, die Fülle neuen Ausbildungsstoffes erklären dies; hinzu kommt, daß die Soldaten in der allgemeinen Grundausbildung von eintönigen, aber notwendigen Routinediensten — im Gegensatz zu den Soldaten in der Stammeinheit — noch weitgehend ausgenommen sind.

*11* Zu Überlegungen des Bundesministers der Verteidigung über einen weiteren Ausbau der theoretischen Einführung in Fragen des Wehrdienstes und der Friedenssicherung am Beginn der allgemeinen Grundausbildung ist anzumerken, daß dies nicht den Erwartungen entspricht, die der Wehrpflichtige mit seinem Dienstantritt verbindet. Die Planung sogenannter Einführungstage sollte unter diesem Gesichtspunkt überdacht und gegebenenfalls sollte erwogen werden, ob solche Tage nicht am Ende der allgemeinen Grundausbildung für den Übergang und die Vorbereitung auf die weithin andersartige Situation in der Stammeinheit sachdienlicher wären.

*12* Der Dienst in der Stammeinheit ist nach wie vor Gegenstand der besonderen Kritik von Soldaten im Grundwehrdienst. Dabei geht es vielfach nicht um einzelne konkrete Vorgänge, sondern immer wieder darum, daß der Sinn des Dienstes über den Zeitraum von 15 Monaten in Frage gestellt wird.

*13* Auffällig ist, daß diese Kritik vermehrt in der Form von Erfahrungsberichten, die Soldaten kurz vor oder unmittelbar nach Ende ihrer Dienstzeit schreiben, auf mich zukommt. Die Einsender, ganz überwiegend Abiturienten, geben ein Stimmungsbild, das sie mit Beispielen aus ihrer Truppenpraxis verständlich zu machen suchen. Dazu dienen Hinweise auf die Dienstgestaltung bzw. auf eine bestimmte Geisteshaltung oder Dienstauffassung von Vorgesetzten. Die Bedeutung der Berichte aus allen Teilstreitkräften und Teilen der Bundesrepublik Deutschland besteht in der Ähnlichkeit bis inhaltlichen Übereinstimmung der darin enthaltenen Wertungen und nicht so sehr in überprüfungsfähigen oder -bedürftigen Einzelvorwürfen.

*14* Bedeutsam ist, daß die nicht selten viele Seiten umfassenden Berichte mit erkennbarem Engagement für den Auftrag der Streitkräfte geschrieben, auch überwiegend sachlich formuliert sind und Verbesserungsvorschläge enthalten. Gemeinsam ist fast allen Berichten, daß über deren Inhalt die Aussprache mit den Vorgesetzten nicht gesucht, sondern eher gemieden wird. Das gilt selbst dann, wenn das Klima in der Einheit ausdrücklich als gut anerkannt wird. Ein besonderes Beispiel ist der Bericht eines Vertrauensmannes, der nur einmal die Gelegenheit gesucht hat, mit seinem Kompaniechef oder — trotz regelmäßig stattfindender Gespräche — mit seinem Bataillonskommandeur die ihn bewegenden Zweifel an der eigenen bzw. der Dienstgestaltung in der ganzen Einheit zu erörtern. Er zog statt dessen vor, bis zu seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr hiermit zu warten. Man mag dies als Mangel an „Zivilcourage" beklagen oder als Ausdruck von Resignation bewerten, sollte darüber aber die Bedeutung der Berichte nicht unterschätzen. Neben diesen Erfahrungsberichten am Ende der Dienstzeit wenden sich auch Soldaten mit dem gleichen Tenor mitten aus dem Grundwehrdienst heraus an mich. Dennoch bleibt festzuhalten: Wenn schon — in aller Regel schreibgewandte und sich selbstbewußt darstellende — junge Soldaten vorziehen, das Ende der Dienstzeit abzuwarten, bevor sie ihre den Sinn des Dienstes in der Bundeswehr in Frage stellende Kritik äußern, so werden nicht wenige andere Soldaten ebenso denken und empfinden, dies aber nur im privaten Kreis laut werden lassen.

*15* Die Kritik hat drei wesentliche Ansatzpunkte. Im Unterschied zu der Kritik vieler Berufssoldaten und länger dienenden Soldaten auf Zeit an einer zu großen Dienstzeitbelastung (vergleiche dazu Abschnitt 2.12) wird von Soldaten im Grundwehrdienst vor allem immer wieder ein Mangel an Auslastung bei vollständigem Dienstplan beklagt. Bei einer Wochendienstzeit von 36 Stunden nach Plan sah sich ein Soldat ganze acht Stunden und 45 Minuten tatsächlich beschäftigt. Wenn seine bis ins einzelne gehende Auflistung anhand der Stellungnahme seiner Vorgesetzten einer Überprüfung auch nicht standhielt, so fiel der Gegenbeweis wiederum nicht so aus, um für die von dem Soldaten beklagte Langeweile kein Verständnis aufbringen zu können. Ein anderer Soldat äußerte die Auffassung, daß er alles in allem zwei Tage in der Woche ausgelastet sei. Kompaniechef und Bataillonskommandeur zeigten sich überrascht und teilten mit, daß gerade dieser Soldat nach ihrem Eindruck ständig beschäftigt gewesen wäre. Ein dritter Soldat faßte seine Erlebnisse so zusammen: „Es gab Tage — bisweilen waren es Wochen —, an denen es nichts der Rede wertes zu tun gab." Ich will nicht verschweigen, daß es auch Beispiele gibt, in denen sich Mannschaften über eine zu große Dienstbelastung in der Stammeinheit beklagen; das ist aber dann vor allem auf die Diensteinteilung an Wochenenden bezogen.

*16* Eine besondere Fallgruppe stellen in diesem Zusammenhang Klagen über zuviel Wiederholung von Ausbildungsstoff dar. So kommt aus dem Fernmeldebereich die Frage nach Sinn und Notwendigkeit der quartalsweisen Wiederholung von Ausbildungsstoff, der längst bekannt, gelernt und auch abgefragt sei. „Langsam aber sicher haben meine Kameraden und ich das Gefühl, daß man uns für dumm und verkalkt hält", schreibt ein zum Fernschreiber ausgebildeter Soldat und fährt fort: „Ferner können Sie sich vorstellen, mit welcher Lust und Energie wir an diesen Stunden mitarbeiten."

*17* Ich verkenne weder, daß Gelerntes wiederholt werden muß, um es zu vervollkommnen und zu festigen, noch die Notwendigkeit, vierteljährlich Neuzugängen den Ausbildungsstoff zu vermitteln. Nur sollte Unterschieden im Ausbildungs- und Wissensstand mit den Möglichkeiten Rechnung getragen werden, die es dafür gibt. Auch das dreimal täglich auf dem Routinedienstplan stehende Revierreinigen, ergänzt um ein mehrstündiges Reinigen zum Ende der Woche, leuchtet vielen Soldaten nicht ein; dieses gilt nach wie vor auch für den als zu weit bemessen empfundenen Zeitansatz für eine Reihe von technischen Diensten. Die Eintönigkeit von Wach- und Bereit-

schaftsdiensten wird nach meinem Eindruck dagegen von wehrpflichtigen Soldaten, die nicht überwiegend mit solchen Diensten betraut sind, eher hingenommen — vielleicht deshalb, weil die Notwendigkeit dieser Routinedienste leichter eingesehen und der Mangel an Attraktivität deshalb eher als unvermeidbar anerkannt wird.

*18* Die Kritik von Soldaten an der Dienstplangestaltung läßt sich im allgemeinen in dem Vorwurf zusammenfassen, daß es ein Zuviel an „organisiertem Leerlauf" gibt, indem der einzelne Soldat nur den Eindruck eines ausreichend Beschäftigten und Beteiligten vermittelt.

*19* Ein daran anschließender weiterer Schwerpunkt bei der Kritik am Dienst in der Stammeinheit wird aus dem immer wieder geäußerten Zweifeln einzelner Soldaten daran deutlich, ob sie tatsächlich gebraucht würden.

*20* Die Bewahrung des Friedens auch als ein Ergebnis der Präsenz jedes einzelnen Soldaten scheint nicht das Bewußtsein aller Soldaten im Grundwehrdienst über die ganze Dienstzeit hin zu prägen. Das von manchem Vorgesetzten zur Erläuterung des Auftrags der Streitkräfte gebrauchte Bild von der Bundeswehr als einem Betrieb, der Sicherheit produziert, wird als wenig hilfreich angesehen. Nur die Kosten sind greifbar, der Nutzen der eigenen Funktion hierfür aber nicht immer. „Am Ende meiner Dienstzeit werde ich eine Schreibmaschine bedienen und einen Iltis fahren können", umschrieb ein Soldat im Stabsdienst seine Zweifel. Auch der gern zitierte Ausspruch von der Bundeswehr als größter deutscher Friedensbewegung ist eine Aussage ohne Erklärungswert für den Soldaten im Grundwehrdienst; die Friedenssicherungsfunktion der Streitkräfte ist manchem offenbar zu abstrakt.

*21* Außerdem vermögen nicht alle Vorgesetzten dem grundwehrdienstleistenden Soldaten das nötige Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte zu vermitteln und die Anerkennung, die der Qualität unserer Streitkräfte insbesondere auch im nordatlantischen Bündnis zuteil wird, aufzunehmen und umzusetzen. Die für die Sinngebung des Grundwehrdienstes wichtige Selbstgewißheit, den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr in dem übertragenen Umfang auch erfüllen zu können, erwartet der wehrpflichtige Soldat aber zuerst von seinen Vorgesetzten.

*22* Manche dieser Vorgesetzten tun sich schwer, das Zusammenwirken der verschiedenen Teile unserer Streitkräfte verständlich zu machen und dabei die Streitkräfte der anderen in der nordatlantischen Allianz mit uns verbündeten Länder einzubeziehen. Nur wenn dem Soldaten im Grundwehrdienst die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen hinreichend verdeutlich werden, wird er auch von deren Wirksamkeit und von dem Nutzen seines eigenen Beitrages dafür zu überzeugen sein.

*23* Ein weiterer Aspekt, dem ich übergreifende Bedeutung zumesse, sind die kritischen Anmerkungen junger Soldaten, mit denen Unbehagen über ihren Stellenwert als Mensch zum Ausdruck kommt. Wir sind die „letzten", schreibt einer, Mannschaften sind „unzuverlässig, schmutzig, geistig beschränkt", stellt ein anderer dazu bitter fest. Solche Äußerungen über Erfahrungen im Grundwehrdienst mindern zwar meine Feststellungen von vorbildlicher Menschenführung durch die überwiegende Mehrheit der Vorgesetzten nicht. Wenn ich darauf dennoch eingehe, so deshalb, weil aus diesen oder ähnlichen Bemerkungen das allgemeine Verlangen nach menschlicher Annahme und Anerkennung deutlich wird. Damit ist keine Anfrage an die Notwendigkeit der hierarchischen Ordnung, wohl aber an deren Handhabung im Einzelfall verbunden. Das wird auch an Kleinigkeiten deutlich. Der Marsch mit voller Ausrüstung, bei dem der junge Vorgesetzte — wenn auch als Ausbilder — nur eine leichte Kopfbedekkung trägt, wird vom Soldaten im Grundwehrdienst ebenso kritisch vermerkt wie eine unterschiedliche Behandlung der Mannschaften gegenüber Vorgesetzten bei der Einnahme von Mahlzeiten während des Geländedienstes; ebenso das Rufen nach der Ordonnanz beim Dienst im Offizier- oder Unteroffizierheim, verbunden mit einem Fingerschnippen.

*24* Auch die Ansprache als „Staatsbürger in Uniform" gelingt nicht überall. Über zuviel Bevormundung durch Vorgesetzte und zu wenig Übertragung von Verantwortung wird nach wie vor Klage geführt, ohne daß diese aber in jedem Fall eine nähere Konkretisierung erhält. Kritische Erwähnung findet dabei die Handhabung von Befehl und Gehorsam durch Aussprüche wie „Diskussion beendet" oder „Wegtreten" und ähnliches zum Abschluß einer kontrovers verlaufenen, aber nicht abgeschlossenen Aussprache. Junge Soldaten messen das Demokratieverständnis von Vorgesetzten gerade auch an ihrer Bereitschaft zur Diskussion. Gelegentlich stellt sich allerdings die Frage, ob nicht hin und wieder die Bundeswehr als eine „demokratische Armee" mißverstanden wird und nicht klar ist, daß sie sich als eine Streitkraft in der Demokratie davon unterscheidet. Hier sehe ich eine Aufgabe für den politischen Unterricht.

*25* Soweit meine Erfahrungen aus Äußerungen von Wehrpflichtigen und auch kurzdienenden Zeitsoldaten im Mannschaftsdienstgrad.

*26* Wenn nach meinen Feststellungen viele Soldaten den Grundwehrdienst Jahr für Jahr mit mehr Engagement und Überzeugung von der Notwendigkeit ihres persönlichen Dienens beginnen als beenden und der Meinungsumschwung regelmäßig erst nach der allgemeinen Grundausbildung einsetzt, dann ist mir das Anlaß für die Empfehlung, die Dienstplangestaltung und den militärischen Alltag in der Stammeinheit zu überprüfen. So sollten im Interesse einer sinnvollen Dienstgestaltung die Zeitansätze, z. B. für bestimmte Routine- und technische Dienste, allein daran ausgerichtet werden, was die Aufgabenerfüllung verlangt, und nicht auch daran, wie der Dienstplan der Soldaten im Grundwehrdienst von morgens bis abends gefüllt werden kann. Dabei möchte ich Mut dazu machen, dem Problem nicht deshalb aus dem Weg zu gehen, weil damit das Ergebnis verbunden sein könnte, daß ein anhaltend sinnvoller Einsatz von Soldaten im Grundwehrdienst in der Stammeinheit Tag für Tag nicht immer und nicht

überall möglich ist. Nur wer eine solche Erkenntnis zulassen und diesbezügliche Anfragen von Soldaten nicht als atypische Einzelfälle behandeln will, wird die Frage ernsthaft prüfen und versuchen, zu Konsequenzen zu gelangen. Dabei geht es auch darum, nach Antworten nicht erst dann zu suchen, wenn Fragen dazu an die Bundeswehr von außen herangetragen werden.

*27* In einer Reihe von Einheiten oder Verbänden wird schon mit Rücksicht auf den jeweiligen Auftrag die Möglichkeit und anderswo die Notwendigkeit fehlen, etwas zu verändern. Nur sollte das in jedem Fall zunächst vorurteilsfrei geprüft und nicht von vornherein als vorgegeben unterstellt werden. Dazu sind die nachdenklich stimmenden Äußerungen aus den Reihen der Soldaten im Grundwehrdienst zu zahlreich und zu ernsthaft.

*28* Für unsere von der Wehrpflicht geprägten Streitkräfte ist in den vor uns liegenden Jahren — mit geburtenschwachen Jahrgängen — besonders wichtig, daß die notwendige Präsenz der Soldaten im Grundwehrdienst über 15 Monate hinweg auch inhaltlich so gefüllt ist, daß für das Schlagwort von der verlorenen Zeit kein Raum bleibt. Soweit die Aufstellung des Dienstplans Freiräume ermöglicht, sollten diese anderweitig genutzt werden. Soldaten, die sich durch den Dienst in der Stammeinheit nur unzulänglich ausgelastet sehen, fragen mich u. a. danach, warum nicht Raum für andere Dienste und Aufgaben in dem Dienstplan geschaffen würde.

*29* Wichtig wäre ferner, wenn die Streitkräfte es mehr als Chance denn als Zumutung für die von ihnen zu vermittelnde politische Bildung verstehen könnten, daß Quartal für Quartal junge Männer in die Kaserne einrücken, denen der Sinn und die Notwendigkeit ihres Wehrdienstes erst verdeutlicht werden muß. Die weitgehende Anerkennung, die der Verteidigungsauftrag der Streitkräfte bei den einrückenden Rekruten und die Praxis der allgemeinen Grundausbildung bei den jungen Soldaten finden, zeigt, daß es kein von Anfang an hoffnungsloses Unterfangen ist, sich hier erfolgreicher als bisher zu engagieren.

*30* Den Streitkräften fällt dabei zusätzlich die zugleich schwierige, aber auch lohnende Aufgabe zu, jungen Soldaten in der Bundeswehr den fordernden und den nicht nur gewährenden Staat verständlich zu machen und als annehmenswert darzustellen. Häufig erfährt hier die grundsätzliche Bereitschaft des einzelnen Soldaten zur Identifizierung mit unserem Staatswesen und seinen Grundwerten die Belastungsprobe, ein Opfer für diese Ordnung bringen zu müssen. Nicht nur für die Bundeswehr, sondern darüber hinaus für das Staats- und Gesellschaftsverständnis junger Soldaten ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, welche Erkenntnisse und Erfahrungen sie aus dem Grundwehrdienst mitnehmen.

*31* Nur der vom Sinn und der Notwendigkeit des Grundwehrdienstes überzeugte Soldat wird auch als Faktor der Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Streitkräfte wirksam werden, indem er über seine Erlebnisse von montags bis freitags im Truppenalltag in seiner zivilen Umwelt auch Positives berichtet. Das aber ist nötig, um gerade einer unter jungen Menschen gegenüber dem Dienen für das Gemeinwesen weithin eher reserviert bis ablehnenden Grundhaltung mit Aussicht auf Erfolg begegnen und Besserung für die Zukunft erreichen zu können.

Neben den im Laufe der 15 Monate Wehrdienst ge- *32*
sammelten Eindrücken über den Dienst in den Streitkräften prägen auch Erlebnisse und Erfahrungen im Zusammenhang mit der Entlassung — als letztem Eindruck von der Bundeswehr — die Beurteilung des Wehrdienstes durch den in das zivile Leben zurückkehrenden Wehrpflichtigen.

— In einer Kompanie standen am 30. September 1981 zehn Soldaten zur Entlassung heran. Für alle grundwehrdienstleistenden Soldaten des Heeres mit diesem Entlassungszeitpunkt war Dienstag, der 29. September, als Inmarschsetzungstag einheitlich festgelegt worden.

  Wegen Ausbildungs- und Übungsvorhaben mußten die Soldaten der betroffenen Einheit im September überdurchschnittlich viele Zusatzdienste leisten; hierfür wurden zwei Tage Dienstausgleich gewährt, die auch den zehn zur Entlassung heranstehenden Soldaten zugute kamen. Der Kompaniechef wollte diese unter Einbeziehung des Dienstausgleichs deshalb bereits am Freitag, dem 25. September, in Marsch setzen und hatte dafür alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Nachdem der Bataillonskommandeur hiervon Kenntnis erhielt, befahl er „aus Gründen der Gleichbehandlung aller zur Entlassung heranstehenden Soldaten des Bataillons" und unter Berufung auf eine Weisung des Bundesministers der Verteidigung die Rücknahme der Maßnahmen des Kompaniechefs. Die betroffenen Soldaten fuhren nunmehr — ebenfalls unter Einbeziehung des Dienstausgleichs — von Freitag, dem 25. September, 10.00 Uhr, bis Dienstag, dem 29. September, 9.30 Uhr, in einen verlängerten Wochenendurlaub; am Dienstag kehrten sie noch einmal für ein bis zwei Stunden in ihre Kompanie zurück, um die Entlassungpapiere und das Entlassungsgeld in Empfang zu nehmen.

  Unabhängig davon, ob der Bataillonskommandeur zu Recht den Gleichbehandlungsgrundsatz bemühte und die entsprechende Weisung des Bundesministers der Verteidigung sachgerecht auslegte, mußte den betroffenen Soldaten — die zum Teil heimatfern ihren Dienst verrichteten — die befohlene Regelung unsinnig, „bürokratisch" und aufwendig erscheinen; zudem war sie in besonderer Weise geeignet, auch beim zivilen Bekannten- und Freundeskreis der in den Status der Reservisten tretenden Soldaten Unverständnis gegenüber Maßnahmen der Bundeswehr zu erzeugen.

— Bei grundwehrdienstleistenden Soldaten anderer Einheiten, die zum gleichen Zeitpunkt zur Entlassung heranstanden und am 29. September in Marsch gesetzt wurden, mußten am 24. bzw. 25. September ausgesprochene Befehle, sich einen vorschriftsmäßigen Haarschnitt zuzulegen, auf Unverständnis stoßen.

Ich verkenne nicht, daß jeder Soldat während seiner gesamten Dienstzeit verpflichtet ist, seine Haar- und Barttracht entsprechend dem hierfür maßgeblichen Erlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 13. Mai 1972 zu gestalten und Vorgesetzte für die Durchsetzung dieses Befehls sorgen müssen. Dennoch muß im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Entlassung eines Soldaten der Befehl, sich einen vorschriftsmäßigen Haarschnitt zuzulegen, auf Bedenken stoßen, wenn bis dahin der Haarschnitt des Soldaten nicht zu beanstanden war. Derartige Befehle sind leicht dazu geeignet, beim betroffenen Soldaten den Eindruck einer Schikane aufkommen zu lassen.

*33* Wenn ehemalige Soldaten als ein für die Streitkräfte insgesamt positiver Faktor der Öffentlichkeitsarbeit gewonnen werden sollen, werden Vorgesetzte in ihr Handeln auch die Situation eines zur Entlassung anstehenden Soldaten in Rechnung stellen müssen, soweit dies ohne eine Beeinträchtigung dienstlicher Notwendigkeit möglich ist. Daß dieses mit dem Durchsetzen militärischer Ordnung und Disziplin durchaus vereinbar ist, beweisen jedes Quartal viele militärische Vorgesetzte.

## 2.3 Mißhandlungen und entwürdigende Behandlung

*1* Mißhandlungen und entwürdigende Behandlung von Untergebenen oder unter im Dienstgrad gleichen Soldaten stellen stets schwerwiegende Grundrechtsverletzungen und eine besondere Belastung des Dienstes in der Truppe dar. Wenn sich die Streitkräfte auch bemühen, derartigen Rechtsverletzungen in ihrem Verantwortungsbereich entgegenzuwirken, so bleibt für mich festzustellen, daß ihre Bemühungen nicht immer und überall den erforderlichen Erfolg hatten.

*2* Neben der tatbestandsmäßigen Seite solcher Grundrechtsverletzungen und deren strafgerichtlicher bzw. disziplinarer Würdigung bin ich Fragen nachgegangen, die das Umfeld und Begleitumstände dieser Rechtsverletzungen betrafen.

Obwohl ein Divisionskommandeur in einem Kommandeurbrief vom Januar 1981 die Aufmerksamkeit seines nachgeordneten Bereiches ausdrücklich auf bestimmte Formen der Kameradenmißhandlung gelenkt, vor einer Bagatellisierung gewarnt und zudem befohlen hatte, daß ihm in jedem Fall derartige Verstöße gemeldet werden, haben Vorgesetzte Anfang April 1981 in dieser Division nicht entsprechend reagiert, als drei Gefreite einen anderen Gefreiten, der durch sein auffälliges Verhalten Außenseiter war, mißhandelten.

Die zeitweilige krankheitsbedingte Abwesenheit des Batteriechefs stellte für dessen Vertreter, einen Hauptmann, keine Entschuldigung dafür dar, daß der Sachverhalt unzulänglich aufgeklärt, der Tatbestand unvollständig festgestellt und unvollkommen im Tenor der von ihm verhängten Disziplinarmaßnahmen wiedergegeben wurde. Er unterließ darüber hinaus, seinen vorgesetzten Dienststellen den Vorgang als besonderes Vorkommnis zu melden und ihn wegen des Verdachts einer Straftat an die Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungsbehörde abzugeben. Der in die Angelegenheit eingeschaltete Vertreter des dienstlich ebenfalls abwesenden Bataillonskommandeurs, ein Oberstleutnant, war weder selbst noch steuernd gegenüber dem Hauptmann ausreichend tätig geworden. Nach Wiederaufnahme der Dienstgeschäfte durch den Batteriechef und den Bataillonskommandeur haben auch diese nicht mit der gebotenen Sorgfalt und Dringlichkeit die weitere Bearbeitung des Falles betrieben und unterlassen, bis dahin Versäumtes nachzuholen.

Erst nachdem ein Oberfeldwebel ca. drei Wochen nach der Tat mich auf die unzureichende Bearbeitung hingewiesen und das betroffene Bataillon ungefähr vier Wochen nach dem Vorfall der vorgesetzten Dienststelle Meldung erstattet hatte, erhielten höhere Vorgesetzte Kenntnis von den Mißhandlungen. Der Divisionskommandeur veranlaßte darauf hin die bis dahin unterbliebenen notwendigen Maßnahmen. Außerdem wurden er und der Regimentskommandeur tätig, um sicherzustellen, daß sich derartiges in der Batterie und dem Bataillon nicht wiederholt.

*3* Nachdem ich in meinem letzten Jahresbericht auf mögliche Ursachen für Kameradenmißhandlungen hingewiesen hatte (Abschnitt 2 Absatz 3), bin ich auch im Berichtsjahr der Frage nachgegangen, warum Soldaten einzeln oder in Gruppen gegen bestimmte Kameraden in ihrer Gemeinschaft vorgehen.

*4* Auf der Kameradenebene der Mannschaften führen nicht immer nur Neigung und Bereitschaft zur Gewaltanwendung — womöglich nach übermäßigem und enthemmendem Alkoholgenuß —, das Ausspielen von eigener Stärke oder das Ausnutzen von Unterlegenheiten anderer zu unzulässigen Eingriffen in das Recht eines Soldaten auf körperliche Unversehrtheit, in dessen Würde oder andere zu schützende Rechtsgüter. Mitunter tragen auch Opfer von Gewalttätigkeiten durch ihr Verhalten dazu bei, daß Kameraden gegen sie aufgebracht sind.

Bei einem Hauptgefreiten und einem Gefreiten auf einem Schiff der Bundesmarine wurde im Laufe ihrer Dienstzeit festgestellt, daß sie für den Borddienst nicht verwendungsfähig sind. Bevor es aus diesem Grunde zur Versetzung der Soldaten von Bord kam, wurden sie wiederholt von ihren Kameraden geschlagen und der Gefreite wurde unter Anwendung von Gewalt einmal „geduscht". Die Täter wollten durch ihr Handeln den beiden Soldaten „Lektionen" erteilen, weil sie diese für „Drückeberger" hielten. Beide Soldaten standen — auch bei ihren Vorgesetzten — im Ruf, unbequeme Arbeiten und Belastungen auf Kosten ihrer Kameraden zu meiden. Häufige Arztbesuche und krankheitsbedingter Ausfall der beiden Soldaten führte dazu, daß ihre Kameraden auch kurzfristig für Zusatzdienste an Wochenenden einspringen mußten. Der Hauptgefreite und der Gefreite verstärkten bei ihren Kameraden den schon

vorhandenen negativen Eindruck durch Redensarten wie: Die anderen seien selber schuld, wenn sie arbeiten müßten, denn man brauche ja nur zum Arzt zu gehen.

Bemühungen von Vorgesetzten, bei den Mannschaften Verständnis für die gesundheitliche Situation des Hauptgefreiten und Gefreiten zu schaffen, konnten auf Grund dieser Äußerungen der Betroffenen letztlich keinen Erfolg haben. Dennoch kann nicht hingenommen werden, daß Soldaten mit rechtsverletzenden Mitteln sich eines Kameraden „annehmen". Es bleibt Pflicht der Vorgesetzten, derartige Rechtsverletzungen zu ahnden und Vorkehrungen gegen Wiederholungen zu treffen. Der Haupttäter wurde dementsprechend mit einer Disziplinarbuße von 300 DM gemaßregelt; die anderen an den Tätlichkeiten beteiligten Soldaten wurden schriftlich verwarnt. Der Hauptgefreite und der Gefreite wurden — solange sie noch auf dem Schiff Dienst versahen — durch organisatorische Vorkehrungen dem Zugriff ihrer Kameraden entzogen.

5 Die Furcht eines Opfers von Kameradenmißhandlungen, erneut weiteren Drangsalierungen seiner Kameraden ausgesetzt zu sein, kann für den Betroffenen zu einer unerträglichen Belastung werden. Eine Drohung des Täters, daß die Meldung der Mißhandlungen oder entwürdigenden Behandlung an Vorgesetzte zu schwerwiegenden Konsequenzen für das Opfer führe, wird von diesem häufig ernst genommen, und der Soldat unterläßt die Meldung; Willfährigkeit wird als vermeintlicher Ausweg angesehen, sich einem weiteren Zugriff zu entziehen.

So hatte ein Soldat, nachdem er von angetrunkenen Soldaten seiner Einheit nachts aus dem Bett geholt und durch Schläge mißhandelt worden war, Zuflucht beim Unteroffizier vom Dienst (UvD) finden können; er hatte dann aber den UvD gebeten, von der Meldung des Vorfalles abzusehen. Nach Aussagen des mißhandelten Soldaten hatte ihm einer der Täter mit weiteren Tätlichkeiten gedroht. Obwohl in derselben Einheit in den Wochen zuvor bereits andere Soldaten Opfer von Kameradenmißhandlungen und unbeteiligte Soldaten Zeuge derartiger Gewaltanwendungen geworden waren, war dem Vertrauensmann der Mannschaften — nach seinen Angaben — nichts von diesen Vorfällen bekannt geworden.

Gegen drei Täter wurde Disziplinararrest von je 21 Tagen verhängt, zwei von ihnen — Soldaten auf Zeit — wurden wegen ihrer Tat darüber hinaus aus der Bundeswehr fristlos entlassen. Ein weiterer Täter wurde mit Disziplinararrest von zehn Tagen gemaßregelt, dessen Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde. Gegen Soldaten, die Zeugen der Mißhandlungen wurden, und gegen den UvD kamen besondere erzieherische Maßnahmen zur Anwendung.

6 Doch nicht nur Soldaten, die bereits Opfer von Mißhandlungen durch Kameraden geworden sind, stehen unter der Furcht vor erneuten Drangsalierungen, solange keine wirksamen Maßnahmen gegen Wiederholungstaten getroffen sind. Auch bisher nicht betroffene Soldaten, die von einem Kameraden jedoch wissen, daß dieser unter Alkoholeinfluß zur Gewalttätigkeit neigt, zeigen sich eingeschüchtert.

Nach seiner Rückkehr aus einem Urlaub in die Kasernenunterkunft und reichlichem Genuß von Alkohol mißhandelte ein als Kraftfahrer eingesetzter Hauptgefreiter (Soldat auf Zeit, acht Jahre) mehrere Soldaten in seiner Teileinheit, die erst während seiner Urlaubsabwesenheit zuversetzt worden waren. Nachts gegen 1.00 Uhr forderte er sechs Soldaten auf, sich zu duschen. Die Soldaten, die auf Grund des Hörensagens den für seine Gewalttätigkeit bekannten Hauptgefreiten zu erkennen glaubten, fürchteten sich und folgten widerstandslos. Nach dem Duschen gingen einige Soldaten in ihre Stuben zurück und warteten dort bis kurz vor 3.00 Uhr, weil sie — auf Grund von Gerüchten — ahnten, daß noch etwas passieren würde, und legten sich erst dann nieder. Etwa eine Viertelstunde später weckte sie der Hauptgefreite, ließ sie aus den Betten herauskommen und mißhandelte sie über mehrere Stunden hin in zum Teil brutaler Weise. Alle sechs Soldaten standen noch am Tage nach den Vorfällen unter starkem psychischem Druck, waren verzweifelt und hatten Angst vor weiteren Akten. Erst als bekannt wurde, daß der Hauptgefreite vorläufig des Dienstes enthoben worden war, trat in der Kompanie eine merkliche Beruhigung ein.

Gegen den Hauptgefreiten war bereits ca. zehn Monate vorher wegen Kameradenmißhandlung eine Disziplinarbuße von 400 DM verhängt worden. Auch war der Soldat im Rahmen von Kompaniebelehrungen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß zwangsweises Duschen von Soldaten ein schweres Dienstvergehen darstellt.

Nunmehr wurde der Hauptgefreite strafgerichtlich wegen fortgesetzter Nötigung in sechs Fällen in Tateinheit mit fortgesetzter Körperverletzung in fünf Fällen, davon in zwei Fällen mittels eines gefährlichen Werkzeuges zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten unter Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung verurteilt und mit einer Bewährungsauflage von 2000 DM Geldbuße belegt. Im sachgleichen disziplinargerichtlichen Verfahren wurde er aus dem Dienstverhältnis entfernt.

7 Unüberlegtes und fehlerhaftes Verhalten von Vorgesetzten bei der Behandlung von Vorfällen, bei denen Soldaten einem Kameraden fortwährend böswillig Schwierigkeiten bereiteten, ist geeignet, die Situation des Betroffenen bei seinen Kameraden zusätzlich zu erschweren.

Ein Obergefreiter, der ein distanziertes Verhältnis zu seinen Kameraden unterhielt, wurde von diesen fortlaufend schikaniert. Ihm wurde u. a. häufig der Spind umgedreht, vernagelt und mit pornografischen Bildern beklebt. Sein Bett wurde auseinandergenommen und verdreckt, außerdem wurden seine Ausrüstungsgegenstände nachhaltig verschmutzt und zum Teil zerstört. Der Obergefreite hatte diese Schikanen des öfteren seinem Kompaniefeldwebel gemeldet, der sie jedoch für „Streiche" unter Kameraden hielt. Wohl in der gu-

ten Absicht, derartige „Streiche" zu unterbinden, nahm er sie zum Anlaß, die gesamte Kompanie bei morgendlichen Appellen hierüber zu belehren und die Soldaten zu ermahnen. Der Kompaniefeldwebel kam anscheinend nicht auf den Gedanken, daß eine solche Handhabung vor allem dazu geeignet ist, das Opfer der Schikanen bloßzustellen. So führten diese Belehrungen und Ermahnungen auch nicht zum Erfolg. Erst nach einer weiteren schriftlichen Meldung des Obergefreiten begannen die Vorgesetzten, ernsthafte Ermittlungen nach den Tätern einzuleiten, und stellten dabei das Ausmaß der Schikanen fest. Vier der Täter konnten ermittelt werden und wurden mit neun bzw. vierzehn Tagen Ausgangsbeschränkung disziplinar gemaßregelt; die Vorgesetzten bemühten sich, durch Führungsmaßnahmen den Obergefreiten dem Zugriff seiner Kameraden zu entziehen.

*8* Die Ahndung einer Kameradenmißhandlung durch Vorgesetzte darf nur mit den dem Vorgesetzten an die Hand gegebenen Mitteln erfolgen. Vorgesetzte, die sich hinreißen lassen, in einem solchen Fall selber rechtswidrig Gewalt anzuwenden, machen sich nicht nur eines schweren Dienstvergehens schuldig. Sie verlieren auch jede Glaubwürdigkeit, weil sie dieselben unrechtmäßigen Mittel einsetzen, wie zuvor der, dessen Tat ihr Einschreiten ausgelöst hat. Der Vorgesetzte haftet darüber hinaus für sein Dienstvergehen unter den erschwerenden Voraussetzungen, die seine Stellung als Vorgesetzter mit sich bringt.

— Zwei Mannschaftsdienstgrade — ein Gefreiter und ein Panzergrenadier — gerieten in eine Rauferei wegen eines Streites beim Revierreinigen in ihrer Einheit. Der Gefreite fügte dem Panzergrenadier Platz- und Schürfwunden am Kopfe zu. Zwei Feldwebel hörten von diesem Vorfall, befahlen den Gefreiten zu sich und stellten ihn zur Rede. Hierbei schlugen sie dem Gefreiten die Kopfbedeckung vom Haupt und befahlen ihm, sie wieder aufzuheben. Als sich der Gefreite bückte, trat einer der Feldwebel dem Gefreiten ins Gesäß. Danach wurde dem Gefreiten befohlen, die aufgehobene Kopfbedeckung in eine Ecke zu werfen; als er sie wieder aufheben mußte, erhielt der Gefreite einen weiteren Tritt ins Gesäß.

  Nachdem der Bataillonskommandeur gegen beide Feldwebel, die bisher weder disziplinar noch strafgerichtlich in Erscheinung getreten waren, einen — zwar unanfechtbar gewordenen, aber nicht vollstreckten — Disziplinararrest verhängt hatte, wurde in einem nachträglich eingeleiteten disziplinargerichtlichen Verfahren in beiden Fällen der Disziplinararrest aufgehoben. Beide Feldwebel wurden zu einem Beförderungsverbot von einem Jahr und einer Kürzung der jeweiligen Dienstbezüge um 1/20 für die Dauer von sechs Monaten verurteilt.

— Ein anderer Feldwebel wurde nach abgeschlossener strafgerichtlicher Würdigung in einem — noch nicht rechtskräftigen — disziplinargerichtlichen Verfahren wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu einem Beförderungsverbot von drei Jahren verbunden mit einer Gehaltskürzung um 1/10 der jeweiligen Dienstbezüge auf die Dauer eines Jahres verurteilt.

  Der Feldwebel — als Offizier vom Wachdienst — hatte einen betrunkenen und vorläufig festgenommenen Gefreiten mit einem Tritt gegen den Oberkörper zu Boden gestoßen, dem zu Boden gehenden Soldaten Faustschläge versetzt und — als dieser schließlich am Boden lag — mit dem Fuß gegen ihn getreten.

  Der in einem karateähnlichen Kampfsport (Tae-Kwon-Do) ausgebildete Feldwebel gab an, daß er sich durch Äußerungen und Haltung des vorläufig festgenommenen Gefreiten angegriffen gefühlt hätte und sein Handeln eine angemessene Abwehrhandlung gewesen wäre. Zwar hatte der Gefreite, als er nicht mehr dem Feldwebel folgen wollte, geäußert: „Komm, kämpfen wir es aus", aber auch Zeugen konten keine Angriffshandlung des Gefreiten erkennen.

  Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß das Handeln des Feldwebels weit über das hinausging, was als Abwehr eines Angriffs eines Volltrunkenen notwendig gewesen wäre; es bewertete die blitzschnelle und gleichsam automatisch erfolgten Tätlichkeiten des Feldwebels vielmehr als einen auf sofortige Ausschaltung des Gegners gerichteten Angriff; es berücksichtigte erschwerend, daß der Feldwebel auch noch auf den bereits am Boden liegenden wehrlosen Gefreiten eingetreten hatte. In seinem Urteil führte das Gericht u. a. aus: „Ein Vorgesetzter, der sich solcher Verfehlungen schuldig macht, handelt außerdem den Grundsätzen der Inneren Führung zuwider und beeinträchtigt nicht nur seine Autorität im hohen Maße, sondern zerstört gleichzeitig den kameradschaftlichen Zusammenhalt in der Truppe. Das Faustrecht ist die schlechteste Methode, die allgemeine militärische Ordnung und damit die Disziplin in der Truppe aufrechtzuerhalten."

*9* Es sind mir aber auch Fälle bekanntgeworden, in denen Vorgesetzte Untergebene körperlich mißhandelt oder entwürdigend behandelt haben, ohne daß für das jeweilige Fehlverhalten eine besondere Anspannung, ein Handeln im Affekt oder eine alkoholbedingte Enthemmung — mit — ursächlich war.

Wenn zwei Zugführer im Dienstgrad Oberfeldwebel in einer Einheit über einen Zeitraum von mehr als eineinhalb Jahren im Dienstgrad niedrigere Unterführer derselben Einheit — teilweise im Zusammenwirken und vor den Augen von Mannschaften —, entwürdigend behandelten und sich dahin eingelassen haben, die Handlungen seien nur im Scherz erfolgt, so ist das ein Beispiel für ein ungenügendes Pflichtverständnis. Es kann dann nicht überraschen, wenn auch ein Stabsunteroffizier dieser Einheit in Gegenwart der beiden Oberfeldwebel einen Unteroffizier mißhandelte und entwürdigend behandelte, ohne daß die beiden dagegen einschritten.

Ferner stellt sich die Frage nach dem Klima und der Dienstaufsicht in der Einheit. Das gilt verstärkt, wenn auch gegen den Kompaniechef der Vorwurf erhoben werden mußte, daß er sich ge-

genüber Untergebenen unzulässige Übergriffe und Eingriffe in deren körperliche Unversehrtheit habe zuschulden kommen lassen. Eine abschließende Würdigung ist noch nicht möglich, da die disziplinar- und strafgerichtlichen Verfahren bisher nicht abgeschlossen sind.

*10* Mit Sorge stelle ich nach wie vor eine entwürdigende Behandlung von Untergebenen durch eine rüde und zum Teil einem Fäkaljargon entnommene Sprache fest. Die im einzelnen von mir festgehaltenen Äußerungen und Aufforderungen reichen weit über den Rahmen eines noch hinnehmbaren Umgangstons hinaus. Viele der mir bekanntgewordenen Ausdrücke sind erniedrigend und werden von den so angeredeten Soldaten auch entsprechend empfunden. Dienstaufsicht muß darauf angemessen reagieren — auch um weitergehenden Verletzungen vorzubeugen. Redensarten und Aufforderungen von Vorgesetzten, die von einer angeblich durch das militärische Leben geprägten Männlichkeit bestimmt werden, sind — insbesondere bei jungen Wehrpflichtigen — dazu geeignet, mögliche Vorurteile über den Kasernenton zu bestätigen; ferner sind sie vielfach auch dazu angetan, Soldaten einzuschüchtern und unter unzulässigen Druck zu setzen: Dies z. B. wenn ein Inspektionsfeldwebel vor der Front äußert: „Denjenigen, die im Sanitätsbereich liegen, werden wir schon die Milch hochpumpen."

*11* Die Sensibilität dafür, wann Grundrechte, insbesondere die Würde des Menschen verletzt sind, ist allerdings selten so wenig ausgeprägt anzutreffen wie in der folgenden Begebenheit:

Aus Anlaß einer feierlichen Truppenübergabe befahl der Einheitsführer einem Kanonier, die Schuhe der in vorderster Linie angetretenen Soldaten der Ehrenformation zu putzen. Der Kanonier widersprach dem Befehl, mußte ihn aber nach Wiederholung ausführen. Unter dem Gelächter von ca. 1 000 angetretenen Soldaten und unter den Augen geladener Gäste fing der Soldat an, die Schuhe zu putzen — ein Oberfeldwebel verhöhnte den Kanonier zusätzlich dadurch, daß er ihm 10 Pfennig für seine Bemühungen gab. Erst als der Kanonier acht Soldaten die Schuhe geputzt hatte, merkte der Einheitsführer, in welche Situation er ihn gebracht hatte und befahl ihm aufzuhören.

Wenn auch der Batteriechef sich in Gegenwart der Soldaten seiner Einheit nach vierzehn Tagen und — nachdem ich mich in dieser Angelegenheit an seinen Kommandeur gewandt hatte — bei dem Kanonier entschuldigte, bleibt dennoch festzuhalten, daß bei einem ausgeprägteren Werte- und Rechtsbewußtsein die Demütigung des Kanoniers nicht möglich gewesen wäre.

*12* Insgesamt sind weiterhin ständige Anstrengungen notwendig, um den Grundrechtsschutz überall zu gewährleisten. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die öffentliche Diskussion und verschiedene Aktivitäten der Teilstreitkräfte — z. B. die Erhebung des Inspekteurs des Heeres zur Frage der Kameradenmißhandlungen — zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit gegenüber Fällen von Verletzungen der Würde des Menschen und seines Rechts auf körperliche Unversehrtheit geführt haben, so stelle ich dennoch jeweils auf der Verantwortungsebene, auf der sich diese Vorfälle ereignet haben, immer noch Unsicherheiten bei der tatsächlichen und rechtlichen Bewertung derartiger Vorgänge und einen Mangel an Innerer Führung fest.

Kameradenmißhandlungen dürfen nicht als eine Form der „internen Konfliktregelung" unkritisch akzeptiert oder aus Furcht vor Bloßstellung oder vor weiteren Mißhandlungen schweigend ertragen werden. Vorgesetzte müssen das richtige Empfinden dafür bei ihren Untergebenen schärfen und durch angemessene Würdigung solcher Verfehlungen selbst glaubwürdig sein. Fürsorgliche Erwägungen zugunsten eines Täters — weil dieser z. B. sonst ein guter Soldat ist — oder die Sorge, den guten Ruf der eigenen Einheit zu gefährden, dürfen bei der Aufklärung nicht hinderlich sein. Das gleiche gilt, wenn die Verfehlungen nicht unter im Dienstgrad gleichen Soldaten, sondern von Vorgesetzten gegenüber Untergebenen begangen werden. *13*

## 2.4 Handhabung der Disziplinargewalt

Die Ausübung der Disziplinargewalt in den Streitkräften wird von mir ständig beobachtet. Dabei bildet die Beachtung der Grundsätze des pflichtgemäßen Ermessens einen Schwerpunkt. *1*

Manchem Disziplinarvorgesetzen fällt nach wie vor nicht leicht, bei Disziplinarmaßnahmen die Art der Maßnahme — vom Verweis bis zum Disziplinararrest — oder deren Höhe bei der Disziplinarbuße bzw. deren Dauer bei Ausgangsbeschränkung und Arrest angemessen festzulegen. Diese Unsicherheiten haben zur Folge, daß mitunter unverhältnismäßig hohe Disziplinarmaßnahmen verhängt werden. Die Beschwerdemöglichkeit gibt den gemaßgregelten Soldaten zwar das Mittel an die Hand, daß die Disziplinarmaßnahme durch einen höheren Vorgesetzten und ein Truppendienstgericht überprüft wird. Davon machen aber viele im Vertrauen darauf keinen Gebrauch, daß die verhängte Disziplinarmaßnahme rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht und insbesondere das Übermaßverbot nicht verletzt wurde; das ist aber nach wie vor nicht immer gewährleistet. Folgende Fälle des Truppenalltages sollen dies verdeutlichen: *2*

— Gegen einen Gefreiten — Unteroffizieranwärter und Soldat auf Zeit — wurde eine Disziplinarbuße von 100 DM ausgesprochen, weil er in einer Fernmeldeeinsatzstelle während seines Dienstes als Fernschreiber und Bediener der Vermittlung Privatlektüre gelesen hatte. Auf die weitere Beschwerde des Soldaten hob das Truppendienstgericht die Disziplinarbuße auf und verhängte gegen ihn einen Verweis.

Der Disziplinarvorgesetzte hatte verschiedene Umstände nicht berücksichtigt. Die Vermittlung war noch mit drei weiteren Soldaten besetzt; alle vier hatten zu der fraglichen Zeit nichts zu tun und waren im übrigen auch einsatzbereit. Lesen, wenn auch nur dienstlicher Lektüre, war für den Fall, daß sonst nichts anlag, nicht verboten. Nach-

teile für den dienstlichen Betrieb sind nicht entstanden und waren auch nicht zu befürchten. Der gemaßregelte Soldat war davor noch nicht disziplinar in Erscheinung getreten. Seine für den gleichen Tag vorgesehene Beförderung zum Obergefreiten, deren Bevorstehen seitens der Kompanieführung auch schon bekanntgemacht worden war, war zurückgestellt worden.

— Ein anderer Gefreiter, ebenfalls Soldat auf Zeit, wurde mit einer Disziplinarbuße von 800 DM sowie einer erzieherischen Maßnahme — Versagen des Wochenendausganges — belegt, weil er während seines Aufenthaltes im Bundeswehrkrankenhaus verbotswidrig Alkohol getrunken hatte und deshalb wegen Verstoßes gegen die Hausordnung das Krankenhaus verlassen mußte. Obwohl der Soldat bereits einmal wegen Alkoholgenusses in der Unterkunft nach Zapfenstreich mit einer Disziplinarbuße von 150 DM gemaßregelt worden war, und die Verhängung der Maßnahme zum Zeitpunkt der erneuten Verfehlung erst einen Monat zurücklag, überstieg die Höhe der Disziplinarbuße das notwendige Maß erheblich. Auf die Beschwerde des Soldaten setzte sie der nächsthöhere Disziplinarvorgesetzte auf 400 DM herab.

— Gegen einen grundwehrdienstleistenden Gefreiten wurde eine Disziplinarbuße von 150 DM verhängt, weil er im Unteroffizierheim im Vollrausch mit weiteren Soldaten Einrichtungsgegenstände beschädigt hatte. In seiner erfolglos gebliebenen Beschwerde trug der Soldat vor, daß dies sein erstes Dienstvergehen gewesen und er wegen ungünstiger Verkehrsbedingungen auf seinen Wehrsold für Fahrten nach Hause angewiesen sei. Außerdem sei unbeachtet geblieben, daß er sich durch eine lebensbedrohende Erkrankung seiner Mutter in einer besonderen Situation befunden und wohl deshalb die Selbstkontrolle beim Alkoholgenuß verloren habe. Zutreffend wies er ergänzend darauf hin, daß bei einem am Vorfall ebenfalls beteiligten Portepeeunteroffizier eine schwierige häusliche Situation mildernd berücksichtigt und gegen diesen nur ein strenger Verweis verhängt worden sei. Der Vorgang fand nachträglich eine Lösung dadurch, daß die schon unanfechtbar gewordene Disziplinarbuße auf einen entsprechenden Änderungsantrag des nächsten Disziplinarvorgesetzten hin von dem höheren Vorgesetzten auf 50 DM ermäßigt wurde.

*3* Der letztgenannte Fall wirft zugleich die Frage danach auf, inwieweit Dienstgrad bzw. Zugehörigkeit eines Soldaten zu einer bestimmten Laufbahngruppe bei der Handhabung der Disziplinargewalt Unterschiede rechtfertigen können oder sonst zu berücksichtigen sind. Der Bundesminister der Verteidigung führt z. Zt. Erhebungen durch, die Aufschlüsse über die Disziplinarpraxis auch insoweit bringen sollen. Eine mir von dem Bundesminister der Verteidigung in diesem Zusammenhang zugeleitete Übersicht über die in den Jahren 1979 und 1980 verhängten Disziplinararreste bestätigt z. B., daß diese Disziplinarmaßnahme als „typische Wehrpflichtigenmaßnahme bewertet und angewendet wird". Entsprechendes gilt — worauf der Bundesminister der Verteidigung ebenfalls hinweist — für die Ausgangsbeschränkung schon deshalb, weil sie nur gegen Soldaten verhängt werden darf, die rechtlich verpflichtet sind, in der Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen.

*4* Bestimmte erzieherische Maßnahmen werden von Soldaten als ebenso schwerwiegend wie Disziplinarmaßnahmen empfunden. Das gilt in erster Linie für das Versagen des Nacht- und vor allem des Wochenendausganges. Dieser Eingriff in die Verfügbarkeit und Planung der freien Zeit beeinträchtigt ein dem Soldaten besonders wichtiges Gut. Wenn Soldaten gerade in Beschwerden und Eingaben dagegen zu Formulierungen wie „Schikane" oder „Willkürmaßnahmen" greifen, so verdeutlicht das u. a., wie empfindlich sie sich damit getroffen sehen.

*5* Um so notwendiger ist, daß der Disziplinarvorgesetzte, der allein die Befugnis hat, die vom Dienstplan nicht in Anspruch genommene freie Zeit des Soldaten durch besondere erzieherische Maßnahmen erheblich einzuschränken, die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen für deren Anwendung sorgfältig beachtet. Dazu gehört nach dem Erlaß „Erzieherische Maßnahmen" u. a., daß diese Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis und in einem inneren Zusammenhang zu dem Mangel stehen, aber auch, — und darauf soll im folgenden näher eingegangen werden — daß ein Mangel tatsächlich festgestellt ist, bevor eine erzieherische Maßnahme ausgesprochen wird.

Dazu folgende Beispiele:

— Ein Batteriechef teilte als besondere erzieherische Maßnahme sechs Soldaten einer Stube an einem Freitag von 15.30 Uhr bis 17.00 Uhr zu einem zusätzlichen Revierreinigen ein; darüber hinaus mußten sich die Soldaten um 18.00 Uhr sowie um 20.00 Uhr und am Samstagmorgen um 8.00 Uhr zu einem Vollzähligkeitsappell melden; der Zapfenstreich am Freitag wurde zudem für diese Soldaten auf 22.00 Uhr festgesetzt. Anlaß für diese Maßnahmen war, daß zwei Tage zuvor — während vier der Soldaten bereits im Bett lagen — zwei der Kameraden in der Stube durch Fernsehen nach Zapfenstreich noch Lärm verursacht hatten. Obwohl alle sechs übereinstimmend erklärten, daß die vier geschlafen hätten, hielt sich der Batteriechef und der mit der Beschwerde befaßte Bataillonskommandeur an die Meldung des UvD, in der dieser erklärt hatte, die vier seien noch wach gewesen. Erst der von mir eingeschaltete Regimentskommandeur stellte fest, daß ein die erzieherische Maßnahme rechtfertigendes Fehlverhalten der vier nicht nachgewiesen sei und deshalb nicht feststand.

— In einem anderen Fall versagte der Vertreter eines Bataillonskommandeurs, gestützt auf eine Mitteilung der Kasernenwache, zwei Soldaten als besondere erzieherische Maßnahme für mehrere Tage den Nachtausgang, weil sie nicht pünktlich um 5.45 Uhr zum Wecken in der Kompanie gewesen seien. Den Grund für die Verspätung des einen hatte aber der Kompaniechef zuvor als Entschuldigung anerkannt und der an-

dere war überhaupt nicht zu spät gekommen. Nach Radiozeit war er um 5.42 Uhr an der Wache, so daß er dort aufgeschrieben worden war, weil er den ca. 300 m entfernten Kompanieblock nicht rechtzeitig hätte erreichen können. Wecken und Dienstbeginn richteten sich in der Kompanie jedoch nach der Kasernenuhr und die ging einige Minuten nach.

Der Stellvertreter des Bataillonskommandeurs wurde zu Recht belehrt, vor derartigen Entscheidungen zunächst den Sachverhalt auch durch Anhörung der Betroffenen zu klären und nicht unnötig in die Zuständigkeit des nächsten Disziplinarvorgesetzten einzugreifen.

*6* Die sorgfältige Prüfung und Feststellung eines Mangels oder Fehlverhaltens unter Berücksichtigung der Angaben des betroffenen Soldaten ist ein besonderes rechtsstaatliches Anliegen, wenn die anschließende erzieherische Maßnahme wegen eines schuldhaften Fehlverhaltens als Erziehungsmittel eingesetzt wird.

*7* Die vom Bundesminister der Verteidigung zur Disziplinarpraxis in der Truppe durchgeführten Erhebungen sollten die Frage einbeziehen, ob der notwendige Rechtsschutz des Soldaten bei der Anwendung „besonderer erzieherische Maßnahmen" nicht durch zusätzliche Formerfordernisse verstärkt werden müßte. Das gilt um so mehr, wenn sich — noch vorläufige Erkenntnisse des Bundesministers der Verteidigung — bestätigen sollte, daß Disziplinarvorgesetzte auch aus Scheu vor der Beachtung der Formvorschriften bei der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen auf erzieherische Maßnahmen zurückgreifen; und darin einer von mehreren Gründen zu sehen ist, daß die Gesamtzahl der einfachen Disziplinarmaßnahmen in den Streitkräften von ca. 107 000 im Jahre 1970 auf ca. 45 000 im Jahre 1980 zurückgegangen ist. Es liegt jedoch auf der Hand, daß ein verstärkter Rechtsschutz nicht dazu führen darf, die Anwendung besonderer erzieherischer Maßnahmen wesentlich zu verzögern und damit ihre Bedeutung als schnell einsetzbares und wirkendes Erziehungsmittel zu mindern.

*8* In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage, ob nach wie vor ohne Einschränkung wegen eines Vorgangs eine erzieherische Maßnahme neben einer Disziplinarmaßnahme für zulässig erklärt werden darf. Diese Aussage des Erlasses „Erzieherische Maßnahmen" ist zumindest dann fragwürdig, wenn wegen einer schuldhaften Dienstpflichtverletzung zwei Maßnahmen mit gleicher erzieherischer Zielrichtung zur Anwendung gelangen, und beide auf den Betroffenen die Wirkungen einer Disziplinarmaßnahme haben. Typisches Beispiel hierfür ist eine Verbindung der Disziplinarmaßnahme „Ausgangsbeschränkung" mit der erzieherischen Maßnahme „Versagen des Wochenendausganges".

*9* Schließlich gilt zu bedenken, daß bereits das Androhen, den Wochenendausgang zu versagen, von großer praktischer Bedeutung ist. Nach meinen Erkenntnissen handelt es sich dabei um ein häufig angewandtes Mittel im Truppenalltag. Disziplinarvorgesetzte erreichen auf diese Weise oft, daß sie dann die angedrohten Maßnahmen nicht mehr aussprechen müssen. Ich habe allerdings den Eindruck, daß mit dem Androhen oder auch nur mit dem Hinweis auf die Möglichkeit eines solchen Verbots nicht immer der angemessene — zurückhaltende — Gebrauch gemacht wird.

Auch kommt vor, daß unzuständige Vorgesetzte — *10*
wie Zug- und Gruppenführer — diese besondere erzieherische Maßnahme ihren Untergebenen in Aussicht stellen. Dabei lassen sie sich wohl von der Annahme leiten, daß Mannschaften oft nicht wissen, daß nur der Disziplinarvorgesetzte eine solche Maßnahme aussprechen darf; oder sie nehmen aber an, der Disziplinarvorgesetzte werde ihrem entsprechenden Vorschlag schon folgen. Disziplinarvorgesetzte werden ihr besonderes Augenmerk darauf richten müssen, daß insoweit nicht mißbräuchlich gehandelt und das Vertrauen in eine korrekte Menschenführung nicht gefährdet wird.

## 2.5 Betäubungsmittelmißbrauch

Nachdem der Bundesminister des Innern im Juli *1*
1980 in seiner polizeilichen Kriminalstastik für das Jahr 1979 darauf hingewiesen hatte, daß die Zahl der Rauschgiftdelikte sich alarmierend erhöht hatte, und ich wiederholt nach Drogenmißbrauch in den Streitkräften gefragt worden bin, habe ich Verstöße gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln, die mir über die Meldungen als Besonderes Vorkommnis (BV) für das Jahr 1981 im Bereich der Bundeswehr bekannt geworden sind, aufgegriffen und ausgewertet.

Während die Zahl der BV-Meldungen über Verstöße *2*
gegen das Betäubungsmittelgesetz im Jahre 1975 noch 156 betrug, waren es im Jahre 1980 249. 1981 gingen 312 BV-Meldungen ein. Darunter war in fünf Fällen ein wiederholter Verstoß während des Berichtsjahres und in weiteren 60 Fällen ein Zusammenhang mit anderen einschlägigen Besonderen Vorkommnissen zu verzeichnen.

Als Täter oder Tatverdächtige wurden 451 Soldaten *3*
registriert. Dem Status nach waren 315 Grundwehrdienstleistende, 132 Soldaten auf Zeit, drei Wehrübende und ein Eignungsübender, in keinem der Fälle war ein Berufssoldat beteiligt. Unter den Soldaten auf Zeit ist der Anteil der drogenanfälligen Soldaten mit einer zwei- und vierjährigen Verpflichtungszeit auffallend hoch (115).

Die Strafbarkeit des Umgangs mit Betäubungsmit- *4*
tel aufgrund des Betäubungsmittelgesetzes richtete sich im Berichtsjahr noch nach den Vorschriften des Gesetzes in der Fassung von 1972 (BGBl. I S. 1).

Tathandlungen waren:

— Erwerb und Besitz von Betäubungsmitteln in 53 Fällen, Genuß von Betäubungsmitteln in 90 Fällen, beides zusammen in 75 Fällen und in gemeinschaftlichem Handeln in 63 Fällen,

— entgeltliche Weitergabe von Betäubungsmitteln(„Dealen") in 45 Fällen, davon von Soldaten in

18 Fällen, und unentgeltliche Weitergabe in 43 Fällen, davon an Soldaten in 34 Fällen.

*5* Als Drogenart herrschen die Cannabisprodukte Haschisch (72,7 v. H. der Fälle) und Marihuana (8,9 v. H.) vor. Mehrfachdrogengebrauch wie Mehrfachdrogenabhängigkeit sind seltener. Über die Herkunft der Betäubungsmittel ließ sich feststellen: Eine häufige Bezugsquelle sind die in Gastwirtschaften und Diskotheken gebotenen Gelegenheiten sowie die Drogenszene in den Großstädten. Daneben wurden die Betäubungsmittel aber auch oft durch Kameraden entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben.

*6* Die Tat wurde in 30 Fällen im Dienst, darunter auch während des Bereitschaftsdienstes begangen. In acht Fällen erfolgte sie während der Stationierung des Soldaten im Ausland. Eine polizeiliche Festnahme erfolgte in 22 Fällen, darunter in sieben Fällen im Ausland; in einem weiteren Fall entzog sich der Tatverdächtige der Festnahme durch Flucht. In elf Fällen wurde durch einen Richter Untersuchungshaft angeordnet.

*7* In unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit den von mir untersuchten Betäubungsmittelverstößen stellte ich u. a. 30 Fälle von eigenmächtiger Abwesenheit bzw. von Fahnenflucht, zwei Fälle des Verdachts auf Selbstverstümmelung und sechs Selbsttötungsversuche fest.

*8* Dem Lebensalter nach handelt es sich bei den Tätern überwiegend um Angehörige der Geburtsjahrgänge zwischen 1959 und 1961; dementsprechend ist die Mehrzahl der Täter ledig, nur acht sind verheiratet. Der Anteil der Abiturienten an den Betäubungsmitteldelikten unter Soldaten ist auffallend gering gegenüber dem von Soldaten mit anderer Schul- oder Berufsausbildung.

*9* Bei 23 Soldaten lag Drogenabhängigkeit oder doch der dringende Verdacht hierzu vor. Weitere 53 Soldaten — 44 Grundwehrdienstleistende und neun Soldaten auf Zeit — hatten bereits vor Eintritt in die Bundeswehr nachweislich Umgang mit Drogen.

*10* Als Motive oder Anlaß zu Betäubungsmittelkonsum durch Soldaten standen Neugier, jugendlicher Leichtsinn, Ausprobierenwollen sowie Mitmachen aus „Kameradschaft" an vorrangiger Stelle; daneben wurden als Gründe für den Drogenkonsum auch Langeweile und persönliche Schwierigkeiten während des Wehrdienstes genannt. In zwei Fällen wollten sich Soldaten durch Drogenkonsum wehrdienstunfähig machen und in einigen Fällen wurde Drogenkonsum aus diesem Grunde vorgetäuscht. Auch begegnete ich dem Hinweis, daß bestimmte Drogen wie Haschisch und Marihuana deshalb genommen worden seien, weil sie billiger als Alkohol gewesen sein sollen.

*11* Der verbotswidrige Umgang mit Betäubungsmitteln wird zugleich als ein Dienstvergehen verfolgt. Deshalb führt die Feststellung eines derartigen Vergehens nicht nur zur Abgabe an die Staatsanwaltschaft, sondern darüber hinaus zu einer disziplinaren Ahndung. Als disziplinare Maßnahmen wurden vorwiegend verschärfte Ausgangsbeschränkung, Disziplinarbuße oder Disziplinararrest verhängt. Von der Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung wurde in zehn Fällen Gebrauch gemacht. Bei Soldaten auf Zeit wurde in drei Fällen ein disziplinargerichtliches Verfahren eingeleitet. 37 Soldaten auf Zeit wurden fristlos aus der Bundeswehr entlassen, fünf Grundwehrdienstleistende wurden ebenfalls aus dienstrechtlichen Gründen vorzeitig entlassen. Neben der disziplinaren Ahndung erfolgte in den meisten Fällen eine truppenärztliche Untersuchung bzw. Behandlung; häufig wurden die Soldaten auch in eine andere Einheit versetzt, und der Sozialarbeiter wurde zu ihrer Betreuung eingeschaltet. 40 Soldaten — 37 Grundwehrdienstleistende und drei Soldaten auf Zeit — mußten aufgrund des Drogenkonsums aus gesundheitlichen Gründen aus der Bundeswehr vorzeitig entlassen werden.

*12* Die Zahl der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz ist im Laufe der Jahre in den Streitkräften gestiegen und gibt Anlaß zur Sorge. Festzustellen ist, daß derartige Fehlhandlungen durch Soldaten — neben der psychischen und physischen Schädigung des einzelnen selbst — zu einer Beeinträchtigung der militärischen Ordnung werden können. Der Bundesminister der Verteidigung wird Verstöße dieser Art sorgfältig beobachten und auswerten sowie geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um sachgerecht — auch vorbeugend — reagieren zu können.

*13* Die durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts vom 28. Juli 1981 (BGBl. I S. 681, 1187) am 1. Januar 1982 ohnehin notwendig gewordene Anpassung der einschlägigen Dienstvorschriften des Bundesministers der Verteidigung sollte Anlaß für eine Überprüfung sein, inwieweit diese Vorschriften ergänzungs- und präzisierungsbedürftig sind. Darüber hinaus muß — wie schon bisher — weiterhin dem Betäubungsmittelmißbrauch durch Aufklärung über dessen Gefahren begegenet werden.

## 2.6 Selbsttötungsversuche von Soldaten im Grundwehrdienst

In der Zeit vom 1. Juni 1976 bis 31. Mai 1977 habe ich eine Fragebogenaktion zur Erfassung und Erforschung der Selbsttötungsversuche von wehrpflichtigen Soldaten durchgeführt. Das Ergebnis habe ich dem Verteidigungsausschuß in einem Einzelbericht am 30. Januar 1979 vorgelegt. Anläßlich der Beratung des Jahresberichts 1979 im Bundestag am 26. Juni 1980 habe ich die Wiederholung der Fragebogenaktion zum Zwecke der Überprüfung der bei dieser Aktion gewonnenen Erkenntnisse angekündigt (vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 226. Sitzung, StenBer Seite 18320 B). Die Kontrollfragebogenaktion habe ich vom 1. August 1980 bis 31. Juli 1981 durchgeführt und alle in diesem Zeitraum verübten Selbsttötungsversuche von wehrpflichtigen Soldaten in der gleichen Weise erfaßt wie bei der ersten Aktion. Das Ergebnis werde ich dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages in einem Einzelbericht alsbald vorlegen.

### 2.7 Umgang mit Waffen

*1* Durch fahrlässigen oder unverantwortlich mißbräuchlichen Umgang mit Faustfeuerwaffen wurden auch im Berichtsjahr Soldaten schwer verletzt oder getötet:

— Ein als stellvertretender Wachhabender eingesetzter Gefreiter machte sich der fahrlässigen Tötung eines Kameraden schuldig. Unter grober Mißachtung von Sicherheits- und Wachvorschriften hantierte er im Wachlokal an seiner Dienstpistole. Er hatte nicht hinreichend darauf geachtet, daß seine Waffe geladen und entsichert war und er diese auf seine Kameraden gerichtet hielt; es löste sich ein Schuß, der seinen Kameraden tödlich traf.

— Ein wachhabender Unteroffizier wollte aus Anlaß der Wachablösung seine Dienstpistole entgegen den Sicherheits- und Wachvorschriften im Wachlokal entladen und eine Sicherheitsüberprüfung an der Waffe durchführen. Auf Grund einer unsachgemäßen Handhabung löste sich ein Schuß, der gegen die Wand schlug und zurückprallte; dabei traf das Geschoß einen anderen Soldaten und verletzte ihn am Halse.

— Ein als Schießlehrer ausgebildeter Oberfeldwebel führte als Leitender einer Ausbildung im Gelände eine Pistole mit sich, die befehlsgemäß „teilgeladen" sein mußte (d. h. ein mit Munition gefülltes Magazin ist in die Waffe eingeführt, es befindet sich jedoch keine Patrone im Patronenlager; eine teilgeladene Waffe ist nicht schußbereit). Während der Mittagspause in einer auf dem Übungsgelände stehenden Baracke spielten der Oberfeldwebel und weitere Unteroffiziere eine Gerichtsverhandlung, in deren Verlauf einer der Unteroffiziere im Scherz „schuldig" gesprochen wurde. Etwa 15 Minuten später, am Ende der Pause erklärte der Oberfeldwebel, das Urteil müsse noch vollstreckt werden. Der Unteroffizier entgegnete darauf, er wolle wie ein richtiger Soldat „sterben". Danach spannte der Oberfeldwebel die Pistole und sagte sinngemäß zu dem Unteroffizier: „Geladen, gespannt und entsichert." Der Unteroffizier äußerte noch, sein letzter Wunsch sei, kniend mit dem Gesicht zur Wand zu „sterben". Von den zuvor anwesenden übrigen Soldaten waren noch zwei Unteroffiziere im Raum, als der Oberfeldwebel die Waffe auf den Nacken des knienden Unteroffiziers richtete und abdrückte. Alle glaubten, daß die Waffe ungeladen sei. Es löste sich jedoch ein Schuß und traf den Unteroffizier tödlich. Der Oberfeldwebel hat sich in dem noch nicht abgeschlossenen strafgerichtlichen Verfahren dahin eingelassen, daß er als sicher angenommen habe, in der Waffe hätte sich kein Magazin befunden.

*2* Unabhängig von den schwerwiegenden Folgen weisen die genannten Beispiele darauf hin, wie unzulänglich das Bewußtsein über die Gefahren beim Umgang mit Waffen auch bei Soldaten mit Vorgesetztenstellung geprägt ist, und wie leichtfertig Bestimmungen darüber übergangen werden.

*3* Der letztgenannte besonders tragische Vorgang, der einer breiten Öffentlichkeit durch eine ausführliche Berichterstattung der Presse bekanntgeworden ist, stellt darüber hinaus einen Fall des Mißbrauchs einer Waffe dar. Selbst bei ungeladener Waffe wäre das Handeln des Oberfeldwebels vorschriftswidrig und unzulässig gewesen. Ferner macht betroffen, daß auch die anderen anwesenden Unteroffiziere anscheinend keinen Anstoß an einer solchen Art von „Scherz" genommen haben. Auch war ihnen die zwingende Notwendigkeit der Beachtung der Grundsätze über den Umgang mit Waffen — wie: „Ziele ohne zwingenden Anlaß oder aus Scherz nie mit einer Schußwaffe auf einen Menschen, auch wenn die Waffe ungeladen ist" — nicht selbstverständlich. Darüber hinaus scheint keiner der Unteroffiziere bedacht zu haben, daß der Oberfeldwebel als Leitender dieser Geländeausbildung die Pistole „teilgeladen" bei sich zu führen hatte; unter dieser Voraussetzung mußte sein Hantieren an der Waffe zum „Fertigladen" führen.

*4* Ein Soldat ist so auszubilden, daß sein Selbstverständnis ihm verbietet, sich an derartigen Vorgängen zu beteiligen oder sie — selbst als Untergebener — auch nur hinzunehmen. Um dieses zu erreichen, müssen Vorgänge, in denen Waffen als vermeintliches Spielzeug mißbraucht werden, in jedem Falle als Dienstvergehen ernst genommen werden — und nicht nur dann, wenn ein Schaden eintritt.

### 2.8 Vertrauen in die Personalführung

*1* Häufig stoße ich auf den Vorwurf von Soldaten unterschiedlicher Dienstgrade, daß Maßnahmen der Personalführung nicht im Einklang mit Erklärungen stehen, die sie als verbindliche Zusagen verstanden haben. Nicht eingehaltene Zusicherungen, aber auch als solche mißverstandene Erklärungen und nicht einlösbare Versprechen von unzuständigen Vorgesetzten führen dazu, daß über die Personalführung — ob zu Recht oder nicht — geklagt wird und das Vertrauen in deren korrekte Handhabung leidet.

*2* Eine besondere Fallgruppe sind dabei Erklärungen mit Zusicherungsinhalt, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Dienstzeitverpflichtungen bzw. Weiterverpflichtungen stehen.

Eine Division setzte in ihrer Nachwuchswerbung eine Broschüre ein, in der es u. a. hieß, daß sie jedem, der sich auf eine Dienstzeit von mindestens vier Jahre verpflichtet, die freie Wahl des Standortes, der Truppengattung und der Ausbildungsreihe biete, „Eignung und Bedarf vorausgesetzt".

Soldaten, die im Vertrauen darauf sich auf vier Jahre verpflichteten und davon ausgingen, daß sie für die Dauer ihrer Dienstzeit in dem von ihnen gewählten Standort verbleiben könnten, fühlten sich beschwert, als durch Umgliederungsmaßnahmen ihre Versetzung in einen anderen Standort geplant und ein Versetzungsgesuch zu einer anderen Einheit des bisherigen Standortes abschlägig beschieden worden war.

*3* In den Beschwerdeverfahren stellte erst der Inspekteur des Heeres klar, daß Versprechungen in der Werbebroschüre eines Großverbandes der Bundeswehr nach den auch im Bereich des öffentlichen Rechts geltenden Grundsätzen von Treu und Glauben und den die Streitkräfte prägenden Grundsätzen der Inneren Führung einen Vertrauenstatbestand schaffen, der zu berücksichtigen ist, wenn ein auf diese Weise zur Bundeswehr gekommener Soldat sich später darauf beruft. Zwar war die in der Broschüre angebotene freie Standortwahl — Bedarf und Eignung vorausgesetzt — auf die Einstellung bezogen und keine Zusage, daß der so für vier Jahre geworbene Soldat dort in jedem Fall seine gesamte Dienstzeit bleiben würde. Andererseits entzieht nicht jede nur denkbare Bedarfsänderung der Standortzusage die Grundlage. Pflichtgemäßes Ermessen ist vielmehr daran auszurichten, ob es nicht dienstlich vertretbare andere Wege gibt, um die Zusicherung in einer solchen Werbebroschüre weiter durchzuhalten. Das war nach den Feststellungen des Bundesministers der Verteidigung in den angesprochenen Fällen aber möglich.

*4* Häufig sind bestimmte Zusicherungen von Vorgesetzten nach Begründung des Soldatenverhältnisses dafür ursächlich, daß sich Soldaten im Grundwehrdienst als Soldaten auf Zeit verpflichten oder Soldaten auf Zeit sich weiterverpflichten.

— Ein Grundwehrdienstleistender, der seine Gesellenprüfung als Fleischer mit Auszeichnung bestanden hatte, legte aus beruflichen Gründen Wert darauf, als Feldkoch tätig zu sein. Nachdem sein Kompaniechef ihm die Möglichkeit in Aussicht gestellt hatte, daß er bei einer zweijährigen Verpflichtung nach seiner allgemeinen Grundausbildung als Feldkoch eingesetzt werden könnte, ging der Soldat diese Verpflichtung ein. Nach der allgemeinen Grundausbildung und Versetzung in ein anderes Bataillon wurde der Soldat jedoch zu verschiedenen Waffenausbildungen kommandiert und sollte zum Panzerunteroffizier ausgebildet werden.

— Einem Stabsunteroffizier wurde von seinem truppendienstlichen Vorgesetzten der Verbleib am gewünschten Standort für den Fall zugesagt, daß er sich auf acht Jahre verpflichte; die Festsetzung der neuen Dienstzeit wurde daraufhin von der Stammdienststelle vorgenommen. Dennoch wurde der Stabsunteroffizier nach der Weiterverpflichtung versetzt.

— Ein Unteroffizier erklärte aktenkundig im Zusammenhang mit seiner Weiterverpflichtung von vier auf acht Jahre, daß er aus persönlichen Gründen nicht versetzungswillig sei. Der Unteroffizier ging die Verlängerung seiner Dienstzeitverpflichtung deshalb ein, weil ihm eine bestimmte Verwendung in seiner Einheit von seinen Vorgesetzten zugesagt worden war; dennoch wurde er nach Festsetzung der neuen Dienstzeit von seinem Bataillon zur Versetzung gemeldet, weil dieses eine Personalabgabepflicht zu erfüllen hatte.

*5* Ich messe diesen Fällen eine grundsätzliche Bedeutung zu. Obwohl alle im Ergebnis zu einer zufriedenstellenden Lösung geführt werden konnten, nehme ich sie zum Anlaß, darüber zu berichten. Denn die zunächst befaßten Dienststellen, darunter eine Stammdienststelle, erkannten nicht oder berücksichtigten ungenügend, daß sie durch Zusicherungen in ihrem Ermessen eingeschränkt waren.

*6* Auch wenn der Kompaniechef einer Grundausbildungseinheit nicht dafür zuständig ist, einem Soldaten im Grundwehrdienst in Aussicht zu stellen, daß er in der — zu einem anderen Bataillon gehörenden — Stammeinheit als Feldkoch eingesetzt würde, so hat eine solche Erklärung dennoch erhebliche Auswirkungen, wenn der Soldat deswegen eine Zeitverpflichtung eingeht und später nicht zum Feldkoch ausgebildet wird. Die personalbearbeitende Stelle wird sich jedenfalls mit dem Hinweis auf den Mangel der Zuständigkeit des Kompaniechefs allein nicht begnügen dürfen, sondern nach Abhilfemöglichkeiten suchen müssen. In dem konkreten Fall ist das durch die Brigade geschehen, so daß der verständliche Vertrauensverlust des Soldaten in seine Personalführung aufgefangen werden konnte.

*7* In dem Fall, in dem sich ein Stabsunteroffizier unter der Voraussetzung, daß er am gewünschten Standort bleiben könne, auf acht Jahre verpflichtet hatte, sah erst der Bundesminister der Verteidigung die Zusage des truppendienstlichen Vorgesetzten als verbindlich an. Die Zusicherung reichte zwar in einen Zeitraum hinein, in dem die Zuständigkeit der Personalführung auf die Stammdienststelle übergegangen war. Sie war aber im erklärten Einvernehmen mit dem Kommandeur auf der Regimentsebene abgegeben worden und verdiente einen solchen Vertrauensschutz, daß dadurch auch die Stammdienststelle verpflichtet wurde.

*8* In dem Fall, in dem der Bataillonskommandeur eine Pflichtabgabe nicht anders als dadurch erfüllen konnte, daß er einen Unteroffizier dafür meldete, der sich nur mit Rücksicht auf eine ihm gegebene Standortzusage weiterverpflichtet hatte, half der Kommandierende General ab. Dieser veranlaßte Maßnahmen, die es ermöglichten, den Unteroffizier am Standort zu lassen. Nachwuchsgewinnung ist oftmals nur noch möglich bei Zusagen über Verwendung und Standort, teilte mir dazu der Kommandierende General mit. Hinzuzufügen ist, daß diesbezügliche Zusicherungen auch unter Schwierigkeiten nach Möglichkeit eingehalten werden müssen, wenn sich Soldaten weiterhin darauf einlassen sollen. Auch bei nachträglich eintretenden Veränderungen des dienstlichen Bedarfs behält die Zusicherung mit Rücksicht auf die Glaubwürdigkeit des zusichernden Vorgesetzten und das darauf gegründete Vertrauen des Untergebenen einen hohen Stellenwert.

*9* Der Vorgesetzte in der Truppe muß sich Fragen seiner Untergebenen stellen, die wissen wollen, wie es mit ihnen dienstlich weitergeht, bevor sie sich weiterverpflichten. Der truppendienstliche Vorgesetzte kann sich derartigen Fragen auch nicht entziehen wollen, insbesondere dann nicht, wenn er einen guten Mann zu verlieren fürchtet und einen Ersatz nicht sieht. Er muß allerdings berücksichtigen, daß mit der personalbearbeitenden Stelle nicht abgesprochene Zusicherungen die Personalführung un-

terlaufen und erschweren können. Darüber hinaus muß er in Rechnung stellen, daß er durch sein Verhalten u. U. einen Soldaten auf Kosten anderer begünstigt. Unabgestimmte Zusicherungen oder durch sein Zutun als solche mißverstandene Erklärungen wird sich deshalb dieser Vorgesetzte vorwerfen lassen müssen.

*10* Die personalbearbeitende Stelle, auf Abstimmung angesprochen, scheut naturgemäß oft eine bindende Zusage über Standort und weitere Verwendung. Sie sieht darin leicht eine zusätzliche Beschränkung für die Beweglichkeit bei der Personalführung und beschränkt sich daher lieber auf Auskünfte und Absichtserklärungen. Deren Umsetzung vor Ort führt aber — aus welchen Gründen auch immer — nicht selten dazu, bei dem betroffenen Soldaten Vertrauen darauf zu schaffen, daß die personalbearbeitende Stelle zugestimmt habe.

*11* Schwierig, aber dennoch notwendig ist, daß die Bedürfnisse der Truppe auf der einen und die Erfordernisse der personalführenden Stellen auf der anderen Seite nicht zuletzt auch zur Sicherung des Vertrauens des betroffenen Soldaten noch mehr miteinander abgestimmt werden. Mir ist bewußt, daß es dabei in Konkurrenz stehende Zielvorstellungen gibt und ein Ausgleich nicht einfach ist, der aber aus den dargelegten Gründen dennoch erreicht werden muß.

## 2.9 Mängel bei der Ausbildungsplanung

*1* Versäumnisse truppendienstlicher Vorgesetzter im Zusammenhang mit der Entsendung von Soldaten zu Fach- und Laufbahnlehrgängen haben mich wiederholt beschäftigt und Mängel bei der Ausbildungs- und Verwendungsplanung von Vorgesetzten aufgezeigt.

- So konnten Soldaten nicht zeitgerecht an den für ihre weitere Ausbildung und Förderung notwendigen Laufbahnlehrgängen teilnehmen, weil ihre Vorgesetzten versäumt hatten, entsprechende Lehrgangsplätze anzufordern.
- Andere Soldaten mußten Ausbildungsverzögerungen hinnehmen, weil die Ausbildungs- und Verwendungsbestimmungen falsch gehandhabt und nicht der richtige Lehrgang beantragt oder die Lehrgangsplatzanforderung fehlerhaft bearbeitet worden war.

*2* Mängel dieser Art wirken sich für die betroffenen Soldaten insofern nachteilig aus, als sie erst verspätet oder — wegen zu kurzer Restdienstzeit — überhaupt nicht mehr die erforderlichen Lehrgänge durchlaufen können. Ihnen entstehen gegenüber dienstaltersgleichen Kameraden Laufbahnnachteile, die sich noch über mehrere Jahre auswirken und später nicht immer ausgeglichen werden können.

*3* Benachteiligungen ergeben sich ferner, wenn Soldaten des Heeres entgegen den Ausbildungs- und Verwendungsvorschriften nicht für eine Umschulung gemeldet werden, die einen zivil anerkannten Berufsabschluß vermittelt. Soldaten, die ohne Lehrberuf in die Bundeswehr eingetreten sind, trifft dieses Versäumnis besonders hart, entweder weil die angestrebte Ausbildung nach Abschluß des Unteroffizieraufbaulehrgangs nicht nachgeholt werden kann oder weil keine ausreichende Restdienstzeit mehr zur Verfügung steht.

Die dargestellten Mängel in der Ausbildungsplanung und -lenkung sind von den einzelnen Soldaten in der Regel nicht zu vertreten. In erster Linie ist Aufgabe des Disziplinarvorgesetzten, sich um die Ausbildung der ihm anvertrauten Soldaten zu kümmern und diese mit den hierfür zuständigen Stellen der Bundeswehr abzustimmen. Zur Fürsorgepflicht des Disziplinarvorgesetzten gegenüber seinen Soldaten gehört auch, auf die kontinuierliche Durchführung der einzelnen Maßnahmen hinzuwirken. Sind Fehler geschehen, dann sollte — wo immer es noch möglich ist — Abhilfe geschaffen werden. *4*

## 2.10 Versetzungen im Rahmen der Umgliederung in die Heeresstruktur 4

Viele Einheiten des Heeres waren im Berichtsjahr von Umgliederungsmaßnahmen für die Heeresstruktur 4 betroffen; hieraus ergaben sich für Soldaten Versetzungen mit Standortwechsel. *1*

Der Bundesminister der Verteidigung hatte zu Beginn dieser Organisationsänderung in Truppenzeitschriften zum Ausdruck gebracht, daß sich die Zahl der hierfür notwendigen Versetzungen mit Standortwechsel insgesamt auf etwa 1 500 bis 2 000 beschränken würde. Der Inspekteur des Heeres hatte außerdem die Weisung herausgegeben, daß diese Personalbewegungen aus Fürsorge- und Kostengründen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen seien. *2*

Nach meinen Erkenntnissen wird die Gesamtzahl der mit einem Standortwechsel verbundenen Versetzungen den vorgenannten Rahmen jedoch erheblich überschreiten. Seit Beginn der Umgliederung bis zum 31. Dezember 1981 wurden allein etwa 1 850 in der Personalführung der Stammdienststelle des Heeres stehende Unteroffiziere mit Standortwechsel versetzt; hinzu kamen noch etwa 300 Offiziere. Nicht berücksichtigt in diesen Angaben ist die hohe Zahl der Soldaten auf Zeit — insbesondere der Unteroffiziere und Stabsunteroffiziere — mit einer Verpflichtung von unter acht Jahren, bei denen die Personalführung in Händen der Truppe selbst liegt. *3*

Im Rahmen der noch ausstehenden Umgliederungsmaßnahmen werden weitere Versetzungen notwendig werden, insbesondere im Bereich des Territorialheeres, bei dem die Umgliederung erst im letzten Jahr begonnen hat und ebenfalls versetzungsintensiv sein wird. Die Umgliederung des Feldheeres ist fast abgeschlossen. *4*

Der Bundesminister der Verteidigung sollte mit realistischen Zahlenangaben über den noch notwendigen Umfang von Versetzungen im Rahmen der Umgliederung informieren, damit nicht falsche Vorstellungen entstehen. Ferner sollte er die Notwendigkeit *5*

von Versetzungen gegenüber Betroffenen — auch im Einzelfall — einsichtig machen.

6 Ich bin mir bewußt, daß bei der Umgliederung in die neue Heeresstruktur Versetzungen mit Ortswechsel unvermeidbar sind und daß sich Schwierigkeiten für die personalbearbeitenden Stellen bei den hierbei erforderlichen Personalplanungen ergeben. Gleichwohl sollte der Bundesminister der Verteidigung sich bemühen, Personalbewegungen in Abstimmung mit den von einer Abgabepflicht betroffenen Verbänden, z. B. durch Austausch von Soldaten, so gering wie möglich zu halten.

## 2.11 Hauptleute des Truppendienstes und Oberleutnante des militärfachlichen Dienstes

1 Die Personallage der Offiziere ist vor allem bei den Hauptleuten des Truppendienstes und bei Oberleutnanten des militärfachlichen Dienstes dadurch gekennzeichnet, daß die Möglichkeiten geringer geworden sind, sie in laufbahnfördernde und altersgerechte Verwendungen zu bringen.

2 Die seit den Anfängen der Bundeswehr unausgewogene Altersstruktur der Berufssoldaten führte nach dem Ausscheiden der zahlenmäßig schwächer besetzten älteren Jahrgänge ein breites Feld von Angehörigen dicht beieinanderliegender Jahrgänge in Stabsoffizierpositionen mit der Folge, daß diese gleichmäßig und nahezu gleichlang für die nachgerückten Hauptleute blockiert sind. Dabei handelt es sich zwar um ein allgemeines Problem in den Streitkräften, das aber — zumindest heute noch — vor allem von den Hauptleuten des Heeres als besonders belastend empfunden wird.

3 Hauptleute des Heeres führen Klage darüber, daß zwischen der Versetzung auf den Dienstposten eines Majors und der Beförderung in der Regel drei bis vier Jahre liegen, während der Kapitänleutnant schon etwa ein Jahr nach der Einweisung auf einen derartigen Dienstposten Korvettenkapitän wird und der Hauptmann der Luftwaffe auf einem Majordienstposten noch kürzer auf seine Beförderung wartet. Als gern genanntes Beispiel wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß am 1. April 1981 von den Teilnehmern am Verwendungslehrgang General-/Admiralstabsdienst 1979 an der Führungsakademie der Bundeswehr alle 24 Hauptleute der Luftwaffe, acht von 14 Kapitänleutnanten der Marine (= 57 v. H.) und nur zwei von 45 Hauptleuten des Heeres (= 4 v. H.) zum Major/Korvettenkapitän befördert wurden. Dieser Vorgang fand größere Resonanz, weil er besonders qualifizierte Offiziere betraf und deshalb verallgemeinernde Rückschlüsse auf die Chancenunterschiede zwischen den einzelnen Teilstreitkräften nahelegte.

4 Ich begrüße, daß der Bundesminister der Verteidigung z. Z. Überlegungen anstellt, ob ein Ausgleich zwischen den Teilstreitkräften notwendig ist und gegebenenfalls wie ein solcher praktisch vollzogen werden kann. Dadurch dürften zugleich Diskussionen in den Streitkräften darüber gegenstandslos werden, ob Anzahl und Qualität der Planstellen, die den Teilstreitkräften im Verhältnis ihrer unterschiedlichen Stärke zur Verfügung stehen, im Laufe der Entwicklung solche Verschiebungen erfahren haben, daß sich eine Korrektur anbietet. Weiter wird eine solche Prüfung an teilstreitkraftabhängigen Unterschieden von Aufgaben und damit von Dienstpostenstrukturen ebensowenig vorbeigehen können wie an dem zahlenmäßigen Verhältnis von Planstellen und Dienstposten. Wenn — wie mir mitgeteilt wurde — im Bereich der Stabsoffiziere des Heeres 5,3 v. H., im gleichen Bereich der Luftwaffe 1,3 v. H. und der Marine 4,7 v. H. der Dienstposten nicht mit gleichwertigen, sondern unterwertigen Planstellen abgedeckt sind, dann erklärt dies zwar unterschiedliche Wartezeiten bei der Beförderung eines auf einen solchen Dienstposten eingewiesenen Hauptmanns/Kapitänleutnants, beantwortet aber nicht zugleich die Frage nach den Ursachen, die zu dieser „Schere" geführt haben. Eine solche Prüfung wird ferner nicht unberücksichtigt lassen können, daß — so verständlich dies auch sein mag — heute noch etwa 170 Majore des Heeres auf Dienstposten für Hauptleute Verwendung finden, während dies in den anderen Teilstreitkräften nicht mehr der Fall ist. Diese Planstellen fehlen im Heer zusätzlich als Beförderungsmöglichkeit auf Majordienstposten.

5 Unabhängig von der Frage nach Unterschieden bei den haushaltsmäßigen und organisatorischen Voraussetzungen ist aber bei teilstreitkraftübergreifenden Vergleichen von Beförderungschancen auch beachtlich, wie lange der Vorlauf an Offizierdienstzeiten bis zur Beförderung zum Stabsoffizier in den einzelnen Teilstreitkräften regelmäßig ist. Einer Mitteilung des Bundesministers der Verteidigung entnehme ich dazu, daß für die Teilnehmer des genannten Verwendungslehrgangs General-/Admiralstabsdienst, von denen ein Teil am 1. April 1981 befördert wurde, ein Durchschnitt an Offizierdienstzeiten von 10,9 Jahren beim Heer, von 11,6 Jahren bei der Luftwaffe und 12,5 Jahren bei der Marine bestand. Diese Zahlen sind aber nicht repräsentativ für die allgemeine Beförderungssituation. Für das Jahr 1980 ist dazu vielmehr — nach einer Auskunft des Bundesministers der Verteidigung — von folgendem auszugehen: Bis zur Beförderung zum Major/Korvettenkapitän betrugen die durchschnittlichen Offizierdienstzeiten im Heer 14,4, bei der Luftwaffe 12,5 und bei der Marine 13,1 Jahre; der Durchschnitt in den Streitkräften insgesamt lag bei 13,6 Jahren von der Beförderung zum Leutnant bis zu der zum Stabsoffizier.

6 Ich bin auf diese Fragen näher eingegangen, weil sie in sachlicher Hinsicht komplex sind, in den Teilstreitkräften vielfach unterschiedlich gewichtet und je nach Interessenlage auch verschieden beantwortet werden; sie bedürfen vor allem auch deshalb einer Klärung, weil sie — u. a. wegen der derzeitigen Haushaltssituation — auf absehbare Zeit nicht mehr einer Lösung durch die Bewilligung neuer Planstellen zugeführt werden können.

7 Bereits in dem Jahresbericht 1979 (Abschnitt 3.6.1.2) habe ich auf die Strukturprobleme in der Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes hingewiesen und vor allem die ungleichen Entwicklungs-

möglichkeiten zwischen den einzelnen Ausbildungs- und Verwendungsreihen (AVR) angesprochen. Trotz der im Jahre 1979 erfolgten Zusammenfassung von 79 zu 46 Ausbildungsreihen im Bereich des Heeres hat die damit verbundene Verbesserung der Chancengleichheit für Oberleutnante, Hauptmann werden zu können, nicht dazu geführt, daß die Klagen über ungleiche Beförderungsaussichten aufgehört hätten. Dazu ist die Dienstpostenstruktur der einzelnen AVR — insbesondere beim Heer — zu unterschiedlich. So gibt es bei den Heeresfliegern in der AVR „bordtechnischer Dienst" keine STAN-Hauptmann-Dienstposten; in der AVR-Kraftfahrwesen sind es 7 v. H., in der AVR-S1-Gebiet hingegen 24,3 v. H. und beim „Nachschub allgemein" 59 v. H.

*8* Ich bin mir bewußt, daß die verschiedenen Aufgabenbereiche der einzelnen AVR eine unterschiedliche Dienstpostenstruktur erfordern. Andererseits ist der Unterschied in den Beförderungsaussichten zwischen den einzelnen AVR so groß, daß nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden muß. Inwieweit insbesondere eine weitere Verringung der Zahl der Ausbildungs- und Verwendungsreihen und eine vermehrte Nutzung der Umsetzungsmöglichkeiten in Betracht kommt, bedarf daher der Prüfung.

*9* Aber auch unabhängig davon bleibt die Laufbahnsituation für Offiziere des militärfachlichen Dienstes unbefriedigend: Allein in der Luftwaffe besetzten zum Beförderungstermin 1. Oktober 1981 481 Oberleutnante des militärfachlichen Dienstes einen STAN-Hauptmann-Dienstposten und erfüllten auch die sonstigen Voraussetzungen für die Beförderung zum Hauptmann; die zu diesem Zeitpunkt zur Besetzung freien 19 Hauptmann-Planstellen ließen jedoch nur eine Beförderung von knapp 4 v. H. jener Offiziere zu.

## 2.12 Dienstzeitbelastung und finanzieller Ausgleich für Spitzendienstzeiten

*1* Hohe Dienstzeitbelastung und deren finanzieller oder durch Freizeit gewährter Ausgleich waren auch im Berichtsjahr für viele Soldaten — insbesondere des Heeres — ein Thema, zu dessen Regelung sie heftige Kritik äußerten. Die von Soldaten beanstandete als übermäßig empfundene dienstliche Inanspruchnahme betrifft die Dienststundenzahl und damit die Dauer des Dienstes und nicht die Anforderungen während des Dienstes. In der Tat zeigen die Angaben über die Dienstzeitbelastung in den letzten Jahren eine steigende Tendenz. Mehr als 60 Dienststunden wöchentlich leisteten im Jahre 1974/1975 etwa 21 000 Soldaten und 1979 nahezu 130 000 Soldaten; die Zahlen für 1981 ergeben — wenn auch nur noch leicht — wiederum eine Zunahme. Bei einer Reihe von Einheiten wurde die Zahl von 60 Dienststunden erheblich überschritten. Zur Erklärung für diese Entwicklung wird auf einen ständigen Zuwachs von Aufgaben ohne eine entsprechende Erweiterung des Umfangs an Haushaltsstellen und Personal hingewiesen. Die Klagen von Soldaten richten sich vor allem gegen Zusatzdienste, wie Wach- und Bereitschaftsdienste, und dienstlich bedingte Abwesenheiten vom Standort (Wohnort), die die Dienststundenzahl spürbar anheben und ihre freie Zeit für Familie und sich selber empfindlich einschränken.

*2* Für Spitzendienstzeiten ist durch die Vergütung bzw. den erhöhten Wehrsold für Soldaten in Einheiten/Teileinheiten, in denen im Jahresdurchschnitt wöchentlich mehr als 56 Stunden Dienst geleistet wird, ein Ausgleich geschaffen worden. Über Unzulänglichkeiten dieser mit Wirkung zum 1. Juli 1980 in Kraft getretenen Regelung hatte ich in meinem Jahresbericht 1980 berichtet. Ich hatte u. a. darauf hingewiesen, daß bei einer rechtzeitigen und möglichst weitgehenden Information über die Zusammenhänge der in der Dienstzeitausgleichsregelung enthaltene positive Ansatz deutlicher geworden wäre und die Kritik daran nicht ein solches Ausmaß angenommen hätte. Ferner gab ich der Hoffnung Ausdruck, daß eine Neuregelung zu einem sachgerechten Ergebnis führen werde. In seiner Stellungnahme zu meinem Jahresbericht erklärte der Bundesminister der Verteidigung, daß er für 1981 eine Neuerhebung über die Dienstzeitbelastung in allen Bereichen der Streitkräfte durchführe; auf der Basis dieser Erhebung werde möglich sein, „die Zahlungsgrundlage insgesamt den heutigen Bedingungen anzupassen".

*3* Nachdem im Mai 1981 die neue Erhebung in allen Truppenteilen und Dienststellen abgeschlossen worden war und deren von der Truppe selbst durchgeführte Auswertung im Herbst des Jahres vorlag, stellte sich heraus, daß z. B. beim Heer 82 v. H. der Soldaten im Jahresdurchschnitt mehr als 56 Stunden in der Woche Dienst leisten. In den anderen Teilstreitkräften ist dieser Anteil mit ca. 20 v. H. und weniger wesentlich geringer.

*4* Diese Ergebnisse konnten auf Grund der vorangegangenen Erhebungen und sonstiger Kriterien nicht überraschen. Danach war absehbar, daß der vorgegebene Haushaltsansatz von 150 Mio. DM für die gesamten Streitkräfte nicht ausreichen könnte, um allen Ansprüchen auf die Vergütung bzw. den erhöhten Wehrsold zu entsprechen, die auf Grund der Erhebung anzuerkennen wären.

*5* Da das Ausmaß der hohen Dienstzeitbelastung vieler Einheiten — insbesondere des Heeres — schon lange bekannt war, hätte vordringliches Ziel der militärischen Führung sein müssen, möglichst frühzeitig eine Verminderung der Dienstzeitbelastung dort, wo es der militärische Auftrag zuläßt, durchzusetzen. Dies wäre aus Gründen der Fürsorge für die betroffenen Soldaten, wie auch einer sparsamen Haushaltsführung notwendig gewesen und hätte zusätzlich positive Bedeutung für die Nachwuchswerbung erlangen können.

*6* Erst nachdem die von der Truppe ermittelten Ergebnisse vorlagen und feststand, daß statt der im Haushalt 1982 vorgesehenen 150 Mio. DM auf Grund der Neuerhebung nunmehr ein höherer Betrag für die Durchführung der Spitzendienstzeitregelung notwendig würde, verfügte die militärische Führung, durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, daß der gegebene Haushaltsrahmen nicht

überschritten werde. So wies der Inspekteur des Heeres — für die ab 1. März 1982 geltende und auf die Neuerhebung gestützte Regelung — seinen Verantwortungsbereich an, die Jahresgesamtleistung an Dienststunden so einzuteilen, daß als Ergebnis die statistische Wochenstundenzahl bei den Soldaten des Heeres, die eine durchschnittliche Wochenstundenzahl von 56 überschritten, um einen Richtwert von vier Stunden abgesenkt werde. U. a. gab er dazu folgende Hinweise: 7

- Einteilung geschlossener Einheiten/Teileinheiten zu Bereitschaftsdiensten an Wochenenden mit vollem Ausbildungsprogramm, dafür sollte ein Dienstausgleich in der Woche unter entsprechender Ausbildungsplanung des Truppenteils gewährt werden.
- Gestaffeltes Beziehen und Abrücken von Truppenübungsplätzen sowie gestaffeltes Aus- und Einrücken bei Übungen.
- Einhalten der Ausbildungsforderungen gemäß dem Gesamtausbildungsplan (GAP) ohne „Draufsatteln".
- Einheits- und teileinheitsweise Zusammenfassung von Dienstzeitausgleich einzelner an bestimmten Ausbildungstagen.

8 Zusätzlich könnten Unteroffiziere bei der Diensteinteilung zum Feldwebel vom Wochendienst (FvW) und zum Unteroffizier vom Dienst (UvD) durch die Neufassung der Zentralen Dienstvorschrift 10/5 „Der Innendienst" entlastet werden.

9 Grundsätzlich halte ich die vom Inspekteur des Heeres gegebenen Hinweise zur Verringerung der Dienstzeitbelastung für sinnvoll. Es bleibt allerdings zunächst abzuwarten, ob die Hinweise sich als ausreichend erweisen, um die Dienstzeit in einem beachtenswerten Umfang zu senken.

10 Unabhängig davon bin ich jedoch der Auffassung, daß die Truppe jetzt durch die Hinweise zur Dienstzeitverkürzung unvorbereitet getroffen wird und diese von ihr mißverstanden werden. Nach den bisher mir bekannten Reaktionen aus der Truppe ist schon jetzt abzusehen, daß auch die Neuregelung eine nicht geringe Unruhe unter Soldaten auslöst.

11 Die Handhabung der Vergütung für Soldaten mit Spitzendienstzeiten und die Neuerhebung der Dienstzeitbelastung sind markante Beispiele dafür, daß die Information als Führungsmittel in der Truppe vernachlässigt und in ihrer Bedeutung nicht erkannt worden ist.

12 Enttäuschung bei Soldaten, die auf Grund der Neuerhebung glauben konnten, daß sie vergütungsberechtigt seien, wäre vermeidbar gewesen, wenn von Anfang an dem Dienstzeitabbau Priorität gegeben worden wäre, wie es erst jetzt versucht wird.

13 Im übrigen bleibt nach den Neuerhebungen und dem darauf fußenden Katalog der vergütungsberechtigten Einheiten eine Reihe von Problemen, die schon im Ansatz dazu geeignet sind, Unzufriedenheit zu schaffen. Das gilt z. B., wenn in einem Verband Einheiten mit gleichem Auftrag und gleicher Gliederung nicht in gleicher Weise in den Genuß der Zulage kommen. Soldaten vergleichen sich untereinander und für sie ist nicht nachvollziehbar, wenn die Soldaten in der Nachbareinheit besser gestellt sind als sie. Deshalb besteht die Gefahr, daß die positiven Aspekte der Zulage verdrängt und in der Truppenpraxis ins Gegenteil verkehrt werden. Dem in geeigneter Weise entgegenzuwirken, halte ich für eine wichtige Aufgabe aller militärischen Vorgesetzten. Dabei werden sie Verunsicherungen aufzufangen haben, die auf Grund der dargestellten Entwicklung entstanden sind. Wenn dies gelingt, dürften nachgeordnete Vorgesetzte sich in dieser Angelegenheit auch nicht länger als Sachwalter der Unzufriedenheit ihrer Untergebenen verstehen und zum Sprecher von Vorwürfen machen.

## 2.13 Fürsorge und Betreuung

Fürsorge und Betreuung in der Bundeswehr haben weiterhin ein hohes Niveau. Diese Wertung gilt insbesondere auch wegen der in den letzten Jahren erzielten sozialen Leistungsverbesserungen. 1

In diesem Bereich der Bundeswehr ist zur Zeit mit einer kostenwirksamen Erweiterung der staatlichen Leistungen nicht zu rechnen. Die Soldaten wissen das und stellen sich darauf ein. Im soldatischen Alltag kommt es daher darauf an, im bisherigen finanziellen Rahmen die vorhandenen Fürsorgemaßnahmen und Betreuungseinrichtungen so sinnvoll wie möglich zu nutzen. 2

Der Dienstherr ist auch bei der Erfüllung seiner Fürsorgeverpflichtung darauf angewiesen, daß er durch rechtzeitige und umfassende Information für sein Führungsverhalten und seine Maßnahmen das Verständnis der Soldaten findet. Dieses ist jedoch nicht immer gelungen. 3

Der durch das zweite Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur mit Wirkung vom 1. Januar 1982 in Kraft getretene Wegfall der Sparförderung von monatlich bis zu 50 DM hat bei grundwehrdienstleistenden Soldaten Unverständnis und Unmut, teilweise sogar Empörung und Verbitterung ausgelöst. Der Unmut dieser Soldaten richtet sich auch gegen die in dem Gesetz erfolgte Kürzung der staatlichen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. 4

Grundwehrdienstleistende haben zum Ausdruck gebracht, anscheinend solle der Haushalt des Bundesministers der Verteidigung auf Kosten einer sozial besonders schwachen Gruppe — der Wehrpflichtigen — saniert werden; ihr Vertrauen sei erheblich erschüttert, zumal der Wegfall der Sparförderung in bestehende Sparverträge eingreife und sie hart treffe. Nicht zuletzt haben Soldaten die zum 1. Juli 1981 wirksam gewordene Wehrsolderhöhung wegen des Wegfalls der Sparförderung per Saldo als ein „Verlustgeschäft" bezeichnet; ich habe Verständnis für diese Kritik. Im übrigen richtet sich die Kritik auch gegen die Art, wie unter dem Tenor „Das Opfer ist tragbar" darüber berichtet wurde. 5

Wehrpflichtige messen die Wertschätzung ihres Dienstes und der ihnen damit auferlegten Verpflichtung auch an den ihnen gewährten finanziellen Lei- 6

stungen. Über die von mir beobachtete Reaktion grundwehrdienstleistender Soldaten habe ich den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages sowie die Bundesminister der Verteidigung und der Finanzen in Kenntnis gesetzt.

*7* Einschränkungen bei der Haushaltsführung und beim Haushaltsansatz hatten in einer Reihe von Einzelfällen Folgen, die von betroffenen Soldaten nicht verstanden wurden oder so im Widerspruch zu anderen Maßnahmen standen, daß sie als Beitrag zum Sparen nicht einsehbar waren.

— So wurden Dienstreisen zwar angeordnet und durchgeführt, aber zu einem Teil zunächst nicht abgerechnet, weil der Ausgabenansatz mit Rücksicht auf die Erfordernisse einer vorläufigen Haushaltsführung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nur in begrenzter Höhe freigegeben werden durfte; nur erfuhren betroffene Soldaten das erst nach der Dienstreise.

— Soldaten konnte von Mitte August an unter Hinweis auf knappe Haushaltsmittel fachärztlich verordnetes orthopädisches Schuhwerk nicht mehr zur Verfügung gestellt werden; diese Anordnung wurde dann allerdings Mitte Oktober wieder aufgehoben.

— Aus denselben Gründen wurden Dienstreisen von Sozialarbeitern, denen die Betreuung der im europäischen Ausland stationierten Soldaten der Bundeswehr und ihrer Familien obliegt, eingeschränkt, obwohl noch im Sommer 1981 dafür ein weiterer Dienstposten eingerichtet worden war.

*8* Auch die Handhabung von Umzugskosten- und Trennungsgeldbestimmungen ist nicht immer nachvollziehbar. Dazu folgendes Beispiel:

Ein Soldat mit sechsköpfiger Familie hatte nach seiner Versetzung trotz des eigenen und des Bemühens der Wohnungsfürsorge der Bundeswehr eine entsprechende Wohnung nur außerhalb des Einzugsgebiets seines neuen Standorts finden können und diese als vorläufige Wohnung anerkannt erhalten. Nach einjährigem Bezug von Trennungsgeld wurde dessen weitere Gewährung mit der Begründung abgelehnt, daß seine Bemühungen um eine Wohnung am Standort nicht intensiv genug gewesen seien. Die Standortverwaltung schloß den Bescheid mit folgender Feststellung: „Da bei Ihnen der Wohnungsmangel auf Grund Ihrer zumutbaren Miete auf lange Sicht auf dem freien Wohnungsmarkt nicht behoben werden kann und die Wohnungsfürsorge der Standortverwaltung keine Sechs-Zimmerwohnung im Bestand hat, ist eine tatsächliche Umzugsunmöglichkeit auf nicht absehbare Zeit gegeben." In seiner dagegen eingelegten Beschwerde trug der Soldat vor, daß er umzugswillig sei; er könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß es an seinem Dienstort keine familiengerechte Wohnung zu einem zumutbaren Mietpreis gebe.

Die Wehrbereichsverwaltung wies die Beschwerde als unbegründet zurück und gab dem Soldaten abschließend zusätzlich folgendes zu bedenken: „Vielmehr hätten Sie sich in Ihrem Fall gegen diese ausgesprochene Personalmaßnahme (gemeint ist die Versetzung) wenden und eine Versetzung an einen geeigneten Standort beantragen müssen. Es muß deshalb bezweifelt werden, ob Ihnen Trennungsgeld von Anfang an überhaupt zustand."

Der Bundesminister der Verteidigung trug den Besonderheiten des Falles dadurch Rechnung, daß er die Wehrbereichsverwaltung anwies, ihren Beschwerdebescheid aufzuheben und das Trennungsgeld vorerst für sechs Monate weiterzugewähren.

Keine der mit dem Vorgang befaßten Stellen scheint der Überzeugung gewesen zu sein, daß das geforderte Mehr an Bemühungen um eine Wohnung am Dienstort dazu geführt hätte, eine den Bedürfnissen und der finanziellen Belastbarkeit des Soldaten entsprechende Wohnung auch zu finden. Wenn dennoch die Standortverwaltung und die Wehrbereichsverwaltung der Meinung waren, dem Anspruch der Trennungsgeldbestimmungen auf die dargestellte Weise gerecht werden zu müssen, dann stimmt dies mehr als nachdenklich.

*9* Eine ungenügende Vorbereitung auf ihre künftigen Lebensbedingungen beklagten Soldaten, die im Rahmen der Ausbildung für Waffensysteme zu Lehrgängen bei Industrieunternehmen in die Vereinigten Staaten von Amerika kommandiert wurden. Dort waren sie auf Selbstverpflegung angewiesen und mußten sich auch selber um Unterkunft bemühen; sie waren jedoch vor Antritt ihrer Auslandsverwendung nur unzureichend darüber informiert. Insbesondere fehlten ihnen die notwendigen Kenntnisse über die auf sie zukommenden finanziellen Belastungen und über die Möglichkeit, Abschlagszahlungen in Anspruch zu nehmen.

*10* Da die von den Lehrgangsteilnehmern angemieteten Unterkünfte — zumeist waren dies Appartements — jeweils bis zu 20 Meilen von ihren Ausbildungsstätten entfernt lagen, waren sie auf den Kauf oder das Anmieten eines Fahrzeuges angewiesen. In den gemieteten Wohnungen fehlten außer einer Kochgelegenheit alle weiteren Einrichtungs- und Haushaltsgegenstände, wie Geschirr für die Küche, Reinigungsgeräte, Bettwäsche etc. Die dafür notwendigen Aufwendungen hatten die Soldaten aus Unkenntnis ebenfalls nicht in Rechnung stellen und in ihren Planungen berücksichtigen können.

*11* Der Bundesminister der Verteidigung hat inzwischen Maßnahmen eingeleitet, die den Mangel an Information beheben und sicherstellen sollen, daß die Lehrgangsteilnehmer zeitgerecht und ausreichend mit Geld versorgt werden.

*12* Im Rahmen von Versetzungen und Kommandierungen entstehen für Soldaten und deren Familien häufig Belastungen, wie sie in anderen Berufsgruppen nicht mit gleicher Regelmäßigkeit auftreten. Der Bundesminister der Verteidigung läßt hierzu eine Studie: „Mobilität in den Streitkräften — Belastungsfaktoren in Soldatenfamilien" erarbeiten. Ich sehe deren Ergebnissen mit Interesse entgegen.

### 2.14 Truppenunterkünfte

1 In der Folge meines Jahresberichts 1979 hatte der Bundesminister der Verteidigung im Herbst 1980 ein Sofortprogramm zur Sanierung unzulänglicher Unterkünfte und Arbeitsplätze aufgestellt, das mit Baubeginn 1981 insgesamt 104 Bauvorhaben mit einem Gesamtkostenvolumen — bezogen auf vier Jahre — von 340 Mio. umfaßt; hiervon waren für 1981 70 Mio. DM veranschlagt. Die Maßnahmen wurden zügig in Angriff genommen, und neben diesem Sofortprogramm wurden die in den vorangegangenen Jahren begonnenen Sanierungsmaßnahmen fortgeführt.

2 Zur kurzfristigen Bereitstellung zusätzlicher Unterkunftskapazität bei der Durchführung großer Baumaßnahmen wurden in einem Standort Ausweichunterkünfte in Raumzellenbauweise errichtet. In einem anderen Standort werden zur Zeit solche Unterkunftsgebäude in einer Stahlskelettbauweise aufgestellt; diese Unterkünfte sind demontierbar und können umgesetzt werden.

3 Unabhängig von diesem Sofortprogramm sollte durch flexible und möglichst schnelle Maßnahmen sichergestellt werden, daß Soldaten überall eine angemessene Unterkunft zugewiesen werden kann und daß bauliche Unzulänglichkeiten auch dort behoben werden, wo es dringend ist. Durch einen Erlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 29. August 1980 ist u. a. bestimmt, daß auch bei baulichen Anlagen, die entweder durch Neubauten ersetzt werden sollen oder zur Grundinstandsetzung heranstehen, notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen (z. B. Ausbessern von Putzschäden und Fußbodenbelägen, Abdichten von Fenstern und Türen, Anstricharbeiten) durchzuführen sind und nicht unterbleiben. Durch diese Regelung ist möglich, mit Sofortmaßnahmen Mängel zu beseitigen und die Wohnqualität einer Truppenunterkunft oft sogar erheblich zu verbessern.

4 Die Wohnqualität der Unterkünfte kann in Maßen auch dadurch gesteigert werden, daß Soldaten selber — z. B. im Rahmen von „Stubenwettbewerben" — einen Beitrag leisten; dieses ist möglich auf der Grundlage eines Erlasses des Bundesministers der Verteidigung vom 31. Oktober 1980. Hierzu hat er mir mitgeteilt, daß Standortverwaltungen Eigeninitiativen der Truppe unterstützen sollen. Die Einbeziehung von Eigenleistungen von Soldaten bei der Ausgestaltung ihrer Stuben kann auch dazu beitragen, daß sie ihre Unterkunft und die dort vorhandenen Einrichtungen pfleglicher als sonst behandeln.

5 Von Bedeutung für die Wohnqualität ist ferner der Pflegezustand der Unterkunft und ihre Sauberkeit. Deshalb muß mit den vorhandenen Mitteln der Dienst- und Fachaufsicht, gegebenenfalls auch durch Kündigung des Vertragsverhältnisses mit einem Reinigungsunternehmen, stets nachdrücklich sichergestellt werden, daß bestehende Reinigungspflichten, sei es durch Soldaten, zivile Mitarbeiter der Standortverwaltung oder eine Vertragsfirma, erfüllt werden.

6 Bauliche Mängel und hygienische Unzuträglichkeiten ergänzen sich nicht selten so, daß beides zusammen als ein unzumutbarer Zustand empfunden wird.

So wurde in einer Truppenküche häufig Ungezieferbefall festgestellt. Auf Grund der veralteten Baukonzeption des Wirtschaftsgebäudes hatte das Ungeziefer viele Unterschlupfmöglichkeiten; und das Auftreten von Küchenschaben kann auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Küchenabfälle und Speisereste lagerten so, daß davon eine Geruchsbelästigung für die Küche ausging. In der Küche fielen im Topfspülraum außerdem loser Deckenputz und abblätternde Deckenfarbe herunter. Wenn das auch durch eine Reparatur des Daches behoben werden konnte, so mußte die Beseitigung der anderen baulichen Mängel zurückgestellt werden. Der Bundesminister der Verteidigung teilte mir hierzu mit, daß wegen der angespannten Haushaltslage und der zwingenden Notwendigkeit, noch dringendere Baumaßnahmen zunächst durchzuführen, die Verwirklichung dieses Vorhabens im mittelfristigen Zeitraum mit großer Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein werde, aber ein hygienisches Betreiben der Truppenküche durch regelmäßige Desinfektionen gewährleistet werde.

### 2.15 Bekleidung und Ausrüstung

Truppenübungsplatzaufenthalte und Einsätze von Soldaten in Katastrophengebieten machten Mängel bei Bekleidung und Ausrüstung deutlich. 1

Wenn auch die Bekleidung der Soldaten im großen und ganzen dienstlichen und bekleidungsphysiologischen Anforderungen entspricht und der Bundesminister der Verteidigung den Kälte- und Nässeschutz für Soldaten verstärkt hat, reicht dies für den Beinschutz bei extremer Kälte und für den Nässe- und Kälteschutz der Hände und Füße noch nicht aus. Dem will der Bundesminister der Verteidigung durch die Einführung einer besonders warmen Unterbekleidung und eines neuen Handschuhs begegnen. Ein bereits eingeführter Kampfschuh mit erhöhten wasserabweisenden Eigenschaften soll darüber hinaus zumindest in einem Paar allen Soldaten künftig zur Verfügung gestellt werden und auf lange Sicht den bisher verwandten Kampfschuh ganz ersetzen; der Wärmeschutz dieses Kampfschuhs wird durch eine besondere Schuheinlage erhöht. 2

Bei der Ausrüstung der Truppe für besondere Einsätze — wie den Katastropheneinsatz in Italien im Winter 1980/1981 — gab es Schwierigkeiten beim Beschaffen zusätzlicher Bekleidung, vor allem Sonderbekleidung, wie gefütterten Stiefeln, Gummistiefeln mit Roßhaarsocken, zusätzlichen Pullovern und auch Bekleidungsstücken aus der sogenannten Norwegenbekleidung. 3

Die Praxis hat gezeigt, daß die eingesetzten Truppenteile nur unzureichend darüber informiert waren, ob und wie sie zusätzliche Ausrüstungsgegenstände anfordern können; auch die hierfür zuständigen Stellen der Bundeswehrverwaltung besaßen nicht immer die notwendige Sicherheit, wie sie auf derartige Anforderungen schnell und ohne großen 4

Verwaltungsaufwand reagieren durften. Nach den Erfahrungen des Katastropheneinsatzes in Italien halte ich für wichtig, daß die Truppe informiert wird, was sie wo an zusätzlicher Bekleidung und an Sonderbekleidung anfordern kann, und daß die entsprechenden Kleiderkammern — womöglich durch die Bildung besondere Depots — angemessen auf derartige Anforderungen reagieren können. Besondere Bedeutung messe ich dem bei, daß die Einsatztruppen — auch über das reguläre Ausrüstungssoll hinaus — mit den Bekleidungsstücken ausgestattet werden können, die durch den Einsatz besonders in Mitleidenschaft gezogen werden und deshalb mehrfach zur Verfügung stehen sollten. Hier könnte gegebenenfalls auch auf Bekleidungsbestände zurückgegriffen werden, die vor der Aussonderung stehen.

*5* In welcher Weise der Truppe in kurzer Zeit gewünschte zusätzliche Bekleidung und Ausrüstung bereitgestellt werden könnte, zeigt folgende Regelung: Danach kann die Truppe ihre Ausrüstung so ergänzen, daß sie aus auf Korpsebene eingerichteten „Zeltdepots" bei Truppenübungsplatzaufenthalten zusätzliche Einheits- und Gefechtszelte anfordert. Darüber hinaus können in gleicher Weise Feldheizgeräte zur Verfügung gestellt werden. Damit entfällt künftig das bisherige aufwendige Ausleihverfahren von Zelten und Feldheizgeräten bei benachbarten Einheiten.

*6* Kritik von Wehrübenden, daß sie — im Gegensatz zur aktiven Truppe — ungenügend mit Bekleidung ausgerüstet würden, müßte nunmehr auf Grund des Erlasses des Bundesministers der Verteidigung vom 1. September 1981 der Boden entzogen sein. Danach empfangen Reservisten für die Zeit ihrer Wehrübung Artikel der Grund- und Friedenszusatzausstattung entsprechend dem tatsächlichen Bedarf und bis zur Höhe des Ausstattungssolls. Der Übungstruppenteil hat die rechtzeitige und bedarfsgerechte Ausstattung des wehrübenden Reservisten in Absprache mit der Standortverwaltung sicherzustellen.

*7* Bei Bekleidung und Ausrüstung der Soldaten hat der Bundesminister der Verteidigung in den vergangenen Jahren beachtliche Anstrengungen unternommen. Notwendig ist eine verstärkte Abstimmung zwischen Truppe und Truppenverwaltung bzw. Standortverwaltung, um den Soldaten mit Ersatz-, Zusatz- und Sonderbekleidung die Durchführung ihres Dienstes zu erleichtern.

### 2.16 Dienstfähigkeit Grundwehrdienstleistender

*1* Im Jahre 1979 wurden 5 984 und im Jahre 1980 7 125 wehrpflichtige Soldaten auf Grund des Ergebnisses der ärztlichen Einstellungsuntersuchung schon während der ersten Tage ihres Grundwehrdienstes wieder aus der Bundeswehr entlassen. Die Zahl der Entlassungen für 1981 liegt mir noch nicht vor; sie dürfte nach meinen bisherigen Erkenntnissen jedoch höher als in den Jahren zuvor sein.

*2* In diesen Zahlenangaben sind noch nicht die Soldaten enthalten, die erst auf Grund der während des Wehrdienstes festgestellten Gesundheitsbeeinträchtigungen oder wegen Wehrdienstbeschädigungen vorzeitig entlassen worden sind.

*3* Unabhängig von der Zahl der Wehrpflichtigen, die bereits innerhalb der ersten Tage wegen gesundheitlicher Mängel wieder aus der Bundeswehr ausscheiden, stellt darüber hinaus die Überprüfung der Wehrdienstfähigkeit in den Fällen eine Belastung für den Soldaten und die Truppe dar, in denen die Wehrdienstfähigkeit nicht bereits bei der Einstellungsuntersuchung eindeutig festgestellt werden kann, sondern weitere ärztliche Abklärungen notwendig sind. Um einen Eindruck darüber zu gewinnen, wie sich diese Belastungssituation auswirkt, habe ich Erhebungen im Zusammenwirken mit zwei Divisionen des Heeres, dem Luftwaffenausbildungskommando und mit der Marine durchgeführt. Die dort gewonnenen Erkenntnisse habe ich zusammen mit den mir zur Verfügung gestellten Übersichten des Instituts für Wehrmedizinalstatistik und Berichtswesen sowie des Bundesministers der Verteidigung ausgewertet.

*4* Betroffene Soldaten sind von den regulären täglichen Dienstverrichtungen ihrer Kameraden zum Teil ausgeschlossen. Hinzu kommt, daß diese Soldaten wegen der ihnen auferlegten Einschränkungen (z. B.: keinen Stahlhelm tragen, vom Tragen des Gepäcks bzw. des Gewehrs befreit, keine Märsche über zwei oder fünf Kilometer, vom Außendienst oder Sport befreit) nur schwer in die soldatische Gemeinschaft eingegliedert werden können. Die Soldaten sind vielfach selber unzufrieden, weil sie oft Stunden im Sanitätsbereich verbringen müssen und an der Ausbildung nicht teilnehmen können; ihnen fehlen Gemeinschaftserlebnisse, die besonders im anstrengenden Ausbildungsdienst erfahren werden und die zu Zusammenhalt und Kameradschaft führen. Manche sehen sich aus der Gemeinschaft ihrer Gruppe ausgeschlossen, weil die ihnen zuteil werdende andere Behandlung zu Mißgunst oder sonstigen negativen Reaktionen führt; zum Teil sind sie dem Vorwurf der „Drückebergerei" und des „Simulantentums" ausgesetzt. Auch wird ihre Situation, von schweren Diensten befreit zu sein, nicht selten von dienstfähigen Soldaten als erstrebenswert empfunden.

*5* Die Belastung der Truppe durch eingeschränkt oder nicht wehrdienstfähige Soldaten wirkt sich vornehmlich auf den Ausbildungsbereich aus. Durch die ärztlichen Untersuchungen und die Wahrnehmung von Untersuchungsterminen — nicht selten verbunden mit langen Fahrten zu Fachärzten und zu Krankenhäusern — wird wichtige Ausbildung versäumt. Die häufige Befreiung von bestimmten Diensten bis zum Abschluß der ärztlichen Untersuchung erschweren dem Vorgesetzten den sinnvollen Einsatz dieses Soldaten, zum Teil machen sie ihn sogar unmöglich. Ausfallstunden müssen gegebenenfalls durch zusätzliche Dienste in den Abendstunden oder gar an Wochenenden nachgeholt werden; hierdurch wird neben dem betroffenen Soldaten auch der Ausbilder zusätzlich belastet.

*6* Die Feststellung der Wehrdienstfähigkeit in zweifelhaften Fällen führt zu einer erheblichen Belastung

des truppenärztlichen Dienstes und soweit die vorzeitige Entlassung von Grundwehrdienstleistenden aus gesundheitlichen Gründen geboten ist, entsteht Verwaltungsaufwand. Dazu gehört auch die Abrechnung von Arzthonoraren oder die Durchführung förmlicher Verfahren (z. B. Wehrdienstbeschädigungsverfahren).

*7* Meine Untersuchungen haben ergeben, daß es kaum nennenswerte Unterschiede bei Anzahl und Art der Krankheitsmerkmale zwischen den einzelnen Teilstreitkräften gibt, die zur vorzeitigen Entlassung führen.

*8* Kommandeure und Dienststellenleiter haben mir dargelegt, daß die Einberufung von Wehrpflichtigen mit solchen Merkmalen nach der Beurteilung ihrer Sanitätsoffiziere oft auf Unzulänglichkeiten bei der ärztlichen Musterungsuntersuchung zurückzuführen sei. Soweit nicht zweifelsfrei die Tauglichkeit während der Musterungsuntersuchung festgestellt werden könne, seien weitere — womöglich fachärztliche — Untersuchungen notwendig und gegebenenfalls der Verzicht auf eine Einberufung erforderlich. Die Anzahl der Einberufungen von nicht oder vorübergehend nicht dienstfähigen Wehrpflichtigen zur Bundeswehr sei zu hoch.

*9* Ich bin mir bewußt, daß der in wenigen Jahren bevorstehende Rückgang der Zahl der Wehrpflichtigen den Bundesminister der Verteidigung zwingt, alle Möglichkeiten der Heranziehung zum Wehrdienst auszuschöpfen. Der Anteil der Soldaten, die nur mit Einschränkungen und für bestimmte Tätigkeiten verwendungsfähig sind, wird sich erhöhen, weil Wehrpflichtige mit größerer Verwendungsbreite nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Um nachteilige Wirkungen für betroffene Soldaten und die Truppe möglichst gering zu halten, könnte notwendig werden, daß Soldaten vom Beginn des Grundwehrdienstes an in bestimmte Verwendungen gebracht werden, weil sie gesundheitlich der allgemeinen Grundausbildung nicht gewachsen sind. Dazu bedarf es der rechtzeitigen Planung und Vorbereitung.

## 2.17 Vorzeitige Entlassung aus dem Grundwehrdienst

*1* Ein Soldat im Grundwehrdienst kann auf seinen Antrag vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen werden, wenn das Verbleiben im Wehrdienst für ihn wegen persönlicher Gründe eine besondere Härte bedeuten würde. Aufgrund dieser Regelung ist möglich, Soldaten, die im Anschluß ihres Wehrdienstes ihre Berufsausbildung aufnehmen oder fortsetzen, beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vorzeitig aus dem Wehrdienst zu entlassen.

*2* Abiturienten, die nach dem Wehrdienst erstmals eine berufliche Ausbildung durch ein Studium beginnen und bei einem regulären Dienstzeitende unzumutbare Wartezeiten bis zum Anfang des Studiums hinnehmen müßten, können auf entsprechenden Antrag grundsätzlich vorzeitig entlassen werden. Entsprechendes gilt für ein Praktikum, das als unerläßliche und nicht verschiebbare Zugangs- und Einschreibevoraussetzung vor Studienbeginn abgeleistet sein muß.

Hingegen erhielten Grundwehrdienstleistende, die *3* über den zweiten Bildungsweg ein Fachhochschulstudium aufnehmen wollten und im Rahmen dieses Bildungsganges vor ihrer Wehrdienstzeit eine hierfür notwendige Berufsausbildung (Lehre) abgeschlossen hatten, regelmäßig ablehnende Bescheide, wenn sie ihre vorzeitige Entlassung aus dem Wehrdienst beantragten. Entlassungsanträge dieser Soldaten wurden mit der Begründung zurückgewiesen, sie hätten bereits eine Ausbildung abgeschlossen und könnten im erlernten Beruf arbeiten. Damit stelle eine Wartezeit bis zum Beginn der weiteren Ausbildung keine besondere Härte im Sinne der einschlägigen Entlassungsbestimmungen dar.

Diese Entscheidungspraxis ist jedoch nicht überzeu- *4* gend. Der zweite Bildungsweg eröffnet u. a. den Zugang zur Fachhochschule und Hochschule über eine praktische und eine schulische Ausbildung, bei der jeder Ausbildungsabschnitt als Teil eines in sich geschlossenen Ausbildungsganges gewertet werden muß. Deshalb sollten grundsätzlich wegen der abgeschlossenen Berufsausbildung an Entlassungsanträge von Soldaten dieses Bildungsweges keine anderen Maßstäbe angewandt werden als an gleichgerichtete Anträge grundwehrdienstleistender Soldaten, die über das Abitur die Hochschulberechtigung erworben haben.

Hierzu folgender Fall: *5*

Ein Soldat hatte vor seinem Grundwehrdienst die Realschule und eine berufsqualifizierende Ausbildung abgeschlossen sowie die Fachhochschulreife erlangt. Für die Aufnahme des von ihm beabsichtigten Studiums war der Nachweis eines Praktikums eine unerläßliche und nicht verschiebbare Zulassungsvoraussetzung. Bei regulärer Entlassung hätte der Soldat sein Studium erst ein Jahr später aufnehmen können, so daß ihm — unter Abzug des dreimonatigen Praktikums — eine über die Wehrdienstzeit hinausgehende Verzögerung der Ausbildung von neun Monaten entstanden wäre. Diesen Nachteil hätte der Soldat durch ihm mögliche und zumutbare Maßnahmen nicht vermeiden können.

Nachdem der Divisionskommandeur den Antrag auf vorzeitige Entlassung des Soldaten abschlägig beschieden hatte, weil er bereits eine berufsqualifizierende Ausbildung durchlaufen hätte, legte der Kommandierende General die dagegen erhobene Beschwerde dem Bundesminister der Verteidigung vor. Dieser kam zu dem Ergebnis, daß das Verbleiben im Wehrdienst für den Soldaten eine besondere Härte bedeuten würde; ihm drohe hierdurch ein zusätzlicher Zeitverlust, deshalb sei seine vorzeitige Entlassung geboten und vertretbar, soweit keine dienstlichen Gründe entgegenstehen würden. Der Kommandierende General gab der Beschwerde des Soldaten darauf hin statt und wies den Divisionskommandeur an, den Soldaten so rechtzeitig aus dem Grundwehrdienst zu entlassen, daß er zu Beginn des Studiums sein Praktikum nachweisen könne.

6 Der Bundesminister der Verteidigung hat den Vorgang zum Anlaß genommen, den Entlassungsdienststellen seine Rechtsauffassung bekannt zu geben, um eine einheitliche Entscheidungspraxis für die Zukunft zu sichern. Er ging dabei zwar auf die bereits vor Beginn des Grundwehrdienstes vom betroffenen Soldaten durchlaufene berufsqualifizierende Ausbildung nicht näher ein, sondern stellte seine Begründung darauf ab, daß das Praktikum Zugangsvoraussetzung für das Studium und nicht aufschiebbar gewesen sei. Nach dieser Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung gehe ich aber davon aus, daß in vergleichbaren Fällen Anträge auf vorzeitige Entlassung mit dem Ziel der Fortsetzung der Berufsausbildung nicht mehr deshalb abgelehnt werden, weil der Antragsteller bereits eine berufsqualifizierende Ausbildung — eine Lehre — erfolgreich beendet hat.

7 Unabhängig von der Frage der Gleichbehandlung vergleichbarer Fallgruppen durch die Entlassungsdienststellen der Bundeswehr, stellt das Praktikum als Zulassungsvoraussetzung für ein Studium die Streitkräfte vor Schwierigkeiten. Zwischen den Studiengängen, aber auch innerhalb solcher zwischen den Hochschulen gibt es Unterschiede. Während einmal das Praktikum in voller Länge als unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums verlangt wird, reicht in anderen Fällen ein zeitlich verkürztes Praktikum aus und wird ein solches in wieder anderen Fällen vor dem Studium nur empfohlen. Dieser Zustand, der schon 1980 zu beobachten war, wird sich fortsetzen, wenn dem Bundesminister der Verteidigung nicht gelingt, eine entsprechende Regelung mit dem Kultusbereich der Bundesländer zu treffen. Dabei müßte möglich sein, die Vielfalt so zu begrenzen, daß sie ohne umfassende Ermittlungen in jedem Einzelfall auch für das Verteidigungsressort überschaubar ist. Aus Gründen der Gerechtigkeit unter Soldaten und der Gewährleistung des notwendigen Umfangs an verfügbaren und ausgebildeten Soldaten ist notwendig, daß die Zahl vorzeitiger Entlassungen in Grenzen gehalten wird. Dafür Sorge zu tragen, müßte allen beteiligten staatlichen Einrichtungen ein Anliegen sein.

## 3 Schlußbemerkungen

1 Traditionsverständnis und Traditionspflege in den Streitkräften haben auch im Berichtsjahr die Öffentlichkeit beschäftigt. Seit der Diskussionsveranstaltung des Bundesministers der Verteidigung am 23. und 24. April 1981 unter dem Leitgedanken „Soldat und Gesellschaft" ist die wissenschaftlich ausgerichtete Aufbereitung des Themas in den Vordergrund getreten. Soweit daran Institute oder sonstige Einrichtungen der Bundeswehr beteiligt sind, begleite ich deren Arbeiten. Dabei und auf Grund sonstiger Erkenntnisse hat sich meine Überzeugung vertieft, daß schnelle Antworten auf die das Thema bestimmenden vielschichtigen und über den Bereich der Streitkräfte hinausreichenden Fragen nicht weiterführen. Denn es geht nicht nur darum, wie die Bundeswehr feierliche Gelöbnisse von Rekruten in der Öffentlichkeit oder den „Großen Zapfenstreich" durchführt. Daran hat sich im Jahre 1980 die aktuelle Traditionsdebatte zwar entzündet, dabei ist sie aber nicht stehengeblieben. Um in Dienstvorschriften zur Inneren Führung und politischen Bildung Akzente sinnvoll neu setzen zu können, sollte der Bundesminister der Verteidigung sich daher nicht in einem Zeitdruck sehen.

2 Für die politische Bildung sind aber nicht nur eigene — militärspezifische — Traditionen aufzuarbeiten, sondern auch die anderer Träger unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens einzubeziehen. Das ist wichtig, damit ein historisch zu erklärendes, aber nicht mehr in jeder Hinsicht richtiges Vorverständnis im Verhältnis zu anderen Institutionen nicht zu vermeidbaren Schwierigkeiten beim Umgang miteinander führt. Das ist in der zurückliegenden Zeit für mich z. B. an Schwierigkeiten deutlich geworden, die Soldaten mit Äußerungen zu ihrem Auftrag aus dem kirchlichen Raum hatten.

3 Die vom Bundesminister der Verteidigung mit Nachdruck verfolgte Forderung nach einer angemessenen Berücksichtigung von Fragen der Verteidigung und Friedenssicherung im Schulunterricht habe ich bereits in dem Jahresbericht 1980 (Abschnitt 3.1.1 Abs. 15) unterstützt. Ich komme darauf zurück und betone, daß die Notwendigkeit zunimmt, jungen Menschen verständlich zu machen, weshalb die Bundesrepublik Deutschland von den jungen Männern den Wehrdienst verlangt und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat. Da im Schulunterricht dafür nur eine geringe Stundenzahl zur Verfügung steht, kann diese nach meiner Überzeugung nur bei einer Beschränkung auf wesentliche Fragestellungen sinnvoll genutzt werden. Daher möchte ich den Bundesminister der Verteidigung ermutigen, sich bei den Kultusministern der Bundesländer darum zu bemühen, daß das Thema „Friedenssicherung, Verteidigung und Bundeswehr" stofflich nicht überfrachtet wird und im Schulunterricht vor allem die von der Verfassung vorgegebene Zielrichtung behandelt und darüber hinaus verdeutlicht wird, weshalb deren Begründung auch heute noch gilt.

4 Mit einer Zentralen Dienstvorschrift „Der Vertrauensmann" will der Bundesminister der Verteidigung Rechtsstellung und Einflußmöglichkeiten des Vertrauensmannes verbessern. Unzureichend sind nach wie vor noch die Mitwirkungsmöglichkeiten für Soldaten in den gemischt — mit Soldaten und zivilem Personal — besetzten militärischen Dienststellen, in denen keine Vertrauensmänner, sondern Soldatenvertreter in den Personalrat gewählt werden. Das gilt insbesondere für die Vertretung der Soldaten im Grundwehrdienst und für die der kürzer dienenden Soldaten auf Zeit. Deren Probleme können von den Soldatenvertretern im Personalrat — in aller Regel

Berufssoldaten oder längerdienende Soldaten auf Zeit — schon deshalb nicht in der gebotenen Weise wahrgenommen werden, weil deren Interessenlage häufig eine ganz andere ist, als vor allem die der wehrpflichtigen Soldaten.

Dazu hatte ich deshalb bereits im Jahresbericht 1976 eine entsprechende Änderung der §§ 35 und 35a Soldatengesetz angeregt.

*5* Die Stärkung der Stellung des Vertrauensmannes führt jedoch noch nicht zu einer stärkeren Partizipation des einzelnen Soldaten an der Gestaltung des Truppenalltages. Durch neue gesetzliche oder andere Regelungen allein läßt sich dies nicht erreichen. Kooperativer Führungsstil und das Bemühen um eine verantwortliche Mitarbeit des Untergebenen sind dazu nötig. Ausbildung und Erziehung sowie die Personalführung von Vorgesetzten sollten dabei hilfreich sein.

*6* Innere Führung hat auch mit Widersprüchen zu tun. Als solcher stellt sich dar, wenn Mannschaften über eine zu geringe dienstliche Auslastung bei vollem Dienstplan klagen (vergleiche Abschnitt 2.2) und andere Soldaten, vor allem in Vorgesetztenstellung über zu große Dienstzeitbelastung Beschwerde führen (vergleiche Abschnitt 2.12). Die Frage drängt sich auf, ob ein Teil dieser Beschwernisse nicht behoben werden könnte.

*7* Ich verkenne nicht, daß es eine Reihe von Gründen für die derzeitige Situation gibt. Ich bin aber davon überzeugt, daß der Dienstplan mancherorts auch weniger schematisch gestaltet und dadurch Freiraum für andere Aufgaben geschaffen werden könnte, der sich direkt oder auf Umwegen auf die Dienstzeitbelastung längerdienender Soldaten mindernd auswirkt. Es muß auch nicht alles „abgeGAPt" werden (GAP = Gesamtausbildungsplan).

In diesem Zusammenhang muß nachdenklich stimmen, daß vor allem im Heer die Dienstzeitbelastung von immer mehr Soldaten 56 oder sogar 60 Stunden in der Woche übersteigt (vergleiche Abschnitt 2.12). Der zur Begründung genannte ständige Zuwachs an Aufgaben bei hierfür unzulänglicher personeller Ausstattung trifft jedoch auch im Heer nicht überall zu. Es kann nicht übersehen werden, daß manche neue Aufgabe eine alte ersetzt und der Umfang neuer Aufgaben für die Streitkräfte nicht immer vorgegeben und deshalb von ihnen auch zu beeinflussen ist. Auffällig ist ferner, daß die Bemühungen um eine Verringerung der Dienstzeitbelastung jedenfalls im Bereich der Spitzendienstzeiten von mehr als durchschnittlich 56 Stunden in der Woche mit dem Bestreben konkurriert, in den Genuß der Zulage für Spitzendienstzeiten zu gelangen bzw. einen Anspruch darauf nicht zu gefährden. Es sollte im Interesse der Streitkräfte und des einzelnen Soldaten liegen, wenn die Ursachen für zu große Dienstzeitbelastung selbstkritisch geprüft werden und der Frage nachgegangen wird, ob Dienstpläne zumindest zum Teil nicht anders als bisher gehandhabt werden können. *8*

Bonn, den 3. März 1982

**Karl Wilhelm Berkhan**

# 4 Anlagen

## 4.1 Einzelberichte und Weisungen

*1* Auf Anforderung des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses vom 6. Mai 1981 habe ich am 23. Juni 1981 über von mir im Zusammenhang mit meinem Truppenbesuch vom 2. bis 4. August 1980 in Beja/Portugal aufgegriffene Vorgänge und deren Bearbeitungsstand berichtet.

*2* Die dem Verteidigungsausschuß auf Grund des Beschlusses vom 13. April 1967 zur Erteilung einer Weisung vorgelegten Eingaben betrafen folgende Sachverhalte:

| Sachverhalt | Anzahl der Fälle |
|---|---|
| Schadensersatzansprüche von und gegenüber Soldaten | 4 |
| Eingaben von Wehrpflichtigen im Zusammenhang mit der Einberufung zu einer Wehrübung | 2 |

Die Weisungen wurden in allen Fällen erteilt.

## 4.2 Statistik

### 4.2.1 Vorbemerkungen zur Statistik

*1* Im Berichtsjahr wurden 7 265 Vorgänge mit 12 833 Einzelanliegen erfaßt (Übersicht I), die durch Eingaben an micht herangetragen worden sind oder die mir auf andere Weise zur Kenntnis gelangten.

*2* Außer der Erledigung von zahlreichen Bitten um Übersendung von Informationsmaterial habe ich darüber hinaus im Berichtszeitraum in 64 Fällen auf teilweise ins einzelne gehende Anfragen zu Amt und Aufgaben des Wehrbeauftragten Auskunft gegeben.

*3* In den Übersichten II bis V werden Herkunft und Inhalt der Vorgänge aufgeschlüsselt. Die Aufschlüsselung der Vorgänge nach dem Inhalt (Übersicht V) beruht auf einer Schlüssigkeitsprüfung, die zu Beginn der Bearbeitung vorgenommen wird.

*4* Zur Darstellung des tatsächlichen Arbeitsanfalles enthalten die Übersichten VI, VII und VIII Angaben über die abschließend bearbeiteten Vorgänge aus dem Berichtsjahr und den Vorjahren (Überhänge).

### 4.2.2 Statistische Übersichten


I. Übersicht über die bearbeiteten Vorgänge ..... 30

II. Aufschlüsselung der Vorgänge nach Einsendern und anderen Erkenntnisquellen 31

III. Aufschlüsselung der Vorgänge nach Organisationsbereichen der Bundeswehr ..... 32

IV. Aufschlüsselung der Vorgänge nach Status und Dienstgradgruppen der betroffenen Soldaten ..... 32

V. Aufschlüsselung der Vorgänge nach dem Inhalt ..... 33

VI. Aufschlüsselung der in die abschließende Bearbeitung eingeschalteten Stellen ..... 36

VII. Aufschlüsselung nach Form und Ergebnis der Erledigung der im Berichtsjahr abgeschlossenen Vorgänge ..... 36

VIII. Durch die Überprüfung der Vorgänge im Berichtsjahr ausgelöste Maßnahmen .... 37

## I. Übersicht über die bearbeiteten Vorgänge

1. Im Berichtsjahr

| | | |
|---|---|---|
| erfaßte Vorgänge | | 7 265 |
| darunter | | |
| Vorgänge, die den Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berühren | 307 | |
| Anonyme Vorgänge, die nicht bearbeitet werden | 12 | |
| Wegen des Inhalts nicht bearbeitbare Vorgänge | 3 | 322 |
| Bearbeitete Vorgänge | | 6 943 |
| Noch nicht abschließend bearbeitete Vorgänge | | 1 545 |

2. Anzahl der abschließend bearbeiteten Vorgänge aus dem Berichtsjahr ..... 5 398
   aus den Vorjahren (Überhänge)

| | | |
|---|---|---|
| 1974 | 1 *) | |
| 1975 | 2 *) | |
| 1976 | 2 *) | |
| 1977 | 10 *) | |
| 1978 | 34 *) | |
| 1979 | 181 | |
| 1980 | 1 378 | 1 608 |
| Insgesamt abschließend bearbeitete Vorgänge | | 7 006 |

3. Den Vorgängen lagen Einzelanliegen zugrunde ..... 12 833
4. Die Bearbeitung der Vorgänge erforderte im Berichtsjahr Prüfungsersuchen, Rückfragen, Gegenvorstellungen, Akteneinsichten, Abschlußschreiben usw. ..... 42 266

*) Bei diesen Vorgängen waren fast ausschließlich sachgleiche Gerichtsverfahren anhängig, die erst im Laufe des Berichtsjahres rechtskräftig abgeschlossen worden sind.

**II. Aufschlüsselung der Vorgänge nach Einsendern und anderen Erkenntnisquellen**

| Erkenntnisquellen | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grundrechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [2] | c) [3] | d) [4] |
| Soldaten der Bundeswehr | 4 570<br>(8 863) | 264<br>(459) | 586<br>(2 200) | 185<br>(221) | 2 134<br>(3 713) | 1 401<br>(2 270) |
| Familienangehörige eines Soldaten der Bundeswehr | 280<br>(504) | 10<br>(19) | 15<br>(56) | 16<br>(20) | 154<br>(245) | 85<br>(164) |
| Ehemalige Soldaten der Bundeswehr | 543<br>(956) | 24<br>(45) | 55<br>(204) | 17<br>(23) | 245<br>(315) | 202<br>(369) |
| Abgeordnete des Bundestages | 75<br>(127) | 1<br>(1) | 3<br>(12) | 2<br>(2) | 51<br>(77) | 18<br>(35) |
| Andere Abgeordnete | 9<br>(12) | –<br>(–) | –<br>(–) | –<br>(–) | 6<br>(8) | 3<br>(4) |
| Privatpersonen außerhalb der Bundeswehr | 49<br>(92) | 15<br>(22) | 3<br>(17) | 6<br>(6) | 12<br>(22) | 13<br>(25) |
| Organisationen, Verbände u. ä. | 15<br>(28) | 4<br>(8) | 1<br>(4) | –<br>(–) | 5<br>(7) | 5<br>(9) |
| Truppenbesuche | 69<br>(119) | –<br>(–) | –<br>(1) | –<br>(–) | 7<br>(13) | 62<br>(105) |
| Presseberichte | 10<br>(26) | 4<br>(6) | 4<br>(17) | 1<br>(2) | –<br>(–) | 1<br>(1) |
| Besondere Vorkommnisse | 1 191<br>(1 460) | 61<br>(79) | 113<br>(333) | 1 010<br>(1 038) | 2<br>(5) | 5<br>(5) |
| Nichtgediente Wehrpflichtige | 91<br>(229) | 12<br>(22) | 5<br>(10) | 3<br>(4) | 30<br>(39) | 41<br>(154) |
| Sonstige Erkenntnisquellen | 41<br>(95) | 5<br>(7) | 2<br>(23) | 5<br>(9) | 16<br>(22) | 13<br>(34) |
| | 6 943<br>(12 511)*) | 400<br>(668) | 787<br>(2 877) | 1 245<br>(1 325) | 2 662<br>(4 466) | 1 849<br>(3 175) |

[1]) Innere Führung, soweit sie Führung, Ausbildung und Erziehung betrifft.
[2]) Innere Führung, soweit sie Disziplinarwesen und Strafrechtspflege betrifft.
[3]) Innere Führung, soweit sie Personalangelegenheiten betrifft.
[4]) Innere Führung, soweit sie Fürsorgeangelegenheiten betrifft.
Die in () angegebenen Zahlen entsprechen der Anzahl der Einzelanliegen.
*) In dieser Summe sind die 322 den Aufgabenbereich des Wehrbeauftragten nicht berührenden Vorgänge (unzuständig, anonym, nicht bearbeitbar) nicht enthalten.

### III. Aufschlüsselung der Vorgänge nach Organisationsbereichen der Bundeswehr

| Organisationsbereich | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grundrechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [1] | c) [1] | d) [1] |
| Bundesministerium der Verteidigung | 8 | – | – | – | 4 | 4 |
| Zentrale Militärische Bw-Dienststellen einschließlich Zentrale Sanitätsdienststellen der Bundeswehr | 170 | 9 | 18 | 12 | 79 | 52 |
| Feldheer | 3 585 | 214 | 471 | 764 | 1 349 | 787 |
| Territorialheer | 992 | 64 | 118 | 171 | 393 | 246 |
| Luftwaffe | 1 037 | 37 | 95 | 188 | 390 | 327 |
| Marine | 400 | 22 | 44 | 92 | 112 | 130 |
| Nicht erkennbar oder nicht aus dem Bereich der Bundeswehr | 751 | 54 | 41 | 18 | 335 | 303 |
| | 6 943 | 400 | 787 | 1 245 | 2 662 | 1 849 |

[1]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.

### IV. Aufschlüsselung der Vorgänge nach Status und Dienstgradgruppen der betroffenen Soldaten

*a) Nach dem Status*

| Status | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grundrechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [1] | c) [1] | d) [1] |
| Berufssoldaten | 834 | 28 | 77 | 34 | 389 | 306 |
| Soldaten auf Zeit | 2 238 | 123 | 273 | 208 | 1 056 | 578 |
| Wehrpflichtige | 2 976 | 191 | 338 | 974 | 879 | 594 |
| Reservisten der Bundeswehr | 613 | 24 | 58 | 20 | 274 | 237 |
| Unbekannter Status oder Personen außerhalb der Bundeswehr | 282 | 34 | 41 | 9 | 64 | 134 |
| | 6 943 | 400 | 787 | 1 245 | 2 662 | 1 849 |

[1]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.

*b) Nach Dienstgradgruppen*

| Dienstgradgruppe | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grundrechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [1] | c) [1] | d) [1] |
| Generäle | 6 | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Stabsoffiziere | 180 | 8 | 23 | 8 | 64 | 77 |
| Hauptleute | 197 | 4 | 18 | 9 | 81 | 85 |
| Leutnante | 221 | 10 | 15 | 1 | 124 | 71 |
| Unteroffiziere m. P. | 1 273 | 43 | 114 | 51 | 652 | 413 |
| Unteroffiziere o. P. | 873 | 49 | 127 | 99 | 387 | 211 |
| Mannschaften | 3 523 | 236 | 422 | 1 058 | 1 098 | 709 |
| Unbekannter Dienstgrad oder nicht aus dem Bereich der Bundeswehr | 670 | 49 | 66 | 18 | 255 | 282 |
| | 6 943 | 400 | 787 | 1 245 | 2 662 | 1 849 |

[1]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.

**V. Aufschlüsselung der Vorgänge nach dem Inhalt**

| Inhalt | Anzahl | Anzahl der Einzelanliegen | v. H. [1]) |
|---|---|---|---|
| *Grundrechte* | | | |
| Verfassungsrechtliche Grundsätze | 53 | 113 | *0,9* |
| Menschenwürde | 68 | 91 | *0,7* |
| Freie Entfaltung der Persönlichkeit | 21 | 37 | *0,3* |
| Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit | 49 | 65 | *0,5* |
| Gleichheitsgrundsatz | 66 | 106 | *0,9* |
| Kriegsdienstverweigerung | 69 | 142 | *1,1* |
| Meinungsfreiheit | 45 | 68 | *0,5* |
| Sonstige Fragen | 29 | 46 | *0,4* |
| | 400 | 668 | *5,3* |

| Inhalt | Anzahl | Anzahl der Einzel-anliegen | v. H. [1]) |
|---|---|---|---|
| *Innere Führung a)* [2]) | | | |
| Fragen des Führungsstils | 144 | 238 | *1,9* |
| Führungsverhalten von Vorgesetzten | 152 | 393 | *3,2* |
| Motivation der Soldaten | 5 | 20 | *0,2* |
| Allgemeine soldatenrechtliche Pflichten | 27 | 210 | *1,7* |
| Besondere Pflichten der Vorgesetzten nach dem Soldatengesetz | 75 | 802 | *6,4* |
| Verstoß gegen sonstige soldatische Pflichten | 17 | 191 | *1,5* |
| Prinzip von Befehl und Gehorsam | 21 | 125 | *1,0* |
| Erzieherische Maßnahmen | 32 | 175 | *1,4* |
| Beschwerde- und Petitionsrecht | 10 | 48 | *0,4* |
| Beteiligung und Mitwirkung | 9 | 26 | *0,2* |
| Fragen der militärischen Ausbildung | 24 | 66 | *0,5* |
| Sportausbildung und Sport | 10 | 12 | *0,1* |
| Dienstregelung für erkrankte Soldaten | 14 | 64 | *0,5* |
| Fragen des Inneren Dienstes | 5 | 18 | *0,1* |
| Fragen der Anzugsordnung | 18 | 56 | *0,4* |
| Wachvorschriften | 169 | 295 | *2,4* |
| Sonstige Fragen | 55 | 138 | *1,1* |
| | 787 | 2 877 | *23,0* |
| *Innere Führung b)* [2]) | | | |
| Pflichten und Rechte des Soldaten | 44 | 51 | *0,4* |
| Beendigung des Dienstverhältnisses | 30 | 35 | *0,3* |
| Wehrdisziplinarordnung | 13 | 16 | *0,1* |
| Einfache Disziplinarmaßnahmen | 44 | 52 | *0,4* |
| Beschwerde | 35 | 39 | *0,3* |
| Weitere Beschwerde | 15 | 21 | *0,2* |
| Wehrstrafgesetz | 49 | 52 | *0,4* |
| Strafgesetzbuch | 72 | 94 | *0,8* |
| Strafrechtliche Nebengesetze | 317 | 322 | *2,6* |
| Selbsttötung und Selbsttötungsversuch | 609 | 613 | *4,9* |
| Sonstige Fragen | 17 | 30 | *0,2* |
| | 1 245 | 1 325 | *10,6* |
| *Innere Führung c)* [2]) | | | |
| Laufbahnfragen der Offiziere und Offizieranwärter | 209 | 333 | *2,7* |
| Laufbahnfragen der Unteroffiziere | 391 | 691 | *5,5* |
| Personalfragen der Mannschaften | 142 | 270 | *2,2* |
| Fragen der Wehrpflichtigen | 478 | 563 | *4,5* |
| Versetzungen und Kommandierungen | 818 | 1 219 | *9,7* |
| Beurteilungswesen | 94 | 149 | *1,2* |
| Diensteinteilung | 117 | 376 | *3,0* |
| Urlaub, Dienstbefreiung | 151 | 349 | *2,8* |
| Wehrübungen | 248 | 299 | *2,4* |
| Bearbeitung von Anträgen, Gesuchen und Beschwerden | 6 | 199 | *1,6* |
| Sonstige Fragen | 8 | 18 | *0,1* |
| | 2 662 | 4 466 | *35,7* |

| Inhalt | Anzahl | Anzahl der Einzel-anliegen | v. H. [1]) |
|---|---|---|---|
| *Innere Führung d)* [2]) | | | |
| Fürsorge und Betreuung | 213 | 261 | *2,1* |
| Unterkunft | 150 | 228 | *1,8* |
| Betreuung | 24 | 48 | *0,4* |
| Besondere Betreuungsmaßnahmen | 51 | 105 | *0,8* |
| Handel und Gewerbeausübung in Anlagen der Bundeswehr, Bewirtschaftung von Gemeinschaftseinrichtungen | 17 | 47 | *0,4* |
| Verpflegung | 44 | 74 | *0,6* |
| Bekleidung und militärische Ausrüstung | 42 | 63 | *0,5* |
| Berufsförderung | 113 | 212 | *1,7* |
| Unterhaltssicherung | 208 | 237 | *1,9* |
| Versicherungsangelegenheiten | 19 | 24 | *0,2* |
| Besoldung und besoldungsrechtliche Nebengebiete | 214 | 396 | *3,2* |
| Reise- und Umzugskosten, Trennungsgeld | 119 | 202 | *1,6* |
| Dienstzeitversorgung | 28 | 45 | *0,4* |
| Beschädigtenversorgung | 51 | 94 | *0,8* |
| Schadenersatzforderungen, Schadenersatzansprüche, Leistungsbescheide | 40 | 58 | *0,5* |
| Wohnungsfürsorge | 47 | 80 | *0,6* |
| Gesundheitsfürsorge | 108 | 220 | *1,7* |
| Ärztliche Betreuung | 116 | 246 | *2,0* |
| Betreuung erkrankter und psychisch labiler Soldaten durch die Truppe | 2 | 27 | *0,2* |
| Dienst- und Verwendungsfähigkeit | 202 | 277 | *2,2* |
| Probleme im Rahmen der Einberufung | 28 | 137 | *1,1* |
| Sonstige Fragen | 13 | 94 | *0,7* |
| | 1 849 | 3 175 | *25,4* |
| insgesamt | 6 943 | 12 511 | *100,0* |

[1]) Bezogen auf die Zahl der Einzelanliegen.
[2]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.

## VI. Aufschlüsselung der in die abschließende Bearbeitung der Vorgänge eingeschalteten Stellen

| Eingeschaltete Stellen | insgesamt | davon | |
|---|---|---|---|
| | | Erst-bearbeitung | Nach-folgende Bearbeitung |
| Bundesminister der Verteidigung | 1 049 | 842 | 207 |
| Höhere Kommandobehörden und Dienststellen (Korps, Flottenkommando usw.) | 644 | 547 | 97 |
| Kommandobehörden (Division, Brigade, TerrKdo, WBK, Flottille, usw.) | 1 598 | 1 478 | 120 |
| Militärische Verbände I (Regiment, Geschwader-Schiffe, VBK, usw.) | 450 | 379 | 71 |
| Militärische Verbände II (Bataillon, Geschwader-Boote, Gruppe, Abteilung usw.) | 859 | 795 | 64 |
| Militärische Einheiten (Kompanie, Staffel usw.) | 1 077 | 1 066 | 11 |
| Dienststellen der Bw-Verwaltung | 548 | 498 | 50 |
| Andere Bundesbehörden und Dienststellen | 39 | 28 | 11 |
| Andere Behörden und Dienststellen | 72 | 58 | 14 |
| Strafverfolgungsbehörden | 311 | 11 | 300 |
| Einleitungsbehörden (WDO) | 72 | 2 | 70 |
| Sonstige Stellen (Verbände, Organisationen usw.) | 4 | 2 | 2 |
| Wehrdienstgerichte | 72 | 21 | 51 |
| Bundeswehrdisziplinaranwalt | 52 | 2 | 50 |
| Keine Einschaltung anderer Stellen | 1 277 | 1 277 | — |
| | 8 124 | 7 006 | 1 118 |

## VII. Aufschlüsselung nach Form und Ergebnis der Erledigung der im Berichtsjahr abgeschlossenen Vorgänge

*a) Form der Erledigung*

| Bearbeitung | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grund-rechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [1] | c) [1] | d) [1] |
| Vorgang zurückgezogen | 108 | 4 | 16 | 3 | 63 | 22 |
| Auf Rückfrage nicht geantwortet | 425 | 9 | 25 | 27 | 342 | 22 |
| Abschlußschreiben an Einsender | 4 878 | 350 | 640 | 182 | 2 084 | 1 622 |
| Bearbeitung anderweitig abgeschlossen | 1 585 | 58 | 112 | 995 | 317 | 113 |
| | 7 006 | 421 | 793 | 1 207 | 2 806 | 1 779 |

[1]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.

*b) Ergebnis der Erledigung*

| Ergebnis | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grundrechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [1] | c) [1] | d) [1] |
| Dem Anliegen wurde entsprochen | 1 535<br>(3 007) | 87<br>(135) | 173<br>(727) | 37<br>(48) | 785<br>(1 277) | 453<br>(820) |
| teilweise entsprochen | 3 076<br>(5 750) | 143<br>(246) | 356<br>(1 340) | 157<br>(191) | 1 404<br>(2 330) | 1 016<br>(1 643) |
| nicht entsprochen | 580<br>(1 259) | 88<br>(127) | 134<br>(500) | 25<br>(31) | 170<br>(300) | 163<br>(301) |
| ohne Ergebnis [2] | 1 815<br>(2 776) | 103<br>(173) | 130<br>(435) | 988<br>(1 032) | 447<br>(761) | 147<br>(375) |
| | 7 006<br>(12 792) | 421<br>(681) | 793<br>(3 002) | 1 207<br>(1 302) | 2 806<br>(4 668) | 1 779<br>(3 139) |

[1]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.
[2]) Aufgegriffene Vorgänge veranlassen häufig eine ausgleichende oder vermittelnde Tätigkeit des Wehrbeauftragten; daher läßt sich nicht immer die Feststellung treffen, daß dem Anliegen entsprochen, teilweise entsprochen oder nicht entsprochen werden konnte.
Die in () angegebenen Zahlen entsprechen der Anzahl der Einzelanliegen.

## VIII. Durch die Überprüfung der Vorgänge im Berichtsjahr ausgelöste Maßnahmen

| Maßnahmen | insgesamt | davon entfallen auf | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Grundrechte | Innere Führung | | | |
| | | | a) [1] | b) [1] | c) [1] | d) [1] |
| Strafverfahren | 4 | 2 | 2 | – | – | – |
| Disziplinargerichtliche Verfahren | 3 | 2 | – | 1 | – | – |
| Einfache Disziplinarverfahren | 5 | 1 | 1 | 3 | – | – |
| Erzieherische Maßnahmen | 124 | 9 | 41 | 16 | 58 | – |
| Sonstige Maßnahmen | 227 | 34 | 115 | 24 | 3 | 51 |
| Änderungen von Vorschriften, Verfahren o. ä. | 5 | – | 3 | – | – | 2 |
| Maßnahmen im Bereich der Fürsorge | 235 | 1 | – | 1 | 60 | 173 |
| | 603 | 49 | 162 | 45 | 121 | 226 |

[1]) Erläuterungen zur Inneren Führung a), b), c) und d) siehe Übersicht II.

## 4.3 Truppenbesuche, Informationstagungen, Informationsgespräche, Sitzungen und Tagungen, Vorträge, Besuchergruppen usw.

*A. Truppenbesuche*

Im Berichtsjahr fanden folgende Truppenbesuche statt:

| Lfd. Nr. | Datum | Besuchte Einheit |
|---|---|---|
| 1 | 09. 01. | Schnelle Minensuchboote „Rigel" und „Spica" sowie Minentransporter „Steigerwald", Flensburg-Mürwik |
| 2 | 15. 01. | Fernmeldeweitverkehrskompanie, Euskirchen |
| 3 | 22. 01. | Fernmeldebataillon 910, Rheinbach |
| 4 | 03. 02. | Topographiebatterie 900 und Topographiezug 300, Koblenz |
| 5 | 04. 02. | Heeresfliegerkommando 3 und Heeresfliegerstaffel 5, Mendig |
| 6 | 09. 02. | Leichtes Pionierbataillon 240, Passau |
| 7 | 10. 02. | Pionierbataillon 4, Bogen |
| 8 | 20. 02. | Gemischtes Sanitätsbataillon 865, München |
| 9 | 23. 02. | Gebirgsraketenartilleriebataillon 82, Landsberg/Lech |
| 10 | 24. 02. | Panzermörserkompanie 500, Böblingen |
| 11 | 09. 03. | Panzerbataillon 44, Göttingen |
| 12 | 10. 03. | 1./Flugabwehrregiment 2, Kassel |
| 13 | 01. 04. | Sanitätszentrum 107, Neumünster |
| 14 | 28. 04. | 8./Feldjägerbataillon 730, Budel/NL |
| 15 | 28./29. 04. | Luftwaffenausbildungsregiment 2, Budel/NL |
| 16 | 05. 05. | 3./Instandsetzungsbataillon 220, Ulm |
| 17 | 20. 05. | Instandsetzungskompanie 30, Nienburg/Weser |
| 18 | 25. 05. | Marineküstendienstschule, Lehrgruppe GA, Glückstadt |
| 19 | 26. 05. | Marinefliegergeschwader 3, Nordholz |
| 20 | 30. 06. | Deutsches Luftwaffenausbildungskommando USA, Fort Bliss/Texas |
| 21 | 01. 07. | Raketenschule der Luftwaffe USA, Fort Bliss/Texas |
| 22 | 02./03. 07. | 1. Deutsche Luftwaffenausbildungsstaffel USA, Sheppard/Texas |
| 23 | 06./07. 07. | 3. Deutsche Luftwaffenausbildungsstaffel USA, George AFB/Kalifornia |
| 24 | 08. 07. | Deutscher Militärischer Bevollmächtigter USA/Canada, Washington D.C. |
| 25 | 09. 07. | Verteidigungsattachéstab bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington D.C. |
| 26 | 16. 07. | Gebirgspionierbataillon 8, Brannenburg |
| 27 | 17. 07. | Luftlandefernmeldelehrbataillon 9, Pöcking |
| 28 | 01. 09. | Nachschubkompanie 740, Mainz |
| 29 | 02. 09. | Flußpionierkompanie 851, Wiesbaden |
| 30 | 03. 09. | Panzerartillerielehrbataillon 345, Kusel |
| 31 | 10. 09. | Flugabwehrraketenbataillon 22, Burbach |
| 32 | 14./16. 09. | Korpsgefechtsübung des II. Korps „Scharfe Klinge", Raum Sigmaringen/ Schwäbische Alb |
| 33 | 22. 09. | Wehrgeschichtliches Museum, Rastatt |
| 34 | 23. 09. | 1. Luftlandedivision/Stab, Bruchsal |
| 35 | 23. 09. | ABC-Abwehrkompanie 10, Bruchsal |
| 36 | 12. 10. | Pionierausbildungszentrum 851, Gauting |
| 37 | 13. 10. | Gebirgspanzerartilleriebataillon 225, Füssen |
| 38 | 14. 10. | Gebirgssanitätsbataillon 8, Kempten |
| 39 | 09. 11. | III./Luftwaffenausbildungsregiment 1, Hamburg |
| 40 | 10. 11. | Panzerjägerkompanie 190, Münster |

*B. Informationstagungen*

Im Berichtsjahr wurden folgende Informationstagungen durchgeführt:

| Lfd. Nr. | Datum | Tagungsteilnehmer | Tagungsort |
|---|---|---|---|
| 1 | 23. bis 27. 03. | Soldaten und Beamte aus dem Bereich der 6. Panzergrenadierdivision | Malente |
| 2 | 19. bis 23. 10. | Soldaten und Beamte aus dem Bereich der 7. Panzerdivision | Möhnesee-Körbecke |

*C. Informationsgespräche*

Im Berichtsjahr fanden folgende Informationsgespräche statt:

| Lfd. Nr. | Datum | Gesprächsteilnehmer | Ort |
|---|---|---|---|
| 1 | 13. 01. | Kapitän zur See Krancke, Gruppenleiter im Bundeskanzleramt | Bonn |
| 2 | 13. 01. | Brigadegeneral Clauß, Kommandeur Zentrum Innere Führung | Bonn |
| 3 | 14. 01. | Dr. von Dohnanyi, Staatsminister im Auswärtigen Amt | Bonn |
| 4 | 20. 01. | Madame d'Harcourt, Abgeordnete der Französischen Nationalversammlung | Bonn |
| 5 | 05. 02. | Flottillenadmiral Bartholomäus, Amtschef des Personalstammamtes der Bundeswehr, Köln | Bonn |
| 6 | 13. 02. | Generalmajor Haseloff, Kommandeur Luftwaffenausbildungskommando, Köln | Bonn |
| 7 | 11. 03. | Dr. Leister, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung | Bonn |
| 8 | 16. 03. | Brigadegeneral Schild, Stabsabteilungsleiter Fü S I, und Oberst i. G. von Scheven, Referatsleiter Fü S I 4, im Bundesministerium der Verteidigung | Bonn |
| 9 | 19. 03. | Oberst Braune und Oberst Krauss, Schule Technische Truppe 1/FSHT, Aachen | Bonn |
| 10 | 07. 04. | Frau Versteegen, Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen | Bonn |
| 11 | 14. 04. | Oberst d. G. Radauer, Verteidigungsattaché, Botschaft der Republik Österreich | Bonn |
| 12 | 25. 06. | Leo Ernesti, Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung | Bonn |
| 13 | 26. 06. | Ministerialrat Bauer, Bundesministerium der Finanzen | Bonn |
| 14 | 13. 07. | Oberst a. D. Volland, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehr-Verbandes e. V. | Bonn |
| 15 | 15. 07. | Ministerialdirektor Zumkeller, Leiter der Sozialabteilung im Bundesministerium der Verteidigung | Bonn |
| 16 | 31. 08. | Johann Baptist Rösler, Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz | Mainz |
| 17 | 07. 09. | Ministerialdirektor Dr. Schaefgen, Abteilungsleiter Personal im Bundesministerium der Verteidigung | Bonn |
| 18 | 07. 09. | Militärgeneralvikar Dr. Gritz, Katholisches Militärbischofsamt | Bonn |
| 19 | 11. 09. | Ministerialdirektor Dr. Hansen, Auswärtiges Amt | Bonn |
| 20 | 17. 09. | Oberst Vogel, Referatsleiter Fü H I 3 im Bundesministerium der Verteidigung | Bonn |
| 21 | 24. 09. | Brigadegeneral Schmitz, Kommandeur Deutsches Luftwaffenausbildungskommando USA | Bonn |

| Lfd. Nr. | Datum | Gesprächsteilnehmer | Ort |
|---|---|---|---|
| 22 | 24. 09. | Brigadegeneral Hebben, Amtschef des Streitkräfteamtes | Bonn |
| 23 | 30. 09. | Volksanwälte der Republik Österreich Dr. Franz Bauer und Dr. Gustav Zeillinger | Bonn |
| 24 | 27. 10. | Mr. Don Emerton, Deputy Commenwealth Ombudsman Australien | Bonn |
| 25 | 29. 10. | Oberst Hoffmann, Kommandeur Raketenschule der Luftwaffe, USA | Bonn |
| 26 | 29. 10. | Eugen Glombig, MdB, Klaus Kirschner, MdB | Bonn |
| 27 | 30. 10. | Brigadegeneral Lankers, Stabsabteilungsleiter P II im Bundesministerium der Verteidigung | Bonn |
| 28 | 04. 11. | Dr. Hahn, Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung | Bonn |
| 29 | 13. 11. | Prof. Dr. Zoll, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr | Bonn |

*D. Sitzungen und Tagungen*

(ohne Teilnahme an Plenar- und Ausschußsitzungen des Bundestages)

| Lfd. Nr. | Datum | Gesprächsteilnehmer/Gremium | Ort |
|---|---|---|---|
| 1 | 10./11. 02. | Kommandeurtagung der 4. Panzergrenadierdivision | Burg Falkenstein |
| 2 | 20./22. 02. | Internationaler Wehrkunde-Kongreß | München |
| 3 | 02. 04. | Truppendienstgericht Nord | Kiel |
| 4 | 04./05. 05. | 26. Gesamtkonferenz der Evangelischen Militärpfarrer | Neu-Ulm |
| 5 | 21. 06. | Evangelischer Kirchentag | Hamburg |
| 6 | 05./06. 10. | 26. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen Katholischen Militärgeistlichen | Bad Harzburg |
| 7 | 03. 11. | Parteitag der CDU | Hamburg |
| 8 | 20./21. 11. | Wehrpflichtigentagung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes e. V. | Bonn |

*E. Vorträge*

Im Berichtsjahr wurden folgende Vorträge gehalten:

| Lfd. Nr. | Datum | Gremium | Ort |
|---|---|---|---|
| 1 | 20. 01. | Gesellschaft für Wehrkunde | Bonn |
| 2 | 03. 02. | Zentrum Innere Führung | Koblenz |
| 3 | 18. 02. | Evangelische Militärpfarrer im Zentrum Innere Führung | Koblenz |
| 4 | 09. 03. | Panzergrenadierbataillon 53 | Fritzlar |
| 5 | 11. 05. | Katholische Hochschulgemeinde an der Hochschule der Bundeswehr | Hamburg |
| 6 | 21. 05. | Führungsakademie | Hamburg |
| 7 | 21. 05. | Verteidigungskreiskommando 221 | Bückeburg |
| 8 | 26. 10. | Bremische Gesellschaft für Politik und Bildung | Bremen |
| 9 | 09. 11. | Lehrgang Gesamtverteidigung der Führungsakademie | Hamburg |
| 10 | 10. 11. | Lions-Club Unna/Westfalen | Unna |

*F. Mitarbeiter-Vorträge und Informationsbesuche*

Im Berichtsjahr haben Mitarbeiter meiner Dienststelle Vorträge gehalten oder an Diskussionsveranstaltungen teilgenommen ..... 31
Informationsbesuche durchgeführt ..... 55
Außerdem hat ein Mitarbeiter eine Wehrübung von zwei Wochen Dauer absolviert.

*G. Besuchergruppen*

Im Berichtsjahr fanden folgende Diskussionen mit Besuchergruppen statt:

| Lfd. Nr. | Datum | Teilnehmerkreis | Ort |
|---|---|---|---|
| 1 | 29. 01. | Besuchergruppe vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, Gewinner des Rüdiger von Wechmar Preises | Bonn |
| 2 | 17. 03. | Soldaten des Zerstörers „Lütjens" | Bonn |
| 3 | 31. 03. | Soldaten aus der Kaserne Butzweiler Hof, Köln, unter Leitung von Oberstleutnant Leitloff | Bonn |
| 4 | 07. 04. | Teilnehmer des Generalstabs-/Admiralstabslehrgangs 80 der Führungsakademie Hamburg | Bonn |
| 5 | 14. 05. | Soldaten der 3./Flugabwehrraketenbataillon 23, Heidenroth | Bonn |
| 6 | 17. 09. | Soldaten aus der Generalfeldmarschall-von-Leeb-Kaserne, Landsberg | Bonn |
| 7 | 07. 10. | Französische Journalisten (Regierungspresse) | Bonn |
| 8 | 26. 11. | Soldaten des Stammpersonals Zentrum Innere Führung | Bonn |

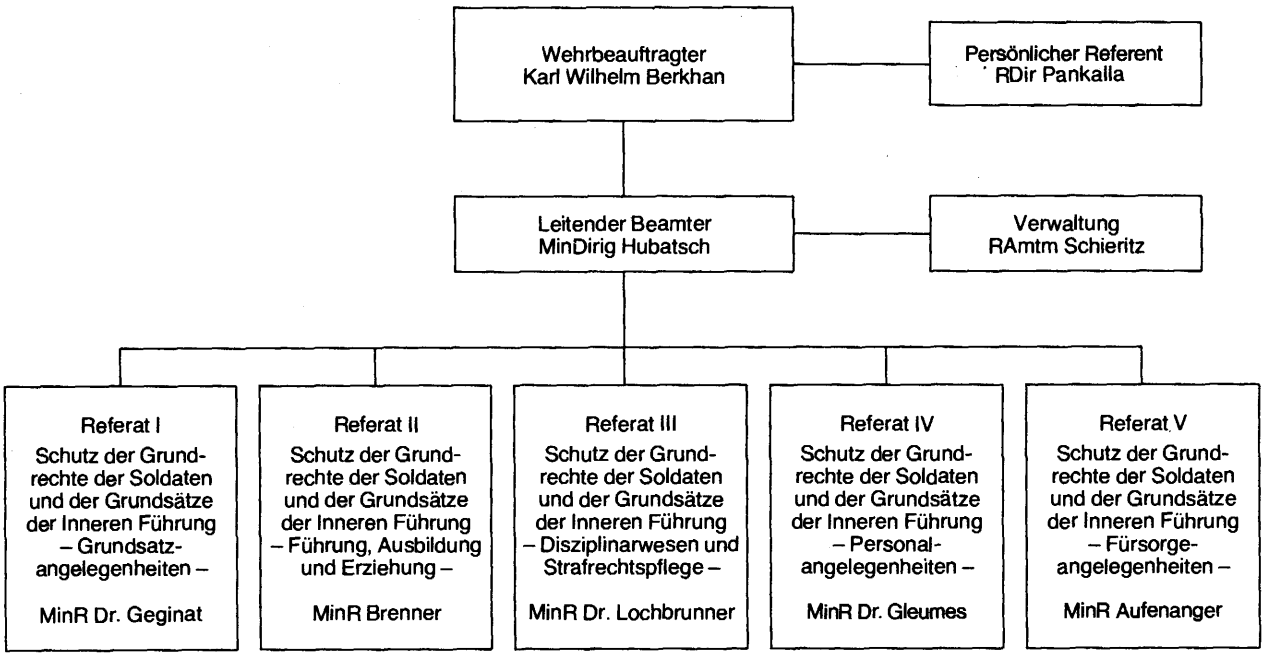
*H. Weitere Aktivitäten im Berichtsjahr*

| Lfd. Nr. | Datum | Gremium | Ort |
|---|---|---|---|
| 1 | 14. 01. | Teilnahme am Neujahrsempfang des Bundespräsidenten | Bonn |
| 2 | 21. 01. | Teilnahme am Neujahrsempfang der Soldaten des Wachbataillons | Siegburg |
| 3 | 30./31. 01. | Teilnahme an der Bundes-Soldaten-Skatmeisterschaft | Faßberg |
| 4 | 01./09. 06. | Besuch der Volksanwälte der Republik Österreich und im Zusammenhang damit Besuche bei Einheiten des österreichischen Bundesheeres | Wien |
| 5 | 06. 10. | Jahresempfang des Wehrbeauftragten | Bonn |
| 6 | 20. 11. | 25-Jahr-Feier Zentrum Innere Führung | Koblenz |

## 4.4 Übersicht über die Jahresberichte 1959 bis 1980 und deren Beratung durch den Deutschen Bundestag

| Jahresbericht | | | Vorlage des Verteidigungsausschusses (Bundestags-Drucksache) | Beratung durch den Bundestag | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Berichtsjahr | Vorlagedatum | Nr. der Bundestags-Drucksache | | Datum | Nr. der Plenarsitzung | Fundstelle im Stenographischen Bericht |
| 1959 | 08. 04. 1960 | 1796<br>3. Wahlperiode | 2937<br>3. Wahlperiode | 29. 06. 1961 | 165 | S. 9670 ff. |
| 1960 | 14. 04. 1961 | 2666<br>3. Wahlperiode | 2937<br>3. Wahlperiode | 29. 06. 1961 | 165 | S. 9670 ff. |
| 1961 | 27. 04. 1962 | IV/371 | IV/477 | 27. 06. 1962 | 36 | S. 1555 ff. |
| 1962 | 11. 04. 1963 | IV/1183 | IV/1377 | 21. 02. 1964 | 117 | S. 5359 ff. |
| 1963 | 04. 06. 1964 | IV/2305 | IV/2795 | 11. 12. 1964 | 153 | S. 7585 ff. |
| | | | | und<br>21. 01. 1965 | 157 | S. 7737 ff. |
| 1964 | 04. 06. 1965 | IV/3524 | V/1641 | 11. 05. 1967 | 109 | S. 5179 ff. |
| 1965 | 07. 07. 1966 | V/820 | V/1641 | 11. 05. 1967 | 109 | S. 5179 ff. |
| 1966 | 31. 05. 1967 | V/1825 | V/1926 | 29. 06. 1967 | 117 | S. 5903 ff. |
| 1967 | 22. 05. 1968 | V/2948 | V/3422 | 15. 01. 1969 | 207 | S. 11207 ff. |
| 1968 | 19. 02. 1969 | V/3912 | V/4425 | 27. 06. 1969 | 244 | S. 13603 ff. |
| 1969 | 26. 02. 1970 | VI/453 | VI/800 | 11. 03. 1970 | 36 | S. 1743 ff. |
| | | | | und<br>02. 06. 1970 | 54 | S. 2813 ff. |
| 1970 | 01. 03. 1971 | VI/1942 | VI/2168 | 12. 05. 1971 | 122 | S. 7073 ff. |
| 1971 | 29. 02. 1972 | VI/3232 | VI/3499 | 14. 04. 1972 | 181 | S. 10522 ff. |
| | | | | und<br>23. 06. 1973 | 196 | S. 11511 ff. |
| 1972 | 15. 03. 1973 | 7/334 | 7/1208 | 29. 11. 1973 | 67 | S. 3997 ff. |
| 1973 | 07. 03. 1974 | 7/1765 | 7/2726 | 05. 12. 1974 | 134 | S. 9160 ff. |
| 1974 | 13. 02. 1975 | 7/3228 | 7/3762 | 18. 04. 1975 | 165 | S. 11555 ff. |
| | | | | und<br>08. 04. 1976 | 235 | S. 16487 ff. |
| 1975 | 27. 02. 1976 | 7/4812 | 7/5342 | 08. 04. 1976 | 235 | S. 16487 ff. |
| | | | | und<br>25. 06. 1976 | 254 | S. 18102 ff. |
| 1976 | 03. 03. 1977 | 8/153 | 8/968 | 20. 10. 1977 | 50 | S. 3765 ff. |
| 1977 | 06. 03. 1978 | 8/1581 | 8/2224 | 17. 11. 1978 | 118 | S. 9184 ff. |
| | | | | und<br>07. 12. 1978 | 123 | S. 9591 ff. |
| 1978 | 06. 03. 1979 | 8/2625 | 8/2986 | 18. 05. 1979 | 155 | S. 12391 ff. |
| | | | | und<br>27. 06. 1979 | 163 | S. 12968 ff. |
| 1979 | 18. 03. 1980 | 8/3800 | 8/4374 | 26. 06. 1980 | 226 | S. 18309 ff. |
| | | | | und<br>03. 07. 1980 | 229 | S. 18676 ff. |
| 1980 | 17. 03.1981 | 9/240 | 9/1399 | 14. 05. 1981 | 37 | S. 1864 ff. |

## 4.5 Organisationsplan



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838